Nr. 206. 25. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 3. September 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Unter dem elendesten aller Wahlsysteme.

Ueber die Urwähler zur Landtagswahl in den Berliner Wahlbezirken ist jetzt eine vorläufige amtliche Zusammenstellung erfolgt. Auszugsweise sei folgendes daraus mitgeteilt:

In den 12 Wahlbezirken wurden insgesamt 445 922 Stimmen abgegeben, davon waren 2179 ungültig. Die größte Zahl der ungültigen Stimmen, nämlich 764, entfiel auf den 12. Bezirk (Moabit). Erstaunlich groß ist die Zahl der Wähler, deren Parteistellung amtlich nicht ermittelt werden konnte. — Im 12. Wahlbezirk (Moabit) haben von 35 088 eingeschriebenen Wählern der dritten Abteilung nur 17 240 trotz intensiver Agitation ihr Wahlrecht ausgeübt. Die Freisinnigen erhielten 2777 Stimmen, die Konservativen 2831 und die Sozialdemokraten **23 849** Stimmen, 477 entfielen auf nationalliberale Wahlmänner und 3065 auf Wahlmänner unbekannter Parteistellung, wobei zu berücksichtigen ist, daß die meisten Urwähler zwei Wahlmänner wählen konnten, das heißt zwei Stimmen hatten. In der zweiten Abteilung dieses Bezirks stimmten von 7843 eingeschriebenen Urwählern 4310, davon 1257 liberal, 3561 sozialdemokratisch, 1443 konservativ, 422 nationalliberal und 961 für Wahlmänner unbekannter Parteirichtung. In der ersten Abteilung wurden dann von 1451 eingetragenen Wählern 867 gezählt, die 388 freisinnige, 414 sozialdemokratische, 423 konservative und 137 nationalliberale Stimmen abgaben, während 138 Stimmen auf Personen entfielen, deren Parteirichtung nicht bekannt gewesen ist. Insgesamt wurden in dem Moabiter Wahlbezirk 43 172 Stimmen abgegeben, darunter rund 4160 Stimmen für Wahlmänner unbekannter Parteirichtung und 764 ungültige Stimmen.

Im 7. Wahlbezirk sind folgende Ergebnisse ermittelt: Insgesamt wurden 46 292 Stimmen abgegeben, darunter 223 ungültige. Es stimmten in der dritten Abteilung von 37 199 eingetragenen Wählern 20 149. Diese gaben **2734** freisinnige, **31 903** sozialdemokratische, 28 konservative und 2132 unbekannte Stimmen ab. In der zweiten Abteilung erschienen von 8900 eingetragenen Wählern 4681 und stimmten für 2457 freisinnige, 4823 sozialdemokratische, 1 konservativen und 1009 Wahlmänner unbekannter Parteirichtung. In der ersten Abteilung erschienen von 1176 eingeschriebenen Wählern 679, die 982 freisinnigen, 160 sozialdemokratischen und 63 unbekannten Wahlmännern ihre Stimmen gaben.

Auch im 6. Wahlbezirk ist die Zahl der ungültigen Stimmen nicht klein. Sie stellt sich auf 146 bei 46 801 abgegebenen Stimmen. Es ist dies aber der einzige Berliner Wahlkreis, in dem die Zahl der für unbekannte Parteileute abgegebenen Stimmen gering ist. Gegenüber rund 4160 im 12. Bezirk, sind es im 6. Bezirk nur 133. Im letzteren (dritte Abteilung) kamen 20 787 Urwähler von 40 663 eingeschriebenen und gaben 3762 liberale, 33 848 sozialdemokratische, 23 konservative und 70 Stimmen für unbekannte Wahlmänner ab. In der zweiten Abteilung stimmten von 8180 eingetragenen Wählern 4176 für 2965 freisinnige, 4459 sozialdemokratische, 24 konservative und 51 „unbekannte" Wahlmänner. In der ersten Abteilung übten von 1183 eingeschriebenen Urwählern 657 ihr Wahlrecht aus. Sie stimmten für 968 freisinnige, 159 sozialdemokratische und 12 „unbekannte" Wahlmänner.

Die Freisinnigen erhielten in sämtlichen 12 Berliner Wahlbezirken **75 350**, die Sozialdemokraten **330 873**, die Konservativen **9247**, die Nationalliberalen 1036 Stimmen der Rest von **29 018** entfiel auf Wahlmänner nicht zu ermittelnder Parteirichtung. In der dritten Abteilung wurden insgesamt 41 910 freisinnige, 288 415 sozialdemokratische, 6961 konservative, 477 nationalliberale und 22 654 „unbekannte" Stimmen von 195 490 Urwählern abgegeben. Eingeschrieben waren: 395 557.

In der zweiten Abteilung stimmten von den 75 043 eintragenen Urwählern 41 129 und zwar **24 307 freisinnig, 39 831 sozialdemokratisch**, 2167 konservativ, 422 nationalliberal 6529 für „unbekannte" Wahlmänner.

In allen 12 Bezirken der ersten Abteilung erschienen 7434 von 12 119 eingetragenen Wählern, die 9133 freisinnige, 2627 sozialdemokratische, 619 konservative, 137 nationalliberale und 832 Stimmen für "unbekannte" Wahlmänner abgaben. Bemerkenswert ist, daß nur im 12. Wahlbezirk (Moabit) die nationalliberalen Stimmen (1036) gezählt worden sind und sowohl im 3., als auch im 11. Wahlkreis nicht eine konservative Stimme abgegeben worden ist. Im 5. waren es 13 (konservative), im 7. noch 29 und im 4. 39 Stimmen, die auf konservative Wahlmänner fielen. Von den insgesamt abgegebenen 445 922 Stimmen entfielen 50 403 auf den 10. Wahlbezirk, 47 644 auf den 9., 46 801 auf den 6., 46 292 auf den 7., 43 306 auf den 8., 43 172 auf den 12., 39 656 auf den 11., 37 296 auf den 5., 26 934 auf den 4., 26 094 auf den 3., 20 179 auf den 2. und 18 595 auf den 1. Bezirk.

Wenn wir diese vorläufigen amtlichen Zahlen etwas übersichtlicher gruppieren und mit dem Ergebnis der Landtagswahl von 1903 vergleichen, ergibt sich das folgende. An der Landtagswahl beteiligten sich in Berlin:

Urwähler	
1904	1908
173 950	244 053

Es wurden gültige Urwähler-Stimmen abgegeben:

1903	1908
326 780	443 743

Diese Urwählerstimmen verteilten sich folgendermaßen:

1903		1908	
insgesamt	sozialdem. Stimmen	insgesamt	sozialdem. Stimmen
326 780	218 238 = 66,8 %	443 743	330 873 = 74,5 %

Unterscheidet man zwischen bürgerlichen und sozialdemokratischen Urwählerstimmen, so bietet sich folgendes Bild:

1903		1908	
bürgerl. Stimmen	soziald. Stimmen	bürgerl. Stimmen	soziald. Stimmen
108 542	218 238	112 870	330 870
		+ 4328	+ 112 635

Also: Von den rund **117 000** Stimmen, die 1908 mehr abgegeben wurden als 1903, entfielen **mehr als 96 Prozent** auf die Sozialdemokratie und noch nicht ganz **4 Prozent** auf die bürgerlichen Parteien!

Die Sozialdemokratie kann also mit ihren Fortschritten in Berlin zufrieden sein! Ueber die Verschiebungen der Stimmen der bürgerlichen Parteien geben folgende Zahlen Auskunft.

Es erhielten Urwählerstimmen:

	1903	1908
Freisinn . . .	55 782	75 350
Konservative .	40 663	9 747
Sonstige	12 097	27 773

Man sieht, daß der Stimmenzuwachs des Freisinns sich lediglich aus dem Verschwinden der Konservativen erklärt, die diesmal zum großen Teil für die freisinnigen Blockbrüder eintraten!

Das elendeste aller Wahlsysteme wird nun dadurch ins hellste Licht gerückt, daß der Freisinn mit seinen 75 000 Urwahlstimmen sechs Mandate in Berlin eroberte, während sich die Sozialdemokratie mit ihren 330 000 Stimmen ebenfalls mit sechs Mandaten begnügen mußte! Eine jede freisinnig-konservative Stimme wog also $4^1/_2$ mal so schwer wie eine sozialdemokratische Stimme!

Dabei ist das Berliner Wahlresultat für die nichtbesitzende Klasse im Verhältnis noch ein ganz ausnahmsweise günstiges!

Und was wird der regierungsfähig und damit für die Regierungspolitik verantwortlich gewordene Freisinn tun, um dies elendeste aller Wahlsysteme hinwegzufegen?!

„Deutsche Interessen" in der Türkei.

II.

„Deutschlands Levanthehandel ist rasch gewachsen", lesen wir in der letzten Nummer der „Zukunft". „Im Jahre 1900 hat es für vierunddreißig, im Jahre 1904 für fünfundsiebzig Millionen Mark Waren in die Türkei eingeführt. Im Tonnenverkehr stand es 1906 noch an der achten Stelle; aber auch hier war die Zunahme über alles Erwarten schnell gekommen. Eisenbahnkonzessionen, Dampferlinien, Bankfilialen, Geschützlieferungsmonopol, Aufträge aller Art." („Die Zukunft", XVI. Jahrgang, Nr. 47, S. 281.) Wenn wir hinzufügen, daß die Konzessionen und Aufträge ungeheuere Vorteile für die deutschen Kapitalisten bringen, wie wir im vorigen Artikel gezeigt haben, so könnte man doch mit den Erfolgen der deutschen Politik in der Türkei zufrieden sein. Trotz aller Erfolge konstatiert aber die „Zukunft": „. . . unsere Orientbilanz ist schlecht". Herr Harden ist namentlich mit der internationalen Stellung Deutschlands unzufrieden. Aber auch vom Standpunkte der Interessen der deutschen Kapitalistenklasse kann man die „Orientbilanz" als nicht ganz befriedigend betrachten. Zwar haben die deutschen Kapitalisten in der Türkei vieles erreicht, aber der Boden für weitere wirtschaftliche Eroberungen, für Verwirklichung jener weitgehenden, von denen im vorigen Artikel die Rede war, scheint nicht so gesichert zu sein, wie es die deutschen Kapitalisten wünschten. Oesterreich-Ungarn, Frankreich, England fangen an, den Deutschen in der Türkei den Boden streitig zu machen. Wenn sie sich bisher damit begnügten, den deutschen Bestrebungen auf diplomatischem Wege Widerstand zu leisten, so scheinen sie jetzt geneigt zu sein, sozusagen zum Angriff überzugehen. Sie verlangen nämlich für sich dieselben Vorteile wie Deutschland. Zuerst kam Oesterreich mit seinen Balkan-Eisenbahnplänen, dann England mit den neuen mazedonischen Projekten, die am Ende doch auch rein wirtschaftliche Interessen verfolgen, dann Frankreich. Auch Rußland schloß sich der Bewegung an, obwohl es keine wirtschaftlichen Vorteile dabei zu erwarten hatte. Deutschland blieb isoliert. Zwar standen noch der Sultan persönlich und seine Kamarillaregierung unter Deutschlands Einfluß. Aber auch die deutsche Diplomatie wagte es nicht, zu einem Krieg gegen alle Großmächte zu raten. Zweifellos hat diese peinliche Lage der türkischen Regierung nicht unerheblich zu der politischen Umwälzung beigetragen, die Revolution beschleunigt und die Nachgiebigkeit des Sultans mit hervorgerufen. Laut Gerüchten aus russischen diplomatischen Kreisen soll es sogar die deutsche Diplomatie gewesen sein, die dem Sultan den Rat gab, den Konstitutionalisten entgegenzukommen. Denn auch die deutsche Diplomatie konnte keinen Ausweg für die „innigst geliebte" türkische Kamarillaregierung finden, keine Abwehrmittel gegen den Ansturm der Großmächte empfehlen.

Ob die deutsche Diplomatie in der Tat so vernünftig gehandelt habe, wollen wir dahin stellen. Allein die Möglichkeit solcher Gerüchte bezeigt, wie unsicher Eroberungen sind, die ausschließlich durch persönliche Einwirkung und „innere Freundschaft" erworben wurden. Daß man auf diesen Wegen zu keinen dauernden Erfolgen käme, war schon vor Jahren auch für manche Anhänger der deutschen Eroberungspolitik in der Türkei klar. Sie verlangten daher rascheres Vorgehen in der Erlangung von Konzessionen, mehr Energie in der Entwickelung der wirtschaftlichen Tätigkeit im Orient. So lesen wir in einem vor sieben Jahren erschienenen Buche: „Die Steine (in Mesopotamien) schrein, sie rufen uns (Deutschen) zu: Herbei in dies alte Land, herbei, laßt nicht andere, Rascheres eher begreifen, worum es sich hier handelt" (Dr. Paul Rohrbach, Im vorderen Asien, Berlin 1901, S. 82).

Nunmehr scheinen „andere" bereits begriffen zu haben, „worum es sich handelt". Eigentlich wußten sie auch früher, worum es sich handelt, griffen aber nicht so rasch zu, aus verschiedenen Gründen. England und Frankreich waren allzu sehr mit großen Plänen im fernen Osten und in Afrika beschäftigt, Oesterreich konnte infolge der inneren Wirrnisse an keine Eroberungspolitik denken. Jetzt sieht alles anders aus. Oesterreich, durch die grundsätzlichen inneren Reformen gestärkt, ist bereit, dieselben „weltpolitischen" Wege zu gehen, die die anderen Großmächte schon längst gewählt haben. Als erstes Objekt seiner „weltpolitischen" Tätigkeit müssen natürlich die benachbarten Balkanstaaten dienen. England und Frankreich, die den Handel auf den Balkanstaaten eigentlich nie ganz vernachlässigt haben, sind geneigt, ihn in großem Maßstabe weiter zu führen, wozu auch die veränderten Verhältnisse in der Türkei selbst größeren Spielraum darbieten. An flüssigem Gelde fehlte es weder in England, noch in Frankreich, und um das flüssige Geld vorteilhafter anzuwenden, werden die Franzosen und Engländer jetzt im „nahen" Osten eine ebenso rege Tätigkeit entfalten wie bisher im „fernen" Osten und in Afrika. Auf seiner Rückreise von Konstantinopel äußerte sich der französische Finanzminister über die Donau—Adria—Bahn wie folgt: „Frankreich, das für seinen materiellen Ueberfluß Anlagen suchen muß, wird sich gewiß mit einer starken Quote an diesem Kulturwerk beteiligen". (Berl. Tagebl. 1908 Nr. 426). Auch England und Oesterreich, wahrscheinlich auch Italien, werden sich an diesem wie an allen anderen „Kulturwerken" zu beteiligen suchen. Und keiner von diesen Staaten wird es natürlich zulassen, daß den deutschen Kapitalisten irgend welche Sondervorteile zugestanden werden. Und Deutschland wird sich diese „Gleichberechtigung" gefallen lassen müssen. Denn den früheren Einfluß in der Türkei besitzt es nicht mehr: der ist mit dem Zusammenbruch des alten türkischen Regimes verschwunden.

Es ist klar, daß die großen Hoffnungen und Pläne der deutschen Kapitalisten keine Aussicht mehr auf Erfüllung haben, auf wirtschaftlichem Gebiet sind die „deutschen" Interessen im Orient durch die türkische Revolution zu Schaden gekommen. Aber auch in rein politischer Hinsicht wird die türkische Revolution schwerlich Deutschland zugute kommen. Die konstitutionelle Türkei hat keine Veranlassung, Deutschland politisch näher zu treten, als irgend einer anderen europäischen Großmacht.

Der deutsche Kapitalismus und der deutsche Militarismus haben volles Recht mit der türkischen Revolution unzufrieden zu sein. Aber das deutsche Volk! . . . Ja, die Interessen des deutschen Volkes spielten keine Rolle in der Orientpolitik, die Interessen des deutschen Volkes sind daher auch nicht in Mitleidenschaft gezogen durch den Bankrott dieser Politik.

E. S.

Eine deutsche Aktion für Muley Hafid.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" veröffentlicht an erster Stelle ihrer Nummer folgende Meldung:

Wie wir erfahren, hat die kaiserliche Regierung durch ihre Vertreter den Regierungen der Signatarmächte von Algeciras mitteilen lassen, daß die kaiserliche Regierung angesichts der neuen Lage in Marokko die Signatarmächte von Algeciras darauf hinweisen zu sollen glaube, daß eine rasche Anerkennung Muley Hafids im Interesse der endlichen Beruhigung der marokkanischen Verhältnisse liege.

Diese Note ist wieder eine jener Plötzlichkeiten, durch die sich Deutschland in der Weltpolitik so manche bedenkliche Blößen gegeben und die ganze Welt argwöhnisch gemacht hat. Aeußerlich ist das Vorgehen korrekt, aber niemand kann darüber im Zweifel sein, daß die Note in der Sache einen Vorstoß gegen das französisch-englische Zusammengehen in Marokko bedeutet und die Stimmen der französischen und englischen Presse lassen das auch deutlich genug erkennen. Nachdem eben unsere Offiziösen die Erfolge der Cronberger Zusammenkunft gepriesen haben, erfolgt jetzt ein Schritt, der alles, was die Aussprache der beiden Staatsoberhäupter am Verhältnis Deutschlands zu England gebessert haben soll, wieder in Frage stellen muß. Allerdings sucht die deutsche Regierung ihr Vorgehen als sehr harmlos hinzustellen. Einem Ausfrager des „Berliner Tageblatts" ist vom Auswärtigen Amt mitgeteilt worden:

Die offiziellen französischen Kreise urteilen richtig, wenn sie die Reise des Konsuls Vassel nach Fes lediglich auf wirtschaftliche

Gründe zurückführen. Zu einer Erregung ist um so weniger Grund, als der französische Konsularbeamte, ein Algerier, sich seit Wochen bereits zur Wahrnehmung der französischen Interessen in Fes befindet. Vassel hat keine Mission von Sachen der Anerkennung Muley Hafids. Bei dem in Deutschland unternommenen Schritt handelt es sich nur um einen Vorschlag oder um eine Anregung und nicht etwa um die Einleitung einer Sonderaktion Deutschlands. Darüber hat die deutsche Regierung keinen Zweifel gelassen, denn sie hat gleichzeitig mit ihrem Vorschlage den Mächten mitgeteilt, daß sie damit nicht beabsichtige, aus dem Konzert der Mächte auszuscheiden, sondern daß sie vielmehr Gewicht darauf lege, nach wie vor im Rahmen der Akte von Algeciras in allen Stücken mit den andern Vertragsmächten d'accord vorzugehen. Der deutschen Regierung erschien aber der jetzige Augenblick besonders geeignet, eine rasche Klärung der Marokko-Frage herbeizuführen, durch die die wirtschaftlichen Interessen aller europäischen Staaten schon so lange und stark beeinträchtigt worden. Sie ist der Ansicht, daß Muley Hafid heute in Marokko der einzige aller Prätendenten ist, der tatsächlich die Macht in Händen hat, und der imstande ist, eingegangenen Verträgen Achtung und eingegangenen Verbindlichkeiten Erfüllung zu verschaffen. Nicht minder ist die Regierung von der Richtigkeit ihrer Anschauung überzeugt, daß es für die politischen wie wirtschaftlichen Interessen der Mächte besser ist, daß es in einem Lande wie Marokko einen von den Mächten anerkannten Sultan gibt, als eine Anzahl nicht anerkannter Kronprätendenten, die sich fortgesetzt gegenseitig bekämpfen. Aus denselben Gründen glaubt die Regierung endlich, daß man — immer im Gesamtinteresse der Mächte — den als Sultan anerkennen soll, der tatsächlich Macht und Einfluß genug hat, sich aus eigener Kraft in dieser Stellung zu halten.

Aus diesen Erwägungen heraus glaubte die Regierung die Initiative ergreifen zu sollen, um die Anerkennung Muley Hafids bei den Mächten anzuregen. Sie steht nicht auf dem Standpunkt, daß die Anerkennung Hafids erst erfolgen dürfe und könne, nachdem Muley Hafid feierlich die Bestimmungen der Algeciras-Akte für sich als bindend anerkannt habe. Vielmehr erblickt sie in der Algeciras-Akte für Marokko ein onus, das wie eine Hypothek auf dem Lande liegt, und gegen die zu regieren überhaupt unmöglich sei. Und deshalb erscheint es ihr unwesentlich, ob Muley Hafid die Algeciras-Akte vor seiner Anerkennung als Sultan feierlich anerkennt. Man zweifelt nicht daran, daß er gar nicht anders kann, als sich streng auf den Boden der Akte zu stellen und glaubt, daß man nach seiner Anerkennung sehr rasch durch diplomatische Verhandlungen dahin gelangen wird, daß Muley Hafid ebenso die Algeciras-Akte wie andere Verpflichtungen seines Vorgängers anerkennen werde.

Alle diese schönen Worte ändern nichts daran, daß Frankreich und England das Vorgehen der deutschen Regierung peinlich empfinden werden. Und das ist in einer Situation, die nicht besonders beruhigend ist, auf alle Fälle bedenklich. Das deutsche Volk muß gegen solche auswärtige Politik um so lebhafter protestieren, als ein dringliches Interesse des deutschen Volkes an den Dingen in Marokko gar nicht vorhanden ist. Es handelt sich dort lediglich um die Interessen einiger deutscher Kapitalisten. Weil einige Kaufleute und Finanzkreise infolge der marokkanischen Wirren etwas geringere Profite haben, deswegen werden die ohnehin nicht recht befriedigenden Beziehungen Deutschlands zu den Westmächten auf eine nicht unbedenkliche Probe gestellt! Das ist eine Politik, gegen die sich das deutsche Proletariat energisch wird wehren müssen.

Ob übrigens dem Sultan Muley Hafid die plötzliche deutsche Protektion sehr angenehm sein wird? Vielleicht erinnert er sich daran, daß sein Bruder Abdul Asis einst der Schützling der deutschen Politik war, daß Wilhelm II. in Tanger landete und die Souveränität des Sultans zu schützen versprach. Und hernach blieb Abdul Asis doch nichts weiter übrig, als sich den Franzosen in die Arme zu werfen. Die Spuren sollten schrecken . . .

•

London, 2. September. (Privatdepesche des „Vorwärts".) Der Antrag der deutschen Regierung an die Signatarmächte der Algecirasakte, Mulay Hafid anzuerkennen, sowie die plötzliche Abreise des deutschen Vertreters von Tanger nach Fes, haben hier Mißfallen hervorgerufen. Man sieht darin den Versuch Deutschlands, sich eine bevorzugte Stellung in Fes zu schaffen. Diese Handlungen der deutschen Regierung, sagen die „Times", stehen im Widerspruch zu den Friedensworten des Kaisers. Das Recht auf Initiative komme Frankreich und Spanien zu, denen Zeit gelassen werden müsse, sich über die neue Lage zu verständigen.

Die Obstruktion der „Münchener Post" im Spiegel der Parteipresse.

II.

Dresdener „Volkszeitung":

. . . Wenn in einigen Wahlkreisen dazu geschritten wird, die schon erfolgte Delegation unter ausdrücklicher Berufung darauf zu verstärken, daß eine möglichst große Mehrheit gegen die Süddeutschen geschaffen werden soll, so ist dies unseres Wissens ein bisher in der Partei noch nicht geübtes Verfahren, wenn es auch formell einwandfrei ist. Unstatthaft aber wäre es ganz und gar, wenn es wahr wäre, daß Kreise mit ganz geringen Organisationen Delegierte zum Parteitag senden, für deren Delegationskosten andere Kreise aufkommen. Daß der Parteivorstand irgendwie beteiligt sein könnte, wie die „Münchener Post" fragt, das halten wir für völlig ausgeschlossen. Und ein noch schlimmeres Zeichen des gegenwärtigen erregten Parteizustandes ist es, wenn nun in München gedroht wird, daß man sich überhaupt nicht am Parteitage beteiligen wolle. Die Prüfung der Mandate unterliegt dem Parteitage und wir vertrauen, daß der Parteitag einschreiten wird, falls unstatthafte Methoden bei der Delegierung vorgekommen sein sollten. Andrerseits erwarten wir auf das dringendste, daß die Münchener und süddeutschen Genossen sich zu voreiligen und überaus parteigefährlichen Schritten, wie sie die „Münchener Post" andeutet, nicht werden hinreißen lassen. Wir halten es für falsch und höchst bedauerlich, daß die „Münchener Post" Gedanken ausspricht, die zur Spaltung der Partei und zu unabsehbaren Zwistigkeiten führen müßten.

Sollten nun etwa die norddeutschen Parteigenossen erwidern: Macht ihr Süddeutschen, was ihr wollt, wir gehen unsern Weg! Das würde den Zustand weiter verschlimmern. Es gilt vielmehr, daß **alle Parteigenossen, denen das Wohl der Partei das höchste Gesetz ist, daran arbeiten, daß der Konflikt nicht noch immer mehr zugespitzt wird.**

Von allem anderen abgesehen, sollten doch jedenfalls die Erfahrungen des letzten Jahrfünfts warnen, sich plötzlichen Leidenschaftlichkeiten zu überlassen und den Streit zum äußersten zu treiben. Wir möchten doch in dieser Stunde erinnern, daß wir z. B. im Jahre 1903 uns nicht weniger hitzig über die Frage gestritten haben, ob wir einen Vizepräsidentensitz im Reichstage besetzen dürfen oder nicht. Aus dieser Streitfrage erwuchsen schließlich die schweren Debatten auf dem Dresdener Parteitag. Ein halbes Jahr später gewann in weitesten Kreisen der Partei die Ueberzeugung die Oberhand, daß wir uns wegen jener Frage nicht so sehr hätten befehden sollen, und heute ist die ganze Frage völlig veraltet und hinfällig geworden. Nicht viel anders war es im Jahre 1905, als die Generalstreikfrage die Gemüter erregte und der heftigste Konflikt zwischen Partei und Gewerkschaften ausbrach. Es bedurfte dann erst vieler Mühe, um diesen Konflikt auszugleichen, und gegenwärtig ist auch die Diskussion des Generalstreiks ganz und gar in den Hintergrund getreten. Nicht anders wird es sicherlich mit der süddeutschen Budgetabstimmung sein. Wollen wir den brudermörderischen Zwiespalt zwischen norddeutschen und süddeutschen Parteigenossen fortführen und aufs äußerste treiben, um bald darauf zu der nüchternen Erkenntnis zu kommen, daß damit der Partei keinerlei Nutzen und der Arbeiterschaft keinerlei Segen bereitet worden ist?!

Es ist hohe Zeit, daß die Diskussion über die Budgetabstimmung wieder in ruhige Bahn gelenkt wird. In solchen Auseinandersetzungen ist die Leidenschaftlichkeit nicht der rechte Berater. **Da gilt es vielmehr: Mehr Toleranz und ruhig Blut!**

„Volksbote", Stettin:

Wir wissen nichts davon, daß „eine Reihe mit ganz geringer Organisiertenzahl" das Beispiel der Hamburger nachgeahmt hätten. Daß aber ein großer Kreis, nachdem er früher von seinem vollen Rechte keinen Gebrauch gemacht, weil er meinte, es läge nichts prinzipiell Wichtiges vor und es könne Geld gespart werden, nunmehr, nachdem die Situation sich verändert hat, derselben anpaßt, um seinerseits zu verhindern, daß die industriell und geistig fortgeschrittenen Kreise nicht von den rückständigen überstimmt werden, — das können wir durchaus verstehen und halten es für recht und billig. Die Süddeutschen können ja in ihrer Sache Urabstimmung beantragen; sie würden dann wohl ihr blaues Wunder erleben. Die Drohung, sich am Parteitage nicht zu beteiligen, ist auf keinen Fall zulässig. Der Parteitag wird auf diesen politischen Erpressungsversuch wohl gebührend antworten.

„Volksblatt für Bochum":

Daß der Parteivorstand als Urheber des gerügten Verfahrens bezeichnet wird, ist unbegründet; jedenfalls liegen keine Anzeichen dafür vor, daß er es veranlaßt hat. Daß er aber stark Partei ergriffen hat in dieser Frage ist allerdings richtig und das erklärt wohl die im Zorn über das ganz ungerechte Verfahren gegen die süddeutschen Genossen gemachte Bemerkung der „Münchener Post" gegen den Parteivorstand.

Aber die Schlußbemerkung der „Münchener Post" zeigt, wohin die unwürdige Hetze gegen die Süddeutschen schon geführt hat. Es wird kluger, politisch einsichtiger und gerecht urteilender Männer auf dem Parteitage bedürfen, um die Partei vor einem Schaden zu bewahren, wie sie ihn noch nicht erlitten hat.

„Volksblatt", Kassel:

Das ist in der Tat das stärkste, was bisher über den Main zu uns „Preußen" herübergekommen ist. Wir wollen nicht voreilig urteilen und deshalb annehmen, daß wir es mit der Entgleisung eines unsagbar verärgerten oder bedenklich nervösen Genossen zu tun haben. Aus den süddeutschen Blättern, die morgen eintreffen müssen, wird zu ersehen sein, ob unsere Vermutung richtig ist, oder aber ob die Dinge viel ernster stehen, als wir seither angenommen haben.

„Volksstimme", Magdeburg:

Die Diskussion über die rein sachlichen Differenzen hat in letzter Zeit tatsächlich bereits Formen angenommen, daß es jedem Unbefangenen geboten scheint, im Interesse der Partei dringend vor Ueberspannung des Bogens zu warnen. Unsere Gegner warten seit langem vergeblich auf eine Spaltung in der Partei. Der Gegenstand, der jetzt mit so großer Erregung in einzelnen Parteiorganen behandelt wird, scheint uns wirklich nicht dazu angetan, diese Spaltung herbeizuführen. Aber auf beiden Seiten sollte doch bei solchen taktischen Meinungsverschiedenheiten das Bestreben vorherrschen, gegenseitig sich zu verstehen und über Fehler aufzuklären, nicht aber durch die Macht der Delegiertenzahl zu „siegen". Ein solcher „Sieg" wäre für beide Teile verhängnisvoll.

„Reußische Tribüne", Gera:

Der Schlußsatz ist . . . so ungeheuerlich, daß wir kaum glauben können, daß er mit ruhiger Ueberlegung niedergeschrieben sein kann. Er redet einen offenen Bruch mit der Parteigeschichte, der Einheit der Partei das Wort. Die Drohung, dem Parteitage fernzubleiben, ist zu ungeheuerlich, als daß sie die beabsichtigte Wirkung haben könnte, nur die Reichsligenverbändler werden darüber triumphieren. Die Drohung der Münchener Redaktion wird vielmehr auch den gleichgültigsten Parteigenossen zeigen, wohin das Bestreben einer gewissen Richtung geht: **auf eine partikularistische Absplitterung von der Gesamtpartei, um sich der Kontrolle der Gesamtheit zu entziehen.** Dagegen muß auf das allerschärfste protestiert werden.

„Volksfreund", Braunschweig:

So heiß wird die Suppe wohl nicht gegessen werden. Immerhin ist die Anmerkung der „Münchener Post", die es eine unwürdige Polizeikomödie nennt, wenn Wahlkreise in einer wichtigen Sache von einem guten Rechte Gebrauch machen, ein starkes Stück. Eine so hämische Verdächtigung, wie die Frage: „Auf wessen Kosten?", die man nur auf den Parteivorstand beziehen kann, sollte man eigentlich nur in einem Reichsverbandsblatte zu finden erwarten, nicht aber in einer parteigenössisch sein wollenden Diskussion der Parteipresse. Der Parteivorstand wird der „Münchener Post" wohl die Antwort nicht schuldig bleiben.

„Volksblatt für Harburg":

Jedenfalls war sich die „Münchener Post" der Bedeutung ihrer Worte nicht ganz bewußt. Oder weiß man denn in Süddeutschland nicht, daß es laut Organisationsstatut jedem Wahlkreise frei steht, bis zu drei Delegierte zum Parteitag zu entsenden? Angesichts dessen ist es ein starkes Stück von einem Parteiblatte, von „brutaler Gewalt" und „unwürdiger Polizeikomödie" zu sprechen.

Uns dünkt, aus der „Münchener Post" spricht das schlechte Gewissen.

„Arbeiterzeitung", Essen:

Da hört denn aber doch bald verschiedenes auf! Man mag über das Vorgehen der Hamburger Genossen denken wie man will, solange diese Genossen den dritten Delegierten auf ihre Kosten senden (und daß dies in Hamburg geschieht, ist selbstredend!), weil die Beratungsgegenstände ihnen wichtig genug erscheinen, ist das ihr gutes Recht. Etwas anderes ist es, wie wir schon einmal schrieben, mit den Kreisen, die nur über eine geringe Zahl von Organisierten verfügen und doch drei (teilweise natürlich wahlkreisfremde) Delegierte senden. Das sind ungehörige Schiebungen, die unter allen Umständen verurteilt werden müssen, die übrigens auch genau das Gegenteil von dem erreichen, was ihre Urheber wollen. Tatsächlich ist von einer Anzahl Kreise in dieser Weise gesündigt worden, und wir wünschten sehr, daß der Parteitag solche Schiebungen derbe verurteilte.

Wenn aber nun die „Münchener Post" herkommt und schreibt, „damit hat sich der Parteivorstand auf den Standpunkt des Polizeiaufgebots gestellt", so ist das ein Verfahren, das alles in den letzten Debatten schon hier und da geleistete Unschöne übertrifft. Der Parteivorstand hat doch verdammt die Hamburger nicht veranlaßt, den dritten Delegierten nachzuwählen!

Daß die Anregung, die Süddeutschen möchten den Parteitag nicht beschicken, ein nennenswertes Echo finden wird, wagen wir einstweilen zur Ehre der süddeutschen Parteigenossen zu bezweifeln.

Die „Münchener Post"

hat in ihrer Mittwochnummer noch nicht die (vom Pressebureau verbreitete Erklärung des Parteivorstandes abgedruckt. Dagegen druckt sie den Artikel der „Dresdener Volkszeitung" ab und erklärt dazu:

„Der Gedanke vom Hinauswerfen, von Spaltung und so weiter ist nicht süddeutschen Ursprungs. In Berliner, in Leipziger und anderen Versammlungen, in einigen norddeutschen Parteiorganen wurde er breit und behaglich erörtert.

Das Parteivorstandsmitglied Pfannkuch hat in einer Berliner Versammlung die Bezeichnung „Vertrauensbruch" für das Verhalten der süddeutschen Parteigenossen zur offiziellen norddeutschen Scheidemünze gestempelt.

Eine Flut von Beschimpfungen zum Teil ganz persönlicher Natur ergießt sich aus den Referaten und Organen der Partei in Norddeutschland auf die Süddeutschen.

Aber nicht genug damit: die strammen Ankläger, die mit Recht das Prozeßgebaren des Klassenstaates bekämpfen, wenden das System des fertigen Urteils für das Gerichtsverfahren der Partei an. Sie lassen ihre Delegierten schwören, daß sie die Verdächtigen verurteilen werden, gleichwie auch ihre Verteidigung sein mag.

Wenn das die Art ist, nach der die Berliner Parteileitung die Geschlossenheit der Partei herbeizuführen vermeint, so ist sie mit Blindheit geschlagen.

Die südbayerische Parteigenossenschaft ist einstimmig der Meinung, daß Geduld und Milde gerade zum Ueberdruß von uns geübt worden sind. Und daß wir uns dafür bedanken, als Parteigenossen zweiter Klasse behandelt zu werden."

Die „Fränkische Tagespost" in Nürnberg schreibt in der Dienstagsnummer:

Wir haben uns über diesen neuen Zwischenfall bisher nicht geäußert. Wir glauben aber den Sinn der Demonstration der „Münchener Post" richtig zu verstehen, wenn wir ein paar Fragen an die deutsche Gesamtpartei richten, deren kurze Beantwortung über das Recht oder Unrecht unseres Münchener Parteiblattes entscheiden dürfte:

Welchen Wert kann man den Parteitagen zumessen, wenn im voraus für einen bestimmten Zweck eine Mehrheit mit gebundenem Mandat organisiert wird? und welchen Ertrag können dann noch Debatten haben, wenn ihr Ergebnis von Anfang an feststeht?

Was soll eine so im voraus zur Minorität verurteilte Gruppe von Delegierten tun, zumal wenn man ihr von Anfang an klar gemacht hat, daß sie eigentlich nicht mehr zur Partei gehört, wenn also das gebundene Mandat — vergleiche Geyer in Leipzig — das Verlangen strikter Unterwerfung oder Ausschluß bedeutet?

Trifft den deutschen Parteivorstand eine Mitverantwortung, wenn er es unterläßt (nur so haben wir die, sonst irrtümliche Adressierung der Münchener Erklärung aufgefaßt), seinen moralischen Einfluß dagegen einzusetzen, daß die Reichshauptstadt ihre durch Zusammendrängung großer Arbeitermassen (nicht einmal durch günstige Organisationsverhältnisse) herbeigeführten reichlichen Mittel verwendet, um eine vollständige Ausnutzung des formalen Delegationsrechts in Kreisen zu ermöglichen, die parteiorganisatorisch gar nicht in Betracht kommen? Würde der Parteivorstand sich verpflichtet fühlen, gegen diese Praxis einzuschreiten, wenn sie ihm zur Kenntnis käme, zumal wenn er etwa unterrichtet sein sollte, daß es nicht zum erstenmal, sondern schon beim Mannheimer Parteitag geschehen ist?

Seit wann endlich hält man das gebundene Mandat für eine demokratische Forderung? Weiß man wirklich nicht, daß das gebundene Mandat die „parlamentarischen" Vertretungen im Zeitalter des absoluten Königtums entwertete, daß dagegen das freie und allgemeine Mandat eine der bleibenden Errungenschaften der großen französischen Revolution ist?

„Pfälzische Post", Ludwigshafen:

So begreiflich uns die Erregung der „Münchener Post" erscheint, so möchten wir doch dringend davon abraten, ihrem Vorschlage zu folgen. Es wird sich auf dem Parteitage Gelegenheit bieten, diese Mandatsmacherei gebührend zu kennzeichnen und dabei zu charakterisieren, wie der Streit um die Budgetbewilligung derart mit „geistigen Waffen" ausgetragen wird. Das genügt einstweilen.

„Offenbacher Abendblatt":

Wir begreifen den Aerger der süddeutschen Genossen über das gekennzeichnete Vorgehen ihrer norddeutschen Gegner in der Budgetbewilligungsfrage und wir halten es mit ihnen für bedauerlich, daß insbesondere Wahlkreise mit schwachen Organisationen lediglich zu dem Zweck, die Freunde der Budgetbewilligung in Nürnberg niederzustimmen, sie nicht durch die Wucht der Argumente im Kampf der Geister, sondern durch die Zahl der Stimmen zu schlagen, zur Absendung möglichst vieler Vertreter geradezu veranlaßt werden. Aber die „M. P." schießt in ihrer Erbitterung nach unserer Ueberzeugung doch erheblich übers Ziel hinaus, wenn sie einmal den Parteivorstand für jenes Vorgehen der Berliner, Hamburger usw. Genossen verantwortlich machen will und dann, wenn sie als Antwort darauf einer Nichtbeteiligung der süddeutschen Parteigenossen am Parteitage das Wort redet. Die formelle Berechtigung der betreffenden Wahlkreise, drei Delegierte zum Parteitag zu entsenden, kann nicht bestritten werden und auch eine starke Beschickung des Parteitags muß an sich erfreulich erscheinen. Folgen daher die süddeutschen Genossen dem Beispiel der norddeutschen, indem sie auch so viel wie möglich Delegierte wählen, auch nachträglich dort noch, wo die Sache schon erledigt war, dann wird man ja sehen, wie das vom Norden gegebene Beispiel wirkt. Eine Nichtbeteiligung am Nürnberger Parteitag aber würden wir für einen schweren Fehler halten, dessen Folgen für die Gesamtpartei unabsehbar werden könnten.

Die „Mainzer Volkszeitung"

druckt die Aeußerung der „M. P." ab und sagt nichts dazu.

„Schwäbische Volkszeitung", Augsburg:

Wir nehmen ohne weiteres an, daß der Parteivorstand dem jedenfalls bedenklichen Treiben einzelner „Unentwegter" völlig fern steht. Immerhin sind Dinge, wie sie aus Hamburg geschildert, entschieden verwerflich. Wenn auch jedem einzelnen Wahlkreise das Recht ungeschmälert bleiben soll, so viel Delegierte auf den Parteitag zu entsenden, wie es ihm zweckmäßig erscheint, so muß unter allen Umständen gegen die Art der Begründung der Delegation, wie es in Hamburg und in anderen Orten geschehen, Verwahrung eingelegt werden. Die strittige Frage, die unseres Erachtens die Bedeutung durchaus nicht hat, die ihr von verschiedenen Seiten zugemessen wird, läßt sich jedenfalls am besten und leichtesten dann lösen, wenn auf beiden Seiten ruhig Blut bewahrt wird. Dies ist sicher auch im Interesse der Gesamtpartei gelegen.

„Norddeutsche Volksstimme", Bremerhaven:

Diese Ansicht des Münchener Parteiblattes ist so bezeichnend für die Auffassung der süddeutschen Genossen von der Lage der Sache, daß kein Wort der Kritik scharf genug ist, den Versuch, einen Parteitagsboykott zu inszenieren, zu verurteilen.

„Oberfränkische Volkszeitung", Hof i. B.:

Wenn nun aber gar versucht wird, den Nürnberger Parteitag zu desavouieren und somit die deutsche Sozialdemokratie in eine norddeutsche und eine süddeutsche Partei zu spalten, so ist das eine Hetze gegen den Parteivorstand und eine revisionistische Ausnutzung eines taktischen Fehlers, gegen die wir auf das schärfste Protest erheben müssen. Wenn die Berliner und Hamburger Genossen hinsichtlich der Entsendung von Delegierten eine ihrer Zahl entsprechende Vertretung anstreben, so berechtigt das die „Münchener Post" nicht im geringsten, den Parteitag als Polizeikomödie zu bezeichnen und gar dessen völlige Ignorierung zu verlangen. Wenn schon der Revisionismus solche Blüten treibt, daß man die Einheit der Partei zerstören möchte, so werden die Parteigenossen überall dagegen Stellung zu nehmen und sich gegen die Verwässerung der Prinzipien mit aller Energie zu verwahren haben. Freilich versteht man es im revisionistischen Lager vorzüglich, den Spieß umzudrehen und aus einer sachlichen Auseinandersetzung eine persönliche Fehde zu machen. Jetzt aber, wo die Maske gefallen ist und man eher die Eintracht der Partei untergraben als die Verantwortung für eigenes Tun tragen will, jetzt ist es die Pflicht aller bayerischen Parteigenossen, sich um jenes Banner der Prinzipientreue zu scharen, das uns seit Jahrzehnten von Sieg zu Sieg getragen hat.

„Volksstimme", Mannheim:

Wir selbst sind der Meinung, daß die süddeutschen Parteigenossen mit derselben Ruhe, die sie in der Budgetdebatte bisher

bewiesen haben, die Dinge an sich herankommen lassen sollten. Sollte sich dann auf dem Parteitag zur Gewißheit zeigen, daß der Wille zu ehrlicher Verständigung tatsächlich nicht vorhanden ist, dann wäre immer noch Zeit dazu, die Konsequenzen zu ziehen. Vorläufig geben wir, trotz der befremdlichen Erscheinungen, die sich auch in der Frage der Beschickung des Parteitags gezeigt haben, die Hoffnung nicht auf, daß eine Verständigung möglich ist. Wir wiederholen unseren auch von einem Teil der norddeutschen Parteipresse sympathisch aufgenommenen Vorschlag, die Budgetfrage sofort zu Beginn des Parteitags einer vom Parteitag selbst zu wählenden Kommission zur Behandlung zu überweisen. Diese Kommission hätte die Aufgabe, die Frage, um die es sich handelt, in aller Ruhe und Sachlichkeit zu erörtern und die Grundlagen einer Verständigung zu schaffen, für die dann wohl auch im Plenum sich eine Mehrheit finden würde. Auch unsere norddeutschen Parteigenossen werden bis zum Parteitag hoffentlich noch zu der Ueberzeugung kommen, daß man den Bogen allzustraff nicht spannen darf. Sollten sie es dennoch versuchen, so hätten nicht die süddeutschen Parteigenossen, sondern sie selbst die Verantwortung für die Folgen zu tragen.

„Sächsisches Volksblatt", Zwickau.

Der Ausdruck „Polizeikomödie" für eine Selbstverständlichkeit, die unter Ausnutzung des parteigesetzlichen Rahmens erfolgt, ist unerhört und zeigt, wie hoch die Erbitterung jenseits des Mains wegen der Kritik an der Budgetbewilligung gestiegen ist. Auf dem Parteitage wird dieser Ausdruck wohl seine schärfste Rüge finden. Das schlimmste ist jedoch an dem Schlußsatz der Münchener Auslassung die Stelle von der „Erwägung der süddeutschen Genossen, ob sie nicht dem Parteitage gänzlich fernbleiben sollen". Glücklicherweise langt es hierzu nicht, denn die süddeutschen Genossen sind nicht so fanatisch gesinnt, daß sie nicht, allen Konflikts ungeachtet, zum Parteitag erscheinen sollten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. September 1908.

Sydow an der Arbeit.

Schatzsekretär Sydow hat seinen Urlaub beendet und ist nach Berlin zurückgekehrt, nachdem er vorher noch seinem Vorgänger im Amte, dem Freiherrn v. Stengel, einen Besuch abgestattet hatte. Herr v. Stengel hat ja Erfahrungen genug gemacht auf dem Gebiete der Sanierung der Reichsfinanzen, und froher Hoffnungen voll dürfte Herr Sydow kaum von ihm geschieden sein. Die Summe von vierhundert Millionen Mark als Mindestbedarf soll feststehen, doch wird damit gerechnet, daß der Ertrag der neuen Steuern in den ersten Jahren hinter dem Voranschlag zurückbleiben wird, weshalb man im ersten Jahre auf wenigstens dreihundert Millionen Mark neuer Einnahmen rechnet. Damit meint man das Defizit für 1908/09 decken zu können.

Hoffentlich hört diese verdächtige Geheimniskrämerei nun bald auf! Das deutsche Volk hat ein Recht darauf, Klarheit über die Steuerpläne der Regierung zu erlangen.

Uebrigens sind auch der hanseatische Bundesratsbevollmächtigte Dr. Kluegmann und der Direktor im Reichsschatzamt Dr. Kühn bei Freiherrn v. Stengel eingetroffen. Ob nur aus alter Anhänglichkeit oder um sich Rat zu holen, steht dahin. —

Zur Ersatzwahl in Speyer-Ludwigshafen.

Die Zentrumspartei im Wahlkreise Speyer-Ludwigshafen hat jetzt einen endgültigen Beschluß über ihr Verhalten bei der bevorstehenden Ersatzwahl gefaßt. Die Vertrauensmännerversammlung hat nämlich beschlossen, für die am 15. September stattfindende Reichstagsersatzwahl keinen eigenen Kandidaten aufzustellen, und ist es allen Wählern zur Pflicht zu machen, nach beiden Seiten strikte Wahlenthaltung zu üben. Wer durch irgendwelche Umstände gezwungen ist zu wählen, möge einen weißen oder durchstrichenen Zettel abgeben. —

Beginnt die Wallfahrt nach Norderney?

Die freisinnige „Weser-Zeitung" läßt sich schreiben:

„Kommerzienrat R. Schmidt-Elberfeld, der bekannte freisinnige Parlamentarier, hat sich nach Norderney begeben. Er hat sich mit seiner Gattin nach der schönen ostfriesischen Insel aufgemacht. Politische Bedeutung hat wohl diese Reise vorläufig noch nicht; aber, da Reinhard Schmidt wiederholt vom Reichskanzler eingeladen wurde, so kann immerhin die Reise Bedeutung erlangen."

Vielleicht dreht es sich bei diesem Besuche nur erst um eine Sondierung darüber, wer alles vom Freisinn der Ehre gewürdigt werden soll, beim Kanzler zu dinieren, um bei dieser Gelegenheit „überzeugt" zu werden.

Die Heiligsprechung Pius IX.

Vor der Kongregation der Riten in Rom wird zurzeit der Prozeß wegen Heiligsprechung des Papstes Pius IX. verhandelt. Gegen die Heiligsprechung hat nun die Familie Falconieri beim Präsidenten der Kongregation, dem Kardinal Cretoni, in aller Form Widerspruch erhoben, weil angeblich Pius IX. „unter Mitwirkung des Kardinals Antonelli und anderer Untergebener sich in widerrechtlicher und verbrecherischer Weise die Fideikommißgüter der Familie angeeignet habe". Diese Besitzungen haben einen Wert von 30 Millionen Lire. Die angebliche Beraubung soll in die Jahre 1849 bis 1865 fallen. Vor den bürgerlichen Gerichten Roms ist diese Angelegenheit bereits seit 1900 anhängig gemacht. —

Luftschiffspende statt Speisung der hungrigen Schulkinder.

Der Magistrat zu Frankfurt a. M. hatte beantragt, 10 000 M. für den Stuttgarter Zeppelinfonds zu bewilligen. In der heutigen Stadtverordnetenversammlung beantragte die Sozialdemokratie, diese 10 000 M. dem Frankfurter Verein zur Speisung armer Schulkinder als außerordentliche Unterstützung zuzuwenden und dem Grafen Zeppelin mitzuteilen, daß die beiden städtischen Behörden mit dieser Zuwendung die Kulturtat des Erfinders in seinem Sinne ehren wollen.

Nachdem der freisinnige Stadtverordnete und Landtagsabgeordnete Funk mit einerseits und andererseits seine „Sympathie" mit diesem Antrag Quarck ausgesprochen hatte, stimmte er und mit ihm alle Freisinnsdemokraten (mit einer einzigen Ausnahme) für den Magistratsantrag. Damit war der Antrag Quarck abgelehnt. Dazu ist zu bemerken, daß zurzeit Not und Elend bei der Frankfurter Bevölkerung Heimatrecht erworben haben, und, wie kürzlich erst vom Verband der Maurer festgestellt wurde, die Arbeitslosigkeit seit zwanzig Jahren nicht mehr so groß gewesen ist, wie in diesem Jahre. Trotzdem gibt man lieber 10 000 M. für Luftschiffe, als für hungernde Schulkinder! Ob Zeppelin an dieser Spende Freude hat??

Die Sozialdemokraten als Treiber.

Die „Kölnische Volkszeitung" bemerkt zu dem Bericht des sozialdemokratischen Parteivorstandes über den Stand der Organisation und der Finanzen:

„Für die Zentrumspartei ergeben sich die Lehren aus diesen Mitteilungen von selbst. Wenn auch die Organisation der Zentrumspartei in manchen Landesteilen musterhaft durchgeführt ist, so hapert es doch vielerorts noch sehr damit. Vor allem mangelt es an Parteisekretären. Zum mindesten müssen für die einzelnen Landesteile Parteisekretariate eingerichtet werden, wie solche für Rheinland (Köln), Nassau, Westfalen (Münster) und in Baden bestehen. Auch fehlt es noch an einem der Zentrumsfraktion in Berlin zu Diensten stehenden allgemeinen Parteisekretär. Soll das aber ermöglicht werden, so müssen sich die Mitglieder der Zentrumspartei mehr als bisher dazu verstehen, für die Parteizwecke finanzielle Opfer zu bringen."

Es steht fest, daß die Zentrumspartei, wenn die Sozialdemokratie nicht wäre, es in ihrem Lager bei den alten gewohnten und bequemen Zuständen gelassen hätte, wo der Herr Pfarrer, unterstützt von einem kleinen Parteiklüngel, die ganze Organisation darstellte und die Agitation sich auf die Verkündigung des Kandidaten und die Herbeischleppung der Getreuen zu den Wahlen beschränkte. Aus dieser Ruhe hat die Sozialdemokratie das Zentrum unsanft aufgerüttelt, so daß neulich ein Zentrumsparteisekretär auf einem Parteitage der westfälischen Ultramontanen gestehen mußte: „Die Sozialdemokratie hat uns auf den Schwung gebracht!" —

Ein Nachklang zum Katholikentage.

In einem Artikel des in Gnesen erscheinenden radikalpolnischen Organs „Lech" wird dem Zentrum folgendermaßen der Text gelesen:

„Auf dem diesjährigen Katholikentage wurden alle möglichen Dinge berührt, nur von den Polen hat man geschwiegen. Die katholischen Männer in Düsseldorf werfen mit den Phrasen umher, sie repräsentierten in Deutschland das Recht und die Freiheit, mit keinem Worte aber erwähnten sie der Polen, mit keinem Worte verleugneten sie ihren Hakatismus. War denn den Leitern des Katholikentages nichts von dem Enteignungsgesetz bekannt, das gegen deutsche Katholiken angewendet wird? War nicht den Stützen des Katholizismus in Deutschland die Gelegenheit gegeben, dieses Vorgehen genügend zu brandmarken? Sie haben aber lieber geschwiegen von dem Unrecht, das man an ihren Brüdern begeht, weil diese Polen sind und man sich bei der Regierung nicht unbeliebt machen will. Die Welt strebt nach Licht und Freiheit und erkennt sofort die Heuchelei, wenn diese auch noch so sehr mit dem Mantel der Unschuld sich zu verdecken sucht. Ihr seid nur um Eure eigenen Interessen besorgt. Wir wollen Euch die bittere Wahrheit ins Gesicht sagen: Ihr wollt nur die Regierung wieder in die Hände bekommen. Es wäre Euch angenehm, wenn Ihr Euch wieder in der Sonne der Regierung wärmen könntet. Ihr seid dabei in Uebertreibung und Byzantinismus verfallen. Ihr schweigt von den Polen, weil es heute nicht lohnend ist, sich eines geknechteten Volkes anzunehmen. Es war bequemer, abgedroschene Phrasen über unmoralische Bücher auszusprechen und Telegramme in die Welt zu schicken, weil man sich damit niemand unbequem macht. . . ."

Der Herzog von Sachsen-Altenburg hat aus Anlaß seines Geburtstages am 31. August, des ersten nach seinem Regierungsantritt, der im März erfolgt ist, eine Amnestie erlassen, und zwar in der Art, daß vollständiger oder teilweiser Straferlaß oder Umwandlung in eine mildere Strafe, vorzeitige Entlassung oder Strafaufschub mit der Aussicht auf Begnadigung bei Wohlverhalten verfügt worden ist. Außerdem hat er noch 64 Ritterkreuze verschiedener Orden, 50 Medaillen, 17 Ehrenkreuze und Ehrenzeichen sowie einige 20 Titel verteilt. Eines solch reichen Orden- und Titelsegens erinnern sich in dem kleinen Ländchen selbst die bekannten ältesten Leute kaum. Kennzeichnend für die Verhältnisse in diesem kleinen Ländchen ist es, daß noch niemals ein Sozialdemokrat einer Amnestie teilhaftig geworden ist, was doch selbst schon in dem reaktionären Sachsen, Preußen und Mecklenburg der Fall war. Als vor einem halben Dutzend Jahren einmal aus irgend einem Anlaß eine allgemeine Amnestie erlassen wurde, wurden zwei sozialdemokratische Preßsünder, von denen jeder 75 M. in die Staatskasse zahlen sollte, sogar ausdrücklich von der Einbeziehung in die Amnestie ausgeschlossen.

Vom christlichen Bruderkrieg.

Die „Trierische Landeszeitung", die es mit den katholischen Fachabteilungen hält, macht sich das Vergnügen, den christlichen Gewerkschaftsführern, die sich jüngst in Zürich gegen die Einmischung der Bischöfe in die wirtschaftlichen Bestrebungen der katholischen Arbeiter aufgelehnt haben, entgegenzuhalten, was die Herren Schiffer und Genossen bei früheren Gelegenheiten über die soziale Wirksamkeit der Bischöfe und ihre Verdienste um das wirtschaftliche Wohl der Arbeiter gesagt haben. Zum Schluß bemerkt das Trierer Zentrumsblatt: „Es berührt eigentümlich, daß dieselben Leute, die in Zürich eine solch trotzige Sprache gegen die Bischöfe geführt haben, kurz nachher auf der Düsseldorfer Katholikenversammlung als Lehrer der katholischen Arbeiter aufgetreten sind. Die Schamröte steigt einem zu Gesicht, wenn man sich die Arbeiterredner und ihre Reden auf den Katholikenversammlungen in Köln, Essen, Würzburg, Düsseldorf ansieht und zugleich an die Vorgänge in Zürich denkt." —

Eine neue Viehzählung.

Auf das wiederholte dringende Verlangen der landwirtschaftlichen Körperschaften, insbesondere des Landesökonomiekollegiums, wird am 1. Dezember d. J. eine neue Viehzählung für Preußen vorgenommen werden.

Soldatenschinder.

Wegen Mißhandlung eines Untergebenen stand der Vizefeldwebel Franz Schumann von der Oekonomieabteilung des I. Armeekorps vor dem Königsberger Kriegsgericht. Schumann hatte den Oekonomiehandwerker Otto Riemann dreimal an den Ohren gerissen, und zwar das letzte Mal am 28. Juli d. J. mit dem Erfolge, daß Riemann infolge der Mißhandlung im linken Ohr eine Zerreißung des Trommelfells davontrug. Die Mißhandlung wurde in der Weise vorgenommen, daß der Angeklagte sein Opfer an beide Ohren faßte und diese herumdrehte. Während Riemann bezüglich der beiden ersten Fälle keine Meldung machte, brachte er den letzten Fall zur Anzeige, da er, wie er sich gleich nach der Tat des Vizefeldwebels zu einem Kameraden geäußert hatte, keine Lust habe, sich zum Krüppel machen zu lassen. Die Ursache zu der Mißhandlung soll der Umstand gegeben haben, daß Riemann, der Schuhmacher ist, an demselben Tage bis 3½ Uhr nachmittags nur 200 Paar Absätze angefertigt hatte, während nach der Ansicht seines Peinigers 250 Paar hätten fertig werden müssen. Mit Rücksicht auf die bisherige gute Dienstführung des Angeklagten beantragte der Anklagevertreter 10 Tage gelinden Arrest. Das Gericht erkannte auf 14 Tage gelinden Arrest und meinte, der Angeklagte habe für seine Tat einen genügenden Grund nicht angegeben. Sei es, daß er sie infolge einer üblen Angewohnheit begangen oder daß er sich in der seiner Aufsicht unterstellten Abteilung gewissermaßen eine Paschawirtschaft angeeignet habe. Seine Tat sei geeignet, bei den Leuten Mißstimmung zu erregen, die dann in Zerstörung von Dienstgegenständen oder auf andere Art sich leicht bei den Soldaten Luft machen könne. Solchen Uebergriffen müsse daher energisch (?) entgegengetreten werden; daher bekam der Angeklagte die „enorm strenge" Strafe von — 14 Tagen gelinden Arrest. —

Etwas schlechter ging es dem Sergeanten Schulz vom Trainbataillon Nr. 1. Er hatte den Soldaten Brück mit der Klopfpeitsche in der brutalsten Weise mißhandelt. Seinem Opfer hatte er dreißig Hiebe versetzt, die blutunterlaufene Striemen zurückließen. Dafür bekam der Soldatenschinder 45 Tage Gefängnis. In einem anderen Falle mußte er freigesprochen werden, da der Mißhandelte als Zeuge zu keiner belastenden Aussage zu bewegen war, obwohl er im Vorverfahren ganz bestimmte Angaben über die Mißhandlungen gemacht und der Angeklagte die Möglichkeit zugegeben hatte, sich auch an diesem Soldaten vergriffen zu haben.

Oesterreich.

Aufhebung des Todesurteils gegen Siczinski.

Der oberste Gerichtshof zu Wien erkannte auf Aufhebung des Urteils des Lemberger Gerichtshofes, wonach der Mörder des Statthalters Grafen Potocki, Siczinski, zum Tode durch den Strang verurteilt wurde, und ordnete eine neue Verhandlung vor dem Lemberger Schwurgericht an. In der Begründung des Erkenntnisses wird ausgeführt, daß ein Nichtigkeitsgrund gegeben sei, weil der Lemberger Gerichtshof die Anträge der Verteidigung auf Prüfung des Geisteszustandes des Angeklagten und die Untersuchung seines Vorlebens in psychopathischer Beziehung rechtswidrig abgelehnt hatte. —

Schweiz.

Sozialdemokratische Wahlerfolge.

Zürich, 31. August. (Eig. Ber.)

Im Bezirk Winterthur ist gestern nach heftigen Kämpfen im zweiten Wahlgange der Genosse Schuler mit 5643 gegen 5590, also mit einer Mehrheit von 63 Stimmen als Bezirksanwalt (Untersuchungsrichter) gegen den Gerichtssubstituten Dr. Hofmann gewählt worden. Im ersten Wahlgang am 9. August hatte Genosse Schuler 4047, sein Gegenkandidat 4518 Stimmen erhalten, so daß die sozialdemokratische Stimmenzahl gestern um 1596, die bürgerliche um 1072 Stimmen gestiegen ist bei einer Stimmbeteiligung von 80 Proz. Es ist dies der erste sozialdemokratische Sieg, der aus eigener Kraft in diesem Bezirke errungen worden ist. Der als Bezirksanwalt gewählte Genosse Schuler war früher Metallarbeiter, seit fünf Jahren Bezirksrichter.

Im Bezirk Biel hat die Partei in der Ersatzwahl in den Großen Rat einen Sieg errungen, indem sie das Mandat behauptete. Genosse Ryser wurde mit 1817 gegen 1764 Stimmen gewählt. Bei den Verfolgungen gedeiht unsere Partei also recht gut. —

Italien.

Italienische Journalisten im Solde des Kongostaates?

Rom, 31. August. (Eig. Ber.)

Eine belgische Zeitung, „Le Patriote", hat bekanntlich unlängst Enthüllungen veröffentlicht über die Verwendung von Schmiergeldern, die der belgische Kongostaat in fast allen europäischen Ländern an die Presse zu verteilen pflegte. Auch Italien steht auf der Liste und zwar sollen daselbst an Bestechungsgelder jährlich über 40 000 Lire verteilt worden sein. Die Zentralstelle für die Verteilung bildete, nach dem belgischen Blatt, der belgische Konsul in München. Von den Italien zugedachten Geldern gelangten 20 000 an einen Agenten des Kongostaates in Rom, der sie an die Provinzpresse verteilte, 12 000 Lire gingen direkt einem großen römischen Blatte zu, 3000 Lire einer kleinen Zeitung der Hauptstadt und 6000 einem Abgeordneten, der Journalist ist. Die Gegenleistung der „anständigen Presse" hätte darin bestanden, die Schrecken der Zivilisationsarbeit im Kongo zu verschweigen und den italienischen Arbeitern die Auswanderung in die berüchtigten Kautschukwälder des Kongo zu empfehlen.

Begreiflicherweise fordern die Blätter, deren Ueberzeugung nicht feil ist, eine Untersuchung des italienischen Pressevereins über die schweren Anschuldigungen. Bis jetzt hat in Rom der „Avanti", die republikanische „Ragione", „Giornale d'Italia" und „Messagero" in diesem Sinne geschrieben; die „Tribuna" und der „Popolo Romano" schweigen sich aus und die „Vita" meint, auch ohne Untersuchung könne man wissen, wer die beiden bezahlten Blätter seien. Auch die Journalisten, die Deputierte sind — wenig mehr als ein Dutzend — werden sich bemühen, den Ehrenmann in ihrer Mitte ausfindig zu machen. Die Sache soll auch im Parlament zur Sprache kommen. —

Rußland.

Der spionierende Zar.

Es gehört zu den in bürgerlichen Kreisen besonders weit verbreiteten Legenden, Zar Nikolaus, der „Gefangene in Peterhof", sei ein willenloses Werkzeug in den Händen der Hofkamarilla und habe nichts gemeinsam mit den Greueltaten, die täglich, stündlich in seinem Namen vollbracht werden. Wenn diese Behauptung in ihrer ersten Hälfte auch ziemlich zutreffend erscheinen dürfte — die „Intelligenz" und „Willensstärke" Nikolaus II. sind ja bereits sprichwörtlich geworden! — so stellt sie in ihrer zweiten Hälfte eine krasse Verzerrung der Tatsachen dar. Nikolaus II. ist nicht nur als Haupt der regierenden Clique für alle Regierungsgreuel voll und ganz verantwortlich, er betreibt sein „Handwerk" auch mit Leib und Seele und übertrifft in dieser Beziehung selbst manche seiner Vorgänger.

Die in Paris erscheinende Zeitschrift „Byloje", die dem Studium der Geschichte der russischen Freiheitsbewegung gewidmet ist, veröffentlicht interessantes Material zu dieser Frage. Sie stellt mit Gewißheit die Existenz des sogenannten „Zarenblattes" fest, das unter dem Namen „Sammlung der beachtenswertesten Angaben des Polizeidepartements" in Manuskriptform (500—600 S. groß) 10 bis 15 mal jährlich erscheint und ausschließlich für den Zaren bestimmt ist. Es wird unter der direkten Leitung des Ministers des Innern von den Mitgliedern des Komitees für ausländische Zensur zusammengestellt und enthält eine detaillierte Uebersicht des vom Polizeidepartement zutage geförderten Spionagematerials.

Aus der im „Byloje" wiedergegebenen Inhaltsangabe des „Zarenblattes" für das Jahr 1898 ist ersichtlich, welche Themen den Zaren am meisten interessieren. Da finden sich Kopien geöffneter Briefe, Angaben von Provokateuren und Verrätern, Denunziationen, Mitteilungen von Spionen usw. Alle Details des Kampfes gegen die Revolution werden dem Zaren mitgeteilt, der gesamte Schmutz des russischen Spionagesystems wird vor dem „Selbstherrscher aller Reußen" aufgedeckt. Und unter allen diesen Mitteilungen prangen unentwegt die Worte des Zaren: „Mit Vergnügen gelesen".

Es verlohnt sich im Zusammenhange damit, auf einen Vorgang hinzuweisen, den Alexander Herzen in seinem berühmten „Kolokol" in den 60er Jahre mitteilte. Als man Alexander II. ein Verzeichnis von Personen unterbreitete, die einen Londoner Emigranten besucht hatten, warf er es ins Feuer, weil er es als Schmach für sich empfand, polizeiliche Denunziationen zu lesen. Sein Enkel jedoch kennt keine angenehmere Lektüre, als Briefe und Berichte von Lockspitzeln. —

Marokko.

Ein marokkanischer Vorstoß an der südalgerischen Grenze.

Paris, 2. September. General Bailloud telegraphiert von gestern abend 9 Uhr 30 Minuten: Budenib wird seit 1 Uhr nachmittags angegriffen. Bis 7 Uhr richteten die Feinde ihre Anstrengungen besonders auf das Blockhaus, dann wurde der Angriff schwächer. Auf seiten der Franzosen wurden zwei Fremdenlegionäre verwundet, die Feinde hatten große Verluste.

Amerika.

Rückgang der republikanischen Partei.

Bei den Staatswahlen im Staate Vermont siegte der republikanische Kandidat für den Gouverneurposten Prouty mit nur etwa 28 000 Stimmen Mehrheit über den demokratischen Gegenkandidaten. Dies ist die kleinste republikanische Majorität im Staate

Vermont seit 1892. Auf die damaligen Vermonter Staatswahlen folgte der demokratische Nationalsieg. Angesichts der Wahlkampagne zur Präsidentschaftswahl wurde der republikanischen Stimmenmehrheit bei den Vermonter Staatswahlen im ganze Lande mit dem größten Interesse entgegengesehen. —

Aus der Partei.

Badische Organisationen zur Budgetfrage.

In Durlach sprach in einer Versammlung des sozialdemokratischen Vereins Landtagsabgeordneter Genosse Horst über die Frage. Er selbst habe in der entscheidenden Fraktionssitzung von einer Zustimmung zum Budget abgeraten, nicht etwa deshalb, weil er die Anschauungen der Fraktionsmehrheit nicht teile, sondern nur, weil er die daran anknüpfenden Auseinandersetzungen vermieden wissen wollte. Auch er halte den auf der Lübecker Resolution fußenden Zustand als auf die Dauer unhaltbar, doch hätte er es lieber gesehen, wenn zunächst eine Aufhebung oder doch eine dem taktischen Bedürfnis der süddeutschen Genossen mehr Rechnung tragende Aenderung der Resolution durch den Parteitag angestrebt worden wäre, anstatt die Partei vor eine vollendete Tatsache zu stellen. Er verkenne dabei keineswegs die ziemliche Wahrscheinlichkeit eines negativen Erfolges auf diesem Wege. Es stehe eines fest, daß nämlich die Haltung der Fraktion in der Budgetfrage den gegnerischen Parteien sehr viel Wind aus den Segeln genommen habe und dürfte dieser Punkt besonders bei der kommenden Landtagswahlagitation erheblich ins Gewicht fallen. In der Debatte, die den ganzen Abend ausfüllte und an der sich 14 Redner beteiligten, wurde abwechselnd für und gegen die Haltung der Fraktion plädiert. Zum Schluß wurde folgende Resolution gegen eine starke Minderheit angenommen:

„Die heutige Versammlung erklärt sich mit der Budgetabstimmung unserer Landtagsfraktion einverstanden, verurteilt jedoch das Schweigegebot des Landesvorstandes dem Parteivorstand gegenüber."

•

Eine Versammlung in Neustadt i. Schw. nahm nach längerer Erörterung eine Resolution an, die den Parteistreit bedauert und an die Redaktion des „Volksfreund" das Ersuchen richtet, die Aeußerungen über die Angelegenheit zu beendigen, in der Hoffnung, daß dann auch die übrigen Organe unserer Partei diesem Beispiel folgen werden.

Im übrigen billigt die Resolution die Haltung der Kammerfraktion in der Budgetfrage, bedauert dagegen die Geheimhaltung dem Parteivorstand gegenüber, ebenso die voreilige Berichterstattung des Genossen Kolb im „Volksfreund".

Bayerische Genossen zur Budgetfrage.

In einer Versammlung des sozialdemokratischen Vereins Schweinfurt wurde der Abgeordnete Genosse Säckler, der in Nürnberg gewählt ist, über seine Stellung zur Budgetfrage interpelliert. Er verteidigte den Standpunkt der Fraktion. In der Diskussion wurde von sämtlichen Rednern die Tätigkeit der Fraktion anerkannt und scharf kritisiert, daß in norddeutschen Parteikreisen zum Parteitag in einer Weise Stellung genommen werde, die darauf hinauslaufe, die süddeutschen Fraktionen in der Meinungsfreiheit zu beschränken. Säckler soll in einer demnächst stattfindenden Volksversammlung Bericht über die Arbeiten des Landtages erstatten.

Die Organisation der italienischen Partei.

Rom, 31. August. (Eig. Ber.)

Der „Avanti" vom 31. August veröffentlicht im Auszug den Bericht des administrativen Sekretariats des Parteivorstandes. Aus ihm geht hervor, daß die Parteiorganisation in den letzten zwei Jahren keine Fortschritte aufzuweisen hat. Diese Feststellung ist nicht weiter verwunderlich, da der in Betracht kommende Zeitraum die Periode des heftigsten inneren Zwistes und des Austritts der Syndikalisten umfaßt. Soweit sich ein Rückschritt gegen das Vorjahr ergibt, ist er nur scheinbar. Als Organisierte sind nur die Mitglieder gezählt, die bereits ihre jährliche Mitgliedsquote an die Zentralkasse (60 Centesimi) abgeführt haben. Deren Zahl ist begreiflicherweise im Juni eines Geschäftsjahres geringer als im Dezember.

Vom Jahre 1900 an weist die Partei die nachfolgenden Mitgliederbestände auf: 1900 19 194 — 1902 37 778 — 1903 42 451 — 1904 45 800 — 1905 43 905 — 1906 43 654 — 1907 43 953 — und 30. Juli 1908 41 594.

Interessant ist, daß auch in Italien, wie überall, die Wählerstimmen in ganz anderem Verhältnis gewachsen sind als die Zahl der Organisierten. Der nachstehende Ueberblick zeigt dies:

Jahr	Stimmenzahl	Eroberte Mandate
1892	26 000	6
1895	76 000	16
1897	135 000	15
1900	175 000	32
1904	325 965	36

Der absoluten Zahl der Organisierten nach kommen an erster Stelle die Provinzen Reggio Emilia (3826) und Ravanna (3807). Ueber 2000 Organisierte haben die Provinzen Novara, Alexandrien und Forti, über 1000 Pavia, Bologna, Florenz, Turin, Genua, Mantua und Ferrara. Von diesen Provinzen haben eine hochstehende industrielle Entwickelung nur Genua, Turin und Alexandrien, die anderen sind landwirtschaftliche Zentren, bis auf Florenz, wo die mittlere und kleine Industrie die Oberhand hat, und Navara, eine Provinz, die sowohl landwirtschaftlich (Reisbau) als industriell (Kreis Bialla mit Textilindustrie) sehr hoch steht. Einige eminent industrielle Zentren, wie Mailand, dessen Provinz auch Monza einschließt, und Bari haben nur eine unbedeutende Parteiorganisation.

Schließlich hebt der Bericht hervor, daß die im März dieses Jahres auferlegte Extrasteuer von einem Lire für den „Avanti" bis jetzt von 21 000 Genossen entrichtet worden ist.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zum Streik der Rohrleger und Helfer!

Die Firmen, welche den neuen Tarifvertrag anerkennen, haben sich bedeutend vermehrt. Während bis Dienstagmittag bei 17 Firmen mit 105 Arbeitern zu den neuen Bedingungen gearbeitet wurde, sind bis Mittwochmittag weitere 22 Firmen zugekommen. Im ganzen haben 39 Firmen, welche 205 Arbeiter beschäftigen, den neuen Tarifvertrag anerkannt. Einzelne Arbeitgeber haben den unterschriebenen Tarif sogar persönlich im Streiklokal abgegeben, mit dem Wunsche, doch den bei ihnen beschäftigten Arbeitern auch die Berechtigungskarte zu überreichen, was auch von der Streikleitung bereitwilligst zugesagt wurde.

Wiesenthal als Streikbrecheragent.

Am Mittwochnachmittag wurde in der Vertrauensmännerkonferenz der streikenden Rohrleger und Helfer von verschiedenen Seiten Klage geführt, daß der Allgemeine deutsche Metallarbeiterverband seine arbeitslosen Mitglieder zu verschiedenen Firmen geschickt hat, wo die bisher beschäftigten Arbeiter die Arbeit niedergelegt hatten. Eine solche Manier ist bisher in der Arbeiterbewegung immer als Streikbruch gekennzeichnet worden. Ob den Mitgliedern des „Allgemeinen" Verbandes die Verwerflichkeit ihrer Handlungsweise nicht zum Bewußtsein kommen wird?

Lohndrückereien und Maßregelungen bei der Firma Schwartzkopff.

Die Arbeiter der Berliner Maschinenbau-Aktiengesellschaft, vorm. Schwartzkopff, Abteilung Scheringstraße, hielten am Dienstag bei Raabe in der Kolberger Straße eine zahlreich besuchte Betriebsversammlung ab, in der zunächst der Arbeiterausschuß über seine Tätigkeit berichtete. Der Arbeiterausschuß hatte bei den Verhandlungen mit der Direktion neben anderen Mißständen auch verschiedene recht willkürliche Herabsetzungen der Akkordlöhne zur Sprache gebracht, die man jetzt, in der Zeit der Wirtschaftskrise, den Arbeitern aufzuzwingen sucht. Aber der Vertreter der Direktion, Oberingenieur Schack, schnitt jede Erörterung darüber ab mit der Behauptung, daß nach § 7 des Statuts Lohnfragen nicht zu den Angelegenheiten des Arbeiterausschusses gehörten und mit den Meistern und Leitern der einzelnen Werksabteilungen geregelt werden müßten. Tatsächlich ist aber weder in jenem Paragraphen noch im ganzen Statut des Arbeiterausschusses irgendetwas enthalten, das darauf schließen läßt, daß der Ausschuß nicht auch in Lohnfragen als rechtmäßige Vertretung der Arbeiter gelten sollte. Nach dem Bericht, der in der Versammlung gegeben wurde, war es nicht möglich, mit dem Herrn Oberingenieur darüber zu verhandeln. Die erste Bedingung einer zweckmäßigen Verhandlung ist doch, daß die Vertreter der Parteien ihre Gründe und Gegengründe vortragen und einander ruhig anhören. Herr Schack aber soll die Gepflogenheit haben, die Vertreter der Arbeiter fortwährend zu unterbrechen, je nach Belieben auch anzuschnauzen. Der Direktion mag es wünschenswert erscheinen, wenn der Arbeiterausschuß sich nicht um Lohnfragen kümmert, sie überhaupt nicht mit diesen Dingen belästigt wird. Der Arbeiterausschuß hält jedoch prinzipiell daran fest, daß er auch hierbei die Interessen der Arbeiter zu vertreten hat.

Die Betriebsleitung sucht ferner durch Maßregelungen den Einfluß des Arbeiterausschusses zu brechen. Ein solcher Fall, die Maßregelung des Arbeiterausschußmitgliedes Oberüber, beschäftigte die Versammlung im zweiten Punkt der Tagesordnung. Dieser Arbeiter wurde von dem Meister Büttner entlassen, angeblich wegen Verweigerung der Arbeit. Er sollte eine Reparaturarbeit zu einem im voraus offenbar schon zu niedrig festgesetzten Akkordpreis ausführen. Während er damit beschäftigt war, stellte Meister Büttner an die Ausführung der Arbeit immer neue Anforderungen, so daß es ganz unmöglich wurde, auch nur einigermaßen mit dem Akkordpreis zurechtzukommen. Irgendwelchen Zuschlag lehnte der Meister jedoch rundweg ab. Es war offenbar nur darauf abgesehen, einen Grund zur Entlassung zu finden, und den fand denn Meister Büttner auch darin, daß Oberüber die Arbeit so herstellte, wie es den ursprünglichen Abmachungen entsprach, und nicht alle späteren Anweisungen des Meisters berücksichtigte. Da jedoch nach dem Statut des Arbeiterausschusses ein Arbeiterausschußmitglied nur mit Zustimmung der Direktion entlassen werden kann, bot Oberüber mit wahrer Lammesgeduld alles auf, um bei dem Direktor Streibert vorstellig zu werden und dessen Meinung über die Sache zu hören. Es war aber vergeblich; bald wurde gesagt, der Herr Direktor sei in der Chausseestraße, dann sollte er wieder in der Scheringstraße sein, aber aufzufinden war er nie. Als nun der Arbeiterausschuß sich der Sache annahm und in einer außerordentlichen Sitzung mit der Direktion darüber verhandeln wollte, wurde dies rundweg abgelehnt; für die Direktion sei die Sache erledigt, war die Antwort. Inzwischen hat der Entlassene selbst auf die Wiedereinstellung verzichtet. Daß dieser aber schon das dritte Arbeiterausschußmitglied ist, dem es nicht möglich war, auch nur ein Jahr lang in der Fabrik zu bleiben, zeigt hinreichend, daß man systematisch diejenigen Arbeiter hinausdrängt, die berufen sind, die Interessen ihrer Kollegen der Direktion gegenüber wahrzunehmen. — In der Versammlung kam eine lebhafte Entrüstung über diese Maßregelung wie über die Lohndrückereien und die unpassende Behandlung des Arbeiterausschusses zum Ausdruck. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

„Die versammelten Arbeiter der Firma Schwartzkopff, Scheringstraße, erklären sich mit der Tätigkeit des Arbeiterausschusses einverstanden, ganz besonders in der Frage der Lohndifferenzen. Sie protestieren ganz entschieden gegen das Vorgehen der Direktion und erblicken in der Entlassung des Ausschußmitgliedes Oberüber eine Maßregelung. Da die Direktion dem Kollegen Oberüber selbst und auch dem Ausschuß nicht gestattet, wegen der Maßregelung vorstellig zu werden, sind die Versammelten der Meinung, daß die Direktion es selbst zugibt, ungerechtfertigt die Entlassung vorgenommen zu haben.

Die Versammelten beauftragen den Arbeiterausschuß, in dieser Angelegenheit nochmals vorstellig zu werden, damit eine derartige Behandlung des Arbeiterausschusses nicht wieder vorkommen kann. Sie erblicken auch in Zukunft in den Arbeiterausschußmitgliedern ihre Vertreter und versprechen, mehr für die Organisation zu wirken, um dem Arbeiterausschuß das Rückgrat zu stärken und die Direktion zu zwingen, den berechtigten Forderungen der Arbeiter nachzukommen."

Zur Lohnbewegung der Kutscher und Bodenarbeiter aus dem Speditionsgewerbe ist zu melden, daß am Dienstag in sämtlichen Betrieben die Arbeit einmütig aufgenommen worden ist. Zu Differenzen kam es nur bei der Firma Kempermann, Lausitzerstraße, und zwar insofern, als hier vier ältere Rollkutscher, darunter der Vertrauensmann und zwei Mitglieder der Beschwerdekommission, ohne ersichtlichen Grund plötzlich entlassen worden sind. Es hat eine Verhandlung zwecks Wiedereinstellung der vier Mann in Gegenwart eines Verbandsvertreters mit der Firma stattgefunden, die jedoch resultatlos verlaufen ist. Da direkte Maßregelung festgestellt werden konnte, haben sich die übrigen Kutscher und Arbeiter mit ihren gemaßregelten Kollegen solidarisch erklärt und am Mittwoch früh die Arbeit nicht wieder aufgenommen. Obwohl sich einige ungeübte Arbeitswillige gefunden haben, ist die Firma doch nicht in der Lage, den Betrieb aufrecht erhalten zu können. Vor allen Dingen ist es auch hier wieder das Kontorpersonal, die „Proletarier mit dem Stehkragen", welche die Wagen begleiten und Streikbrecherarbeit leisten. Wir richten an sämtliche Kutscher und Arbeiter das Ersuchen, strengste Solidarität zu üben und während der Dauer des Streiks keine Arbeit bei der Firma Kempermann anzunehmen.

Deutscher Transportarbeiterverband. Bezirksleitung Groß-Berlin.

Wegen des Schiedsspruchs im Glasergewerbe tritt am Sonnabend das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts zusammen. Am selben Tage werden die Mitglieder des Verbandes der Glaser Beschluß fassen über den Lohnvertrag.

Achtung, Kleber! Die über die Firma Bauß, Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 162, Bau Kaiser-Friedrich-Straße 178 (Beamten-Bauverein) verhängte Sperre ist hiermit aufgehoben.

Die Sektionsleitung.

Achtung, Steinsetzer und Rammer! Die Baustellen der Firma G. Puhlmann in Zehlendorf, sind wegen Nichtanerkennung des Tarifes gesperrt. Herr P. glaubt, durch Verabfolgung von Bier sich seine bisherigen Steinsetzer und Rammer sichern zu können und darum auf die Bestimmungen der Organisationen pfeifen zu können. Die Baustellen der Firma E. Junge und dessen Subunternehmer sind gesperrt. Es kommt die Baustelle neue Heimstätte Blankenburg hinzu.

Kollegen, meidet die Baustellen der Firmen.

Die Ortsverwaltung.

An die Friseurgehilfen Berlins!

Der Arbeitgeberbund beschloß auf seinem diesjährigen Kongreß, nur noch Gehilfen zu beschäftigen, welche im Besitz der Attestbücher sind. Damit will man uns das Koalitionsrecht rauben. Ferner verlangen die Unternehmer eine Abänderung der Sonntagsruhebestimmungen, dahingehend, daß die paar Ruhestunden in der Woche fortfallen. Gegen diese Bestrebungen auf Verschlechterung unserer Lage müssen wir uns wehren und die Organisation stärken, um im gegebenen Moment dem Arbeitgeberbund entgegentreten zu können. Darum hinein in die Organisation!

Die laufende Kontrollkarte ist hellgrün mit weißem Rand und muß laufend gestempelt sein.

Wegen Differenzen sind für Mitglieder folgende Firmen gesperrt: Gläser, Oderberger Straße 56, Miehlert, Danziger Straße 87 und Zeddelmann, Wilhelmshavener Straße 65.

Geregelt sind die Verhältnisse bei Schmidt, Wilhelmshavener Straße 66 und Schwarz, Köpenick, Müggelheimer Straße 2.

Verband der Friseurgehilfen Deutschlands. Zweigverein Berlin und Vororte.

J. A.: Paul Liere, Rosenthaler Straße 57.

Deutsches Reich.

Der Unterstützungsverein der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe, Deutscher Senefelderbund, hat bekanntlich auf seiner im September 1907 in München abgehaltenen Generalversammlung seine Auflösung beschlossen. Das Vermögen, über 500 000 Mk., soll in der Weise aufgebraucht werden, daß hiervon nur alle die Invaliden, Witwen und Kranken weiter unterstützt werden, die am Tage des Auflösungsbeschlusses bereits in Unterstützungsgenusse stande. Die Invaliden erhalten wöchentlich 7 Mk., die Witwen 3,50 Mk. und die Kranken 12 Mk. Die neuen nach dem 1. Oktober 1907 eintretendn Unterstützungsfälle werden vom Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe (freie Gewerkschaft) unterstützt, der die Mitglieder des aufgelösten Unterstützungsvereins mit allen Rechten übernommen hat.

Gegen diese Generalversammlungsbeschlüsse wurden 2 Klagen angestrengt.

In einem Falle handelte es sich um ein ehemaliges Mitglied, das nicht mit in die Organisation übergetreten ist, sondern in den inzwischn gegründeten „gelben" Unterstützungsverein „Senefelder" eintrat, der von den Arbeitgebern tatkräftig unterstützt wird. Der Kläger wurde nun nach dem 1. Oktober 1907 krank und verlangte von der Liquidationskommission des Bundes Unterstützung, welche ihm nach den vorliegenden Generalversammlungsbeschlüssen verweigert wurde. Der Kläger klagte deshalb gegen die Art der Liquidation, gegen diese Kassensperre.

Durch Urteil des Landgerichts Berlin I wurde jedoch diese Klage zurückgewiesen.

Im anderen Falle hatte ein ehemaliger Invalidenrentenempfänger die Liquidationskommission verklagt, weil ihm infolge seines vor der Auflösung erfolgten Ausschlusses aus dem Unterstützungsverein „Senefelderbund" die Invalidenrente entzogen wurde. Der Ausschluß war erfolgt, weil er als Gastwirt einen gegnerischen Arbeitsnachweis führte, der vom Bund gesperrt war und der gegen dessen statutarische Bestimmungen verstieß.

Auch diese Klage wurde vom Landgericht Berlin I zurückgewiesen; der Ausschluß besteht somit zu Recht.

Beide Urteile haben inzwischn Rechtskraft erlangt, so daß dadurch die obengenannten Generalversammlungsbeschlüsse als gesetzlich und unanfechtabr anerkannt sind.

Der deutsche Photographengehilfen-Verband hat mit großer Mehrheit seinen Anschluß an den Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufsgenossen beschlossen. Einige noch ausstehende Teilresultate können an dem Gesamtergebnis der Abstimmung nichts mehr ändern.

Ausland.

Der Streik der städtischen Arbeiter in Malmö scheint geeignet, einen neuen großen Konflikt im schwedischen Transportarbeitergewerbe hervorzurufen. Nachdem die an den städtischen Kränen im Malmöer Hafen tätigen Maschinisten ebenfalls die Arbeit eingestellt hatten und Streikbrecher an ihre Stelle traten, weigern sich die Arbeiter der Malmöer Stauerei-Aktiengesellschaft, die mit diesen Kränen beförderten Waren weiter zu verladen und außerdem weigern sich andere Arbeiter die für das städtische Elektrizitätswerk bestimmten Kohlen zu verladen. Diese Arbeitsverweigerung ist als ein Bruch des am 18. Juli dieses Jahres zwischen der schwedischen Arbeitgebervereinigung und der Reedereivereinigung sowie den Gewerkschaften getroffenen Uebereinkommens anzusehen, und die Unternehmerorganisation verlangt nun energisch, daß das Landessekretariat der schwedischen Gewerkschaften dagegen einschreite. Das Landessekretariat hat dann auch den Hauptvorständen der betreffenden Gewerkschaften mitgeteilt, daß es unter keinen Umständen Sympathiestreiks, Sperren oder Boykotts, die mit dem Gemeindearbeiterstreik in Malmö zusammenhängen, gutheißen kann, zumal dieser Streik selbst nicht von der Landesorganisation der Gewerkschaften gebilligt wird.

Die streikenden Gemeindearbeiter haben sich in einer Versammlung am Sonntag damit einverstanden erklärt, daß von neuem versucht wird, Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit anzuknüpfen. Es scheint jedoch, daß diese Verhandlungen vorläufig noch nicht zustande gekommen sind.

Versammlungen.

Die Stockarbeiter besprachen in einer Versammlung, die am Donnerstag bei Feuerstein in der Alten Jakobstraße stattfand, die gegenwärtige Lage in ihrem Berufe. Im Anschluß an den Vortrag von J. Hildebrandt vor einer Woche im selben Saale wurde beraten, was in bezug auf die Unterstützung der „ausgesteuerten" Arbeitslosen geschehen könnte. Etwa 70 Arbeitslose werden aus der Verbandskasse unterstützt; für die „Ausgesteuerten" aber sollen freiwillige Beiträge durch Listensammlungen erhoben werden. Ein dahingehender Antrag wurde angenommen. Die Versammlung beschäftigte sich dann mit einer Reihe von inneren Verbandsangelegenheiten. Die Lage der Stockarbeiter ist gegenwärtig eine sehr gedrückte, sie leiden schwer unter der schlechten Konjunktur.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Kämpfe in Marokko.

Algier, 2. September. (W. T. B.) Wie das Kommando des 19. Armeekorps mitteilt, erneuerte die marokkanische Harka nachts ihren Angriff auf Bubenib, wurde aber mit großen Verlusten zurückgeschlagen. Die Franzosen hatten fünf Verwundete. Der Vormittag verlief ruhig.

Die chinesische Verfassung.

Peking, 1. September. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Ein Edikt ist heute veröffentlicht worden, in welchem der Entwurf der beabsichtigten chinesischen Verfassung dargelegt und die Zeit angegeben wird, bis zu welcher das Parlament einberufen werden soll.

Bergmanns Ende.

Dortmund, 2. September. (W. H.) Heute nacht wurde der Steiger Amberge und seine beiden Begleiter, mit denen er in einen mit giftigen Gasen angefüllten Ueberhau auf der Zeche „Adolf von Hansemann" eingeschlossen war, tot zutage gefördert.

Unwetter.

Mailand, den 2. September. (W. H.) In Tessin hat der gestrige Orkan große Verheerungen angerichtet. Eine Ortschaft ist vollständig zerstört, einige Brücken sind eingestürzt. Die Ueberschwemmungn haben ebenfalls großen Schaden angerichtet und die Eisenbahn an verschiedenen Stellen unter Wasser gesetzt. Bis jetzt sind drei Tote zu verzeichnen.

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Für die Jugendorganisation.

Auf die Bestimmungen des neuen Reichsvereinsgesetzes, das die politische Organisation Jugendlicher unter 19 Jahren verbietet, haben die süddeutschen Jugendorganisationen mit ihrer Auflösung geantwortet. Merkwürdig genug. Denn es hätte näher gelegen, sie in unpolitische umzuwandeln und zu versuchen, dieses Unpolitischsein gegen jede behördliche Drangsalierung durchzusetzen. Dieses Versäumnis ist wenigstens teilweise nachgeholt worden. Die Darmstädter Tagung vom 9. August hat die Neugründung wenigstens der hessischen Jugendorganisation beschlossen. — Der Hamburger Gewerkschaftskongreß hat bewirkt, daß die wichtige Sache in Fluß kam. Es wäre zu wünschen, daß sie auf der Tagesordnung bliebe, bis eine befriedigende Lösung gefunden ist, und wir hoffen sehr, im Gegensatz zu unserem Frankfurter Parteiorgan (das meinte, es sei von beiden Seiten schon zu viel Pulver verschossen worden), daß die Pulverpfanne nicht leer, sondern ihr immer neues Pulver zugeschüttet wird. — Unsere Jugendorganisationen müssen zwei Hauptzwecken dienen: sie sollen der starken kapitalistischen Ausbeutung jugendlicher Arbeitskräfte entgegenwirken und durch die sozialistische Erziehung ihrer Mitglieder einen schon früh geschulten, mindestens aber gründlich vorgebildeten Nachwuchs den proletarischen Kampfesreihen zuführen. Von beiden Zwecken soll hier kurz die Rede sein. —

Zu allererst muß einmal festgestellt werden, daß der, der Jugendorganisationen überhaupt will, sie als selbständige Organisationen wollen muß. Das liegt schon im Begriffe des Wortes; ohne Selbständigkeit sind die jungen Arbeiter jugendliche Mitglieder dieser oder jener Organisation, und das ist natürlich keine Jugendorganisation.

Als jugendliche, wenn auch selbstredend gleichberechtigte Mitglieder einer allgemeinen (gewerkschaftlichen) Organisation Erwachsener können die Jugendlichen niemals ihre ureigensten Zwecke mit dem Ernst und dem Eifer verfolgen, der unbedingt nötig ist, sondern sie müssen froh sein, wenn im Rahmen der Gesamtbestrebungen der Organisation, der sie angehören, hie und da einmal ein Brosämlein für sie abfällt. Das liegt in der Natur der Sache selbst. — Die Mißstände, unter denen die jugendlichen Arbeiter am meisten zu leiden haben, sind nicht in erster Linie die Mißstände des Berufs (das sind sie noch außerdem), sondern solche, die erduldet werden müssen, weil die Betroffenen eben Jugendliche sind, gleich viel, welchem Fach sie angehören! —

Da ist es ohne weiteres klar, daß ihre Jugend das Prinzip ist, unter dem sie ihre Organisationen bilden müssen. Als Mitglieder der Fachorganisationen ist das nicht möglich: da würden nur kleine Gruppen und Gruppen entstehen, die widerstandslos sein müßten, oder wenn sie widerstandskräftig werden wollten, sich doch wiederum zusammentun müßten zu einer Organisation der Jugend.

Hiermit soll nicht gesagt sein, daß unsere Gewerkschaften nicht gegen Jugendausbeutung kämpfen könnten oder nicht gekämpft hätten, gewiß nicht; ganz anders aber werden die Gewerkschaften gegen die schändliche Ausnutzung unserer Jugend (und zwar generell sowohl wie im einzelnen) vorgehen können, wenn eine große Gesamtorganisation der Jugendlichen hinter ihnen als Triebkraft, vor ihnen mit der genauesten Kenntnis all der Uebelstände steht, die man nur dann hat, wenn man im vollen Umfange selbst leidet. —

Eine Jugendorganisation besagt auch absolut nicht, wie Genosse Schmidt in den „Sozialistischen Monatsheften" meinte, daß dann die Gewerkschaften bei Lohnbewegungen auf die Hülfe der jugendlichen Arbeiter verzichten müßten. Weshalb denn auch? In gewerkschaftlichen Kämpfen muß die Jugendorganisation natürlich so wirken, wie eine Gewerkschaft, und es müßte eine sonderbare Jugendorganisation sein, wenn ihre Mitglieder nicht die Schlachten der Gewerkschaften in allen Fällen mitschlügen. —

Nun zum zweiten Punkt.

Hier, wo das Ziel lediglich die Erziehung zum Sozialismus ist, kann ohne selbständige Organisation gar nichts erreicht werden. Da beklagen wir den Mangel an sozialistischer Vertiefung, sehen und fühlen (wie das bei der Weite unserer Bewegung begreiflich ist) wie so manche nur instinktgemäß zu uns gehören, erkennen alle, wie notwendig es ist, sozialistisches Wissen und konsequentes sozialistisches Wollen in die Hirne hineinzutreiben, und wären imstande, es bei der Jugend zu versäumen!

Wir gründen Bildungsausschüsse und veranstalten Kurse, weil wir wissen, daß gar viele — aus welchen Gründen auch immer — in jungen Jahren nicht das Fundament legten, auf dem sichs weiter bauen ließe. Wir wissen, in welchem Maße die berufliche, gewerkschaftliche und politische Tagesarbeit den Erwachsenen Zeit, Lust und Kraft nimmt, das Versäumte nachzuholen, und sollten nicht alles daran setzen, das junge Geschlecht gesondert zu sammeln, und es als Freunde, Lehrer, Berater zum Sozialismus zu führen! Wir müssen dort säen, wo der Boden am fruchtbarsten ist! Da muß nicht immer die gleiche Methode angewandt werden, wie bei reifen Arbeitern: man spricht zu Jungen anders, als zu Alten und kann bei jenen mit viel mehr — der ach so nötigen! — Eindringlichkeit vorgehen, als wenn sie mit Erwachsenen zusammensäßen. Und nur bei selbständigen Jugendorganisationen, denen (darüber herrscht Einigkeit) Erfahrene der Alten helfend und führend zur Seite stehen, läßt sich's gründlich machen. Hierüber hat Genosse Pannekoek in Nr. 12 der „Neuen Zeit" Beherzigenswertes gesagt, und wir wollen nur noch erwähnen, daß in den allenthalben bestehenden Bildungsausschüssen sich Genossen finden werden, die fähig und bereit sind, einer so guten und notwendigen Aufgabe ihre Kräfte zu widmen.

Ohne Schwierigkeiten wird's freilich nicht gehen. In Frankfurt am Main hat man sogar den Versuch gemacht, die Jugend beiderlei Geschlechts gemeinsam zu organisieren. Das war nicht leicht, und es hat mancherlei gehapert; auch fehlten natürlich noch vielerlei Voraussetzungen für diese Gemeinsamkeit, so daß vorerst eine Trennung der Geschlechter zweifellos das beste ist, auch deshalb schon, weil die Erwachsenen, die diese gemeinsame Organisation führen könnten, nicht zahlreich sind.

Aber dies nur nebenbei. Die Hauptsache ist: die Resolution des Mannheimer Parteitages muß wiederholt und unterstrichen werden. Man denke an eines: der § 17 des Reichsvereinsgesetzes bekundet einwandfrei die Furcht der herrschenden Klassen vor der Möglichkeit, daß wir den sozialistischen Samen in die aufnahmefähigen Köpfe und Herzen der arbeitenden Jugend säen. Hierzu müssen wir den festen Willen zeigen, indem wir eine Massenorganisation der Jugendlichen schaffen. Sie wird reiche Früchte tragen. M. C.

Sozialdemokratischer Parteitag für Schleswig-Holstein und Fürstentum Lübeck-Eutin.

Kiel, 31. August.

Die weitere Debatte über den Geschäftsbericht dreht sich hauptsächlich um die Maifeier und Jugendorganisation. Es sind mehrere Anträge eingelaufen, von denen nur dieser Annahme findet:

„Der am 30. und 31. August in Kiel tagende Provinzialparteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand in Berlin wird ersucht, in Verbindung mit der Generalkommission einen Kommentar zu dem Maiabkommen herauszugeben in dem Sinne der Ausführungen der Genossen Legien und Molkenbuhr auf diesem Parteitage, weil es im Interesse der zukünftigen Gestaltung der Maifeier wünschenswert erscheint, daß auch die unteren Partei- und Gewerkschaftsinstanzen sowie auch die Genossen im allgemeinen den wahren Sinn dieses Abkommens erkennen."

Der Geschäftsleitung wird einstimmig Decharge erteilt.

Der Etat für die Provinz wird in Einnahme und Ausgabe mit 33 349 M. festgesetzt.

Dem Bericht über die Presse entnehmen wir, daß das Kieler Organ einen erfreulichen Aufschwung genommen hat. Die Mehreinnahme gegen das Vorjahr beträgt 76 000 M., die Mehrausgabe 44 000 M. Die „Schlesw.-Holst. Volksztg." erscheint gegenwärtig in einer Auflage von über 22 000 gegen 15 332 im Jahre 1905. Auch von Strafen ist das Organ nicht verschont geblieben. Die Genossen Prüter und Burkhardt sind zu Geldstrafen, Genosse Brecour zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Für den Umbau des Geschäfts wurden 30 423 M. aufgewendet. Infolge des erfreulichen Geschäftsabschlusses sind die Löhne der Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen erhöht und der Ferienurlaub für die über fünf Jahre Beschäftigten um eine Woche verlängert worden.

Genosse Frohme sprach sodann über die wichtigsten politischen Tagesfragen.

Vom Genossen Adler war inzwischen folgende Resolution eingebracht worden:

„Der Parteitag der Provinz Schleswig-Holstein würde es an und für sich dem Parteitage der deutschen Sozialdemokratie in Nürnberg überlassen haben, zu der Frage der Budgetbewilligung in Süddeutschland und der badischen Geheimhaltung Stellung zu nehmen. Nachdem er aber von dem Artikel der „Münchener Post" Kenntnis genommen hat, der in bisher noch nicht dagewesener Weise süddeutsche Genossen zur Obstruktion auffordert, hält der Parteitag es für geboten, Stellung zu nehmen. Er stellt darum fest:

1. Die Provinz Schleswig-Holstein hat das Recht, aus ihren zehn Reichstagswahlkreisen 30 Genossen und, wenn darunter keine Genossinnen sind, noch zehn Genossinnen zu entsenden. Sie entsendet diesmal im ganzen nur vierzehn Genossen und zwei Genossinnen. Trotz dieser Einschränkung hält sie die etwaige Entsendung der vollen Zahl aus besonderen Gründen für unbedingt zulässig und verwahrt sich entschieden dagegen, daß irgendwer in der Partei ihr oder anderen Organisationen aus dem Gebrauch bestehender Rechte einen Vorwurf macht.

2. Der Parteitag erblickt darin, daß in der „Münchener Post" ein solcher Vorwurf erhoben und in Verbindung damit zu einer Obstruktion gegen den Parteitag aufgefordert wird, eine in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie unerhörte Tat, die in Nürnberg gründliche Ahndung erfahren muß.

3. Der Parteitag nimmt jedoch an, daß es sich zwar um keine Kundgebung eines Parteiblattes oder einer Parteimitgliedschaft handelt.

Diese unerhörte Aufforderung ist nach Ansicht des Parteitages gar nicht die Tat eines Sozialdemokraten, sondern eines einzelnen politisch ungeschulten Redakteurs, den seine partikularistischen Gesinnungen zu dem Versuch geführt haben, auf diese Art einen trennenden Keil zwischen Nord und Süd zu treiben. Der Parteitag erklärt demgegenüber, daß für ihn Nord und Süd in der deutschen Sozialdemokratie so untrennbar verbunden sind, daß diese schmachvolle Tat eines einzelnen bei den süddeutschen Genossen wie bei denen des Nordens ihren Zweck völlig verfehlen wird."

Genosse Adler weist zur Begründung seiner Resolution auf den Artikel der „Münchener Post" hin und ersucht um die Annahme der Resolution.

Es ist noch eine Resolution von Brecour-Kiel und 14 Genossen eingelaufen, in der die Budgetbewilligung in Süddeutschland verurteilt wird.

A. v. Elm wendet sich gegen die Resolution Adler, weil die Zeit nicht ausreichen würde, die Frage hier eingehend zu erörtern. Er selbst sei Gegner der Budgetbewilligung. Der Nürnberger Parteitag werde die Frage schon eingehend behandeln, daher bitte er im Interesse unserer Partei, die Resolution nicht anzunehmen.

Hoffmann-Hamburg geht auf die bekannten Gründe ein, welche die Genossen des zweiten Hamburger Wahlkreises dazu geführt haben, einen dritten Delegierten zu wählen. Ein gebundenes Mandat sei den Delegierten nicht erteilt worden, das sei in Hamburg nicht Usus. Jeder Delegierte stimme nach seiner Ueberzeugung. Als wir noch einen weiteren Delegierten wählten, haben wir nur unser formelles Recht ausgenutzt, da zurzeit, als wir nur zwei Delegierte wählten, die Budgetbewilligung in Baden und Bayern noch nicht erfolgt war. Trotzdem halte ich es für überflüssig, den Standpunkt der Genossen in einer Resolution niederzulegen.

A. v. Elm beantragt, über beide Resolutionen zur Tagesordnung überzugehen.

Legien tritt für die Annahme dieses Antrages ein. Man lasse den Delegierten freie Hand, der Nürnberger Parteitag werde schon das Richtige treffen. Da die Stellung der schleswig-holsteinischen Genossen zur Budgetbewilligung bekannt sei, brauche man sich hier nicht auf eine Resolution zu verpflichten. Oel ins Feuer zu gießen halte er für verkehrt, denn es sei keine Veranlassung, die Stimmung noch mehr zu verbittern.

Mit dieser Motivierung wird der Antrag v. Elm angenommen.

Nach langer Debatte wird beschlossen, den „Volkskalender" in Fortfall kommen zu lassen.

Der nächste Provinzialparteitag findet in Wandsbeck statt.

Am Schluß der zweitätigen Verhandlungen konstatierte der Vorsitzende Bartels, daß prinzipielle Unterschiede nicht zutage getreten seien. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie wird der Parteitag geschlossen. Stehend singen die Delegierten den ersten Vers des alten Kampfliedes.

Kleines Feuilleton.

Die Eröffnung der „heiligen Bahn" von Damaskus bis Medina, die am 31. August feierlich begangen ward, bietet einstweilen den bedeutsamen Abschluß eines gewaltigen Werkes, dessen so rasche und energische Durchführung ein Symptom ist für die Tatkraft der mohammedanischen Welt. Die Eisenbahn, deren Bau im Jahre 1901, einzig durch freiwillige Spenden der Gläubigen bestritten, begonnen wurde, folgt den alten Pilgerstraßen und hat eine Streckenlänge von insgesamt 1100 englischen Meilen. 815 Meilen davon sind in sieben Jahren fertig gestellt worden, die fehlenden 285 von Medina nach Mekka sollen nun mit aller Energie in Angriff genommen werden. Bisher sind für den Bahnbau insgesamt 62 100 000 M. aufgewandt, durchschnittlich 60 000 M. für die englische Meile. Denn in dieser Summe sind die Kosten der noch unvollendeten Sektion Medina-Mekka einbegriffen. Der außerordentlich niedrige Baupreis erklärt sich daraus, daß das Gelände Eigentum des Sultans ist und daß die Arbeit zum größten Teil von den Soldaten geleistet wird. Außer den großen Werkstätten in Damaskus, Haifa, Daharamah, Medina-Schalah und Medina sind insgesamt gegen 4000 Brücken und zahlreiche Tunnels erbaut. Allein die Werkstätten in Damaskus, die auf den Bau von Lokomotiven eingerichtet sind, bedecken eine Fläche von 1200 Quadratmetern. Ursprünglich sollte der Bau zugleich von Damaskus und Mekka begonnen werden, allein der Sultan vermochte nicht die Macht der widerstrebenden Gewalthaber der heiligen Stadt zu brechen. Es blieb der neuen Konstitution vorbehalten, mit der Verhaftung des Gouverneurs der Wallfahrtgebiete das letzte entscheidende Hindernis beiseite zu schaffen. Die Bauleitung lag vorwiegend in den Händen deutscher Ingenieure.

Theater.

Neues Theater: „Außerhalb der Gesellschaft". Schauspiel von Erich Schlaikjer. Ibsen hat das „dreieckige" — lies „dreckige" — Verhältnis in der Literaturehe geschaffen. Seinem Beispiele sind seitdem zahlreiche Dramendichter gefolgt. Manchmal mit vorübergehendem Scheinerfolg. Es war aber nicht Ibsens Schuld, wenn ihr Können nicht dem seinen glich; wenn er den Stein zum Bergesgipfel hinanrollte, sie dagegen Sysiphusarbeit verrichteten und kläglich zerschellten. Erich Schlaikjer gehört zu dieser Gruppe. Zuletzt kam er mit „Pastors Rieke". Ueber den schlappen Guttempler recte Antialkoholiker auf der Kanzel haben sich manche Leute geärgert, an der philosophisch angehauchten redseligen Berliner Köchin hat sich das brave Weißbierphilistertum herzhaft erfreut. Rieke hielt sich einige Jahre auf der Bühne; und wenn sie in einer Versenkung verschwand, tauchte sie, dank der Liebe ihres Erzeugers, bald wieder aus einer anderen Versenkung auf. Inzwischen arbeitete Schlaikjer an einem neuen Drama. Wer vermöchte einem Autor es verargen, wenn er nach frischem Lorbeer greift? Wenn sein Streben Ernst und Ehrlichkeit offenbart?

Von der Pastorküche sprang Schlaikjer ins Boudoir einer Dame vom „Brettl", das nicht die „Welt" bedeutet. Sie ist slavischer Herkunft. Der Kriegsname „Jadwiga" besagt es. Diese Jadwiga ist bei Ibsens Frauen in die Schule gegangen. Das wäre an sich kein Fehler. Aber dies „Männer mordende" Weib ist eine Art Fischmayonnaise: Ibsen-Dumas-Sardou haben bei ihrer Taufe Gevatter gestanden! Wem das Talent versagt ist, auf der Theaterbühne Lorbeeren zu ernten, warum sollte er nicht im wirklichen Leben seine Rolle spielen? Jadwigas Beruf liegt dort, wo die Künstlerin aufhört und die Lebedame beginnt. Aus Rußland wegen ihrer Liebelei mit einer „Exzellenz" ausgewiesen, sucht sie um jeden Preis wieder dorthin zu kommen. In Deutschland erheiratet sie sich einen armen russischen Schmierenkomödianten. Durch diese Ehe erhält sie natürlich das russische Heimatsrecht. Wenn es ihr gelingt, den Gatten loszuwerden, ist sie nicht bloß freie Herrin ihrer selbst, sondern auch Russin. Nun, es gelingt ihr. Sie verstrickt den Mann in brieflichen Verkehr mit Personen, die in Rußland nihilistischer Umtriebe hinreichend verdächtigt sind, denunziert ihn, worauf er ausgewiesen und in der Heimat beseitigt wird. Nachdem das geschehen ist, klagt sie auf Scheidung, die auch ausgesprochen wird, weil der Gatte sich nicht zur Stelle melden kann. Jetzt steht ihrem Verkehr mit der „geliebten" Exzellenz nichts im Wege. Natürlich liegt dem hohen Herrn daran, daß das Verhältnis geheim bleibe, daß er nicht in der Gesellschaft korrumpiert werde. Mittlerweile knüpft Jadwiga mit anderen Männern an. Der sich augenblicklich ihrer Gunst erfreut, ist ein Schauspieler, „Harald" geheißen. Haralds Leben verfloß bisher, symbolistisch gesprochen, im Kellerloch. Durch diese Liebe — seine erste offenbar — fühlt er sich seelisch gehoben. Sein Künstlergenium wird aus dem Schlummer geweckt; er wird berühmt; nächstens soll er in Berlin den Oswald in Ibsens „Gespenster" spielen. Schon seit einigen Monaten lebt er mit Jadwiga zusammen. Daß sie ein Verhältnis mit dem Russen hat, weiß er nicht. Jadwiga spielt eben vortrefflich mit Männerherzen. Sie braucht Geld, viel Geld — aber dazu auch junge, unverbrauchte Kerle wie Harald. Wehe, wenn er jemals erführe, daß er Jadwigas Besitz mit einem anderen teilen muß! Er würde ein Berserker werden; er oder jener — oder die Geliebte selber ginge zum Teufel! Eines Tages aber erscheint der „Andere" — und nun kommt Harald hinter das Geheimnis. Es gibt eine fürchterliche Szene; Harald kennt sich nicht mehr vor Wut; er packt Jadwiga an der Kehle, würgt sie. Fortan steht ein fremder Gedanke zwischen ihm und ihr. Was er noch nicht wußte, jetzt erfuhr er's durch einen armseligen Schmierenkomödianten, wie niederträchtig Jadwiga an ihrem Gatten gehandelt hat. Ha, sie ist indirekt dessen Mörderin gewesen! Da, in diesem Moment erinnert Jadwiga Harald daran, daß auch seine Hände nicht „rein" wären. Einst hat sein Vater erklärt: Wenn Du zur Bühne gehst, so nur über meine Leiche! Harald wurde Schauspieler — und der Vater starb. „Fürchterbar"! Oder nicht? Weil denn Jadwiga und Harald so etwas wie Verbrecherschuld im Gewissen tragen, schließen sie Frieden und beschließen, nicht romantisch gemeinsam zu sterben — i bewahre! — sondern auseinander zu gehen. Harald hat dem „wandernden Schauspieler" von vorhin das Ehrenwort gegeben, lieber das Schmierenelend auf sich zu nehmen und fortan mit ihm und anderen Dekadenten in einer Volksküche an der Chausseestraße zu vegetieren. Er geht also schnurstracks zu jener Volksküche und Jadwiga, nachdem sie bei sich einen Seufzer getan, daß sie kein Glück in der Liebe hätte, ruft ihrer Kammerfrau triumphierend zu: Morgen reis' ich — nach Petersburg! So geht die Affäre aus, wie das berüchtigte Hornberger Schießen . . .

Für diesen Ausklang zeichnet aber weder Harald, noch Jadwiga verantwortlich, sondern Erich Schlaikjer. Warum bauschte er eine Hintertreppengeschichte zum ibsenianisch gepolsterten Drama auf? Warum muß Harald in Ibsenschen Sentenzen reden? Warum muß er sich als eine Art Kraftmaier gebärden, der allen seinen kritischen Gegnern den Kopf zertreten will und dem das öffentliche Kunsturteil Schnuppe, Hekuba zu sein scheint, wenn er doch schließlich — in die Volksküche wandert? Erst soviel Geschrei, und hinterdrein — so wenig dichterkünstlerische Wolle! Der Dialog — daß ich's nicht vergesse — ist knapp zugeschliffen, gewiß ein Vorzug. Und auch manch alter Witz, wie beispielsweise der von der Bildung für 60 Pfennig die Stunde, verfehlt seine belächelte Wirkung nicht. Aber der Inhalt? Aber die Handlung? Indessen verrät der Autor doch ein gutes Rezept. Es heißt, auf kurze Formel gebracht: Willst Du, deutscher Dichtersmann, künftig eine Halbweltdame dramatisieren, so sorge für eine gerissene „Kammerfrau", damit die Heldin niemals den Eisenbahnzug und den „Anschluß" versäume. . . . Maria Reisenhofer hob die Jadwiga mit kühlen Finessen nebst etwas blechernem Organ aus der Taufe und fuhr, nachdem sie sich hatte elend am Halse würgen lassen müssen, jedenfalls quietschvergnügt nach Rußland. Rudolf Christians spielte dabei den düsterblickenden Hamlet und den fürchterliche Grimassen schneidenden Jago. Erst dann ging er in die Chausseestraße zur Volksküche. Meta Morella war eine vorsorgliche, mit Weisheit redende Kammerfrau. Walter Schmidt-Hähler nahm sich liebevoll des wandernden Kollegen an; und der russischen „Exzellenz" sowie dem Diener Jadwigas stand der Pelz recht gut zu Gesicht!

e. k.

Notizen.

— Das Friedrich Wilhelmstädtische Schauspielhaus brachte am Dienstag eine Neueinstudierung des Goetheschen „Egmont" heraus. Man kann die Aufführung als eine gut gelungene bezeichnen. Namentlich die Volksszenen wurden lebhaft heruntergespielt. Von den Darstellern taten sich besonders die Herren Rudolf Werner (Egmont), Friedrich Holthaus (Alba), Helene Lafrenz (Klärchen), Heinz Sarnow (Brackenburg), Franz Cornelius (Jetter) und Rudolf Lettinger (Vansen). Die Beethovensche Musik, dirigiert von Julius Weichhold, erhöhte den inneren Reiz der Vorstellung, um deren Inszenierung durch stimmungsvolle Bühnenbilder sich Oskar Wagner ein schönes Verdienst erworben.

— Im Gebäude der Sezession wird am 1. Oktober eine Ausstellung belgischer Kunst eröffnet werden. Das Ziel ist, durch persönliche Einladung der bedeutendsten Künstler des Landes ein Gesamtbild des heutigen künstlerischen Schaffens in Belgien zusammen zu stellen. Ergänzt wird diese Ausstellung durch eine retrospektive Abteilung werden, in der die Werke einiger bedeutender verstorbener Künstler, wie Constantin Meunier, Artan, Henri de Brackeler, Dillemo, Evempoel, Félicien Rops, Jef Lambeaux, Verstraeten u. a., vereinigt sind.

Verbandstag des Zentralverbandes der Maurer.

Hannover, 1. September.

2. Verhandlungstag.

In der heutigen Vormittagssitzung wird die Diskussion über die gestern erstatteten Berichte fortgesetzt.

Nachdem 32 Redner von 52 eingetragenen gesprochen haben, geht ein Antrag auf Schluß der Debatte ein, der mit übergroßer Mehrheit angenommen wird.

Bömelburg vermißt in der Diskussion Anregungen für die weitere Tätigkeit des Verbandes resp. des Vorstandes und hätte besonders gewünscht, daß Kollegen aus den verschiedensten Gebieten des Landes zu Worte gekommen und Wünsche vorgebracht hätten, die sich aus der Tätigkeit der Organisation in der verflossenen Zeit ergeben. Daß der Vorstand knickerig in der Gemaßregeltenunterstützung sei, weise er zurück; alle von den Zweigvereinen begründeten Anträge solcher Unterstützung würden ohne weiteres bezahlt. Allerdings empfehle sich, wenn diese Unterstützung, statt von der Zentralleitung, von den Lokalverwaltungen geregelt werde. In bezug auf Lieferung von Agitationsmaterial betätige der Vorstand das weiteste Entgegenkommen, solches würde aber leider nur zu selten gefordert. In bezug auf die Unterrichtskurse sei es nicht möglich, den Zweigvereinen das Vorschlagsrecht für den Besuch einzuräumen. Welche Zweigvereine sollten denn jeweilig dabei in Frage kommen und sei in jedem einzelnen Verein in diesem Falle denn auch stets das geeignete Schülermaterial vorhanden? Die Auswahl geeigneter Schüler bleibe am besten den Gauvorständen überlassen, die diese Aufgabe bisher in zweckmäßigster Weise erfüllt hätten. Bei seinem Bestätigungsrecht verfahre der Verbandsvorstand durchaus unparteiisch nach praktischen Zweckmäßigkeitsgründen, lediglich im Interesse der Organisation. Von unberechtigter Bevorzugung oder bureaukratischer Schablone sei keine Rede. Ebenso rechtfertigt Redner die Haltung des Vorstandes in der Behandlung der Unterstützungsanträge. Die Frage nach der Art der Hypothek, in der eine Million des Vermögens angelegt sei, beantworte sich dahin, daß dem Konsum-, Bau- und Sparverein, der mehrere hundert Wohnungen gebaut habe, 700 000 Mark, und zwar in den absolut mündelsicheren Grenzen, und der Rest einem Arbeiterunternehmen gegeben sei. Mit der Verschmelzungsfrage habe man bisher schlechte Erfahrungen gemacht, so daß man nur mit Bedenken an Verhandlungen herangehe. Er glaube aber, daß die Zeit kommen werde, wo die Verschmelzung der Verbände des Baugewerbes vor sich gehen müsse, vielleicht eher als man denke durch die technische Entwickelung im Bauwesen, im Eisenbetonbau. Aber auch ohne eine Verschmelzung sei zwischen den Verbänden in bezug auf wichtige Aktionen, namentlich die Lohnbewegung, ein gemeinsames Handeln möglich. Gegenüber den Stukkateuren schließt Redner sich der an deren unkollegialem Verhalten geübten Kritik entschieden an. Mit den Zementierern stehen Verhandlungen zwecks Anschlusses im nächsten Jahre bevor. Was die Konkurrenz der ausländischen Maurer betreffe, so benutze der Vorstand jede Gelegenheit, um auf Grund der internationalen Beziehungen nach dieser Richtung hin eine Einwirkung auf die ausländischen Organisationen auszuüben. Gegenüber den Italienern habe der Vorstand für die Agitation durch Flugblätter und Redner alles getan, was ihm möglich war. Es sei ohne weiteres klar, daß in dieser Beziehung noch viel mehr geschehen müsse, namentlich müsse man versuchen, durch in Deutschland naturalisierte italienische Kollegen an die italienischen Maurer in Deutschland agitatorisch und werbend heranzukommen. Daß ein deutscher Kollege soweit italienisch lerne, um dieser Aufgabe gewachsen zu sein, sei mit fast unüberwindlichen Schwierigkeiten verknüpft, wie bisherige Versuche gelehrt haben. Trotzdem sei der Vorstand nicht abgeneigt, allen auf solchen Unterricht gerichteten Wünschen zu entsprechen. Andererseits empfehle sich, daß jüngere Kollegen, die viel wanderten, auf diese Sache ihr Augenmerk richteten, indem sie vielleicht einmal zunächst unter Italienern in der Schweiz und dann in Italien längere Zeit arbeiteten, um die Sprache zu lernen und diese zu dem erörterten Zwecke im Interesse des Verbandes verwerteten. Bömelburg rechtfertigt dann die Haltung des Vorstandes in der Frage der Extrabeiträge, namentlich daß er in Köln seinen darauf gerichteten Antrag zurückgezogen und dann trotzdem Extrabeiträge ausgeschrieben habe. Den Extrabeitrag verdanke der Verband lediglich den Berliner Kollegen, die eine Bewegung unternommen hätten zu einer dafür durchaus ungeeigneten Zeit. Der Vorstand habe von dieser Auffassung niemals ein Hehl gemacht. Als die Bewegung aber im Gange war, wäre es eine Verräterei gewesen, wenn der Vorstand nicht dafür gesorgt hätte, daß er trotz der großen Aufwendung für diese Bewegung stets in der Lage war, allen an ihn herantretenden Aufgaben gerecht zu werden. In diesem Moment aber gegen die mit den Extrabeiträgen im Rückstande befindlichen Mitglieder aufs schärfste vorzugehen, wie mehrfach gefordert sei, sei nicht angängig gewesen; das hätte nach außen hin als Moment finanzieller Schwäche aufgefaßt werden können, namentlich auf seiten der Unternehmer. Von der offen ausgesprochenen Forderung nächstjähriger Extrabeiträge solle man abstehen. Wenn solche durch außerordentliche Vorkommnisse nötig werden sollten, würden die erforderlichen Maßnahmen ergriffen. Den Beschluß darüber solle man nicht aus der Hand des Hauptvorstandes nehmen. In der Agitation habe der Vorstand alles getan, was in seiner Macht gestanden habe, aber es komme nicht allein darauf an, sondern auch die Gau- und Zweigvereinsvorsitzenden müßten ihre volle Schuldigkeit tun. Zu bedenken sei, daß einer wirksamen Agitation der Bildungsmangel in weiten Kreisen infolge der mangelhaften Volksschulbildung große Schwierigkeiten bereite, wenn es in dieser Hinsicht gegenüber der Vergangenheit auch wesentlich besser geworden sei. Zum Schluß appelliert Redner an das gegenseitige Vertrauensverhältnis. „Wir müssen gegenseitig alle von uns voraussetzen, daß jeder den ehrlichen Willen hat, nach besten Kräften für die Gesamtheit zu wirken und zu streben. Dann werden wir auch die Kraft und Macht haben, alles durchzuführen, was im Interesse der Organisation nötig ist." (Lebhafter Beifall.)

Angenommen werden die Anträge des Vorstandes betr. Uebernahme der Kosten für den Besuch der Unterrichtskurse durch die Verbandskasse und der Entsendung geeigneter Mitglieder des Verbandes zur Parteischule, dagegen der Antrag Lübeck abgelehnt, welcher den Zweigvereinen das Vorschlagsrecht für die Schüler der Unterrichtskurse zuwenden will. Ein Antrag Tribsees, bei der Beschickung der Unterrichtskurse auch die kleinen Vereine zu berücksichtigen, wird, weil schon auf vorigem Verbandstage beschlossen, als erledigt erklärt. In bezug auf die Agitation wird dann ein Antrag des Vorstandes und der Gauvorstände angenommen, der für den Monat Oktober in allen Zweigvereinen Versammlungen bestimmt, mit der Tagesordnung: „Wirtschaftliche Krisen, ihre Ursachen und Wirkungen." Diese Agitation soll durch ein vom Vorstand herausgegebenes Flugblatt unterstützt werden. Außerdem soll in den ersten Monaten des nächsten Jahres im ganzen Verbandsgebiet eine planmäßige Hausagitation unternommen werden. Dieser soll sich dann in den Frühjahrsmonaten wieder eine allgemeine Versammlungsagitation, unterstützt durch Flugblattverteilung, anschließen. Endlich soll nach dem Antrage im Sommer nächsten Jahres vom Verbandsvorstande eine Broschüre herausgegeben werden über die Ursachen und Wirkungen der Wirtschaftskrisen. Die Broschüre soll 5 Pf. kosten und jedes Mitglied durch die Zweigvereine verpflichtet werden, diese Broschüre zu erwerben.

Eine Reihe verschiedener anderer Anträge betr. Agitation, die allerlei Spezialwünsche aus den einzelnen Vereinen enthalten und sich im wesentlichen mit dem Inhalt des vorstehenden Antrages decken, wird entweder abgelehnt oder als erledigt erklärt.

Nachdem dann dem Ausschuß Entlastung erteilt ist, ist der erste Punkt der Tagesordnung erledigt. Es folgt der 2. Punkt:

Bericht vom diesjährigen Gewerkschaftskongreß in Hamburg.

Berichterstatter Muth führt in Kürze aus, daß der Kongreß eine reiche Tagesordnung zu erledigen hatte, darunter zwei Punkte von besonderer Bedeutung für die Arbeiterbewegung, die Form der Jugendorganisation und Erziehung und die Maifeier. Die Debatte über letztere war im Gegensatz zu früheren Debatten wesentlich abschwächend beeinflußt durch die Vereinbarung des Parteivorstandes und der Generalkommission über die Regelung der Feier und die Unterstützung der infolgedessen gemaßregelten Arbeiter. Diese Verständigung habe wohl allseitig Anklang gefunden, allerdings seien manche politische und gewerkschaftliche Kreise mit der Vereinbarung, namentlich was die Regelung der Unterstützungsfrage dabei betreffe, nicht einverstanden. Die Frage solle nach dem Beschluß des Kongresses zwar noch einmal von den beiden Instanzen geprüft werden, es sei aber kaum anzunehmen, daß etwas anderes dabei herausspringe. In der Jugendorganisation sei man zu der Erkenntnis gekommen, daß mit der bisherigen Form recht wenig Erfolg erzielt sei, wenn man die Zahl der in den katholischen und evangelischen Jünglingsvereinen vereinigten Jugend dagegen halte. Genosse Robert Schmidt habe auf dem Gewerkschaftskongreß mit Recht betont, daß es gar nicht auf eine geschlossene Organisation der Jugend ankomme, zumal dem infolge des neuen Reichsvereinsgesetzes große Schwierigkeiten entgegenständen. Es komme nicht darauf an, die jugendlichen Köpfe mit allerlei politischen und wirtschaftlichen Fragen vollzupropfen, als vielmehr sie allgemein bildend aufzuklären und die Sünden der preußisch-deutschen Volksschule dadurch auszutilgen. Diese Arbeit an der Jugend sei um so nötiger, als die kapitalistische Produktion immer mehr jugendliche Arbeiter in ihr Joch schmiede. Ihre Zahl sei in 10 Jahren um 65 Proz. gestiegen. Redner hebt dann die auch auf dem Kongreß mit lebhafter Genugtuung konstatierte gewaltige Aufwärtsbewegung der freien Gewerkschaften hervor, deren Zahl an Mitgliedern von 1 344 803 im Jahre 1905 auf 1 865 000 im Jahre 1907 gestiegen sei, und das trotz aller feindlichen Maßnahmen der Regierenden. Diese Entwickelung gebe die Gewähr, daß die Arbeiterorganisationen auch die arbeiterfeindlichen Bestimmungen des neuen Reichsvereinsgesetzes zu schanden machen werden, das namentlich der Agitation unter den fremdsprachlichen Arbeitern, die besonders das Grubenunternehmertum in großen Scharen ins Land ziehe, große Schwierigkeiten bereite.

Den

Bericht über den internationalen Arbeiterkongreß

erstattet darauf Silberschmidt. Der Kongreß sei von 25 Nationen mit 887 Delegierten, darunter 289 deutsche, beschickt worden. Leider fehlten die englischen, französischen und amerikanischen Gewerkschaften. Redner skizziert die Schwierigkeit des Verhandlungsapparates der internationalen Kongresse infolge der sprachlichen Unterschiede. Der diesmalige Verlauf sei trotzdem technisch ein mustergültiger gewesen. Die deutsche Delegation beschäftigte sich vorher auch schon mit der Maifeier, sie einigte sich auf eine Resolution, wonach die Feier in einer Form zu begehen ist, wie sie durch den Beschluß des Mannheimer Parteitages festgelegt ist. Der als eventuell vorgesehene Plan, in bezug auf die Maifeier mit einem Antrage an den Kongreß heranzutreten, wurde infolgedessen fallen gelassen. Ueber die Kolonialpolitik sei es zu lebhaften Auseinandersetzungen gekommen zwischen den beiden Richtungen, deren eine die gegenwärtige Kolonialpolitik als ein System der Eingeborenen-Ausrottung und -Ausbeutung unter allen Umständen ablehne, während die andere die nun einmal bestehende Tatsache der Kolonialpolitik, die durch die Haltung der Sozialdemokratie und der Arbeiter nicht beeinflußt werde, anerkennt und an ihr nur die Wirkungen und Begleiterscheinungen der gegenwärtigen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung bekämpft. Weiter beschäftigte sich der internationale Kongreß mit dem Frauenstimmrecht, sich zu der Auffassung bekennend, daß der Frau das politische Stimmrecht aus sozialen Gründen zukomme. Die Tätigkeit der Frau gehöre heute nicht mehr allein der Familie, sondern sie bilde immer mehr ein Glied der kapitalistischen Produktion und müsse deshalb mit allen Mitteln im öffentlichen Leben ausgerüstet werden, um ihre Stellung und Rechte in dieser Beziehung wahren zu können. Der Kongreß wurde dann auch veranlaßt, Stellung zu nehmen zu dem Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften, weil es darüber noch nicht überall zu der völligen Klärung gekommen sei wie in Deutschland, sondern im Gegenteil nur wenige Länder die Wohltat geregelter Beziehungen genießen. Der Kongreß beschloß die bekannte Resolution, die festlegt, daß Partei und Gewerkschaften jede zwar besondere ihrem Wesen und Zweck entsprechende Aufgaben zu erfüllen haben, daß es aber auf dem wachsenden Gebiet des proletarischen Klassenkampfes Aufgaben gibt, in denen ein Erfolg nur durch gemeinsames Zusammenwirken zu erzielen ist. Zu fordern sei, daß die Gewerkschaften mit sozialistischem Geiste erfüllt würden. In bezug auf die Ein- und Auswanderungsfrage der Arbeiter stellte sich der Kongreß auf den Standpunkt, daß im Arbeitsleben der Nationen unbedingt Freizügigkeit herrschen müsse, daß dabei aber darauf zu dringen sei, daß die fremden Arbeiter nicht Streikbrecherkolonnen bildeten oder herabdrückend auf die Lebenslage der heimischen Arbeiter einwirkten. Zu regeln sei diese Frage durch Verständigung der Organisationen der einzelnen Länder. Redner geht dann noch auf die Verhandlungen des internationalen Kongresses über Militarismus und internationale Konflikte ein, wobei der Kongreß sich bekanntlich auf den Standpunkt stellte, daß die Arbeiter aller Länder im Falle eines drohenden Krieges alle Mittel anwenden sollen, um dem vorzubeugen, wie denn überhaupt dahin zu streben sei, die Völker aller Kulturländer solidarisch einander näher zu bringen. Die Stellungnahme des Kongresses in dieser Frage habe eine größere Wirkung in den politischen Kreisen ausgeübt, als man im allgemeinen annehme.

Den Bericht über die

internationale Maurerkonferenz

erstattet Hüttman. Bisher haben deren zwei stattgefunden. Die internationalen Beziehungen seien aber jetzt so stark geworden, daß die Konferenzen zu einer ständigen Einrichtung werden würden. Ihre Notwendigkeit für die deutschen Maurer und Bauhilfsarbeiter ergebe sich aus der Tatsache, daß sie in Deutschland mit dessen fortschreitender Entwickelung zum Industriestaat im gleichen Maße unter der Einwanderung fremdländischer Arbeiter zu leiden hatten, um so mehr, als gerade die Heranziehung arbeitswilliger ausländischer Arbeiter als Streikbrecher bei Lohnbewegungen und Streiks von den Regierungen und der Polizei gefördert und unterstützt wurde. In dieser Beziehung habe die internationale Konferenz die Aufgabe, die Mißstände zu beseitigen. Durch Abschlüsse von Kartellverträgen zwischen den Organisationen der einzelnen Länder sei darin auch ein wesentlicher Schritt vorwärts getan, wenn natürlich auch noch viel zu tun sei. Einer Regelung unterstehe ferner die gegenseitige Unterstützung bei großen Bewegungen, sowie Abmachungen über den Erwerb der Mitgliedschaft und des Unterstützungsbezuges der Arbeiter in den fremden Ländern. Nur auf dem Boden der internationalen Solidarität seien die Mißstände auf diesem Gebiete zu beseitigen. Dieser Aufgabe solle auch das internationale Sekretariat dienen, das auf dem Stuttgarter Kongreß beschlossen wurde. Auch die Frage des Arbeiterschutzes und speziell des Arbeitsnachweises sei international zu lösen, um der Tätigkeit der Werbeagenten für Streikbrecher im Auslande einen Riegel vorzuschieben. Mit dem Ausbau der Organisationen in den einzelnen Ländern sei zu erhoffen, daß in nicht allzu ferner Zeit das Ziel völliger internationaler Verständigung erreicht werde.

Auf Vorschlag Bömelburgs wurden die drei Berichte ohne Debatte zur Kenntnis genommen.

Alsdann wurde eine siebengliedrige Kommission gewählt, um die Frage der Anstellung eines Sekretärs im Verbande zur Erfüllung literarischer Aufgaben zu beraten.

Bömelburg gibt dann für den nächsten Punkt der Tagesordnung:

Beratung der auf Statutenänderung vorliegenden Anträge

einige einleitende Erläuterungen. Diese Anträge beziehen sich in der Hauptsache auf die Erweiterung der Unterstützungseinrichtungen und die dadurch bedingte Regelung der Beiträge. Die Debatte über diesen Punkt ist der Sitzung am Mittwochvormittag vorbehalten. Zur Vorberatung der Anträge ist eine 15gliedrige Kommission eingesetzt.

Aus Industrie und Handel.

Herbstsaison im Baugewerbe.

Die Bautätigkeit blieb im laufenden Jahre nicht nur hinter der Intensität im Jahre 1906, sondern auch hinter der des Vorjahres, die schon eine Abschwächung gegen 1906 gezeigt hatte, recht erheblich zurück. Unter den 70 deutschen Städten, für die der Beschäftigungsgrad im Baugewerbe während dieses Jahres erfragt wurde, waren noch nicht zehn, die über eine befriedigende Bausaison berichten konnten. Aus allen Gegenden wurde über eine starke Ermattung oder auch über eine Stockung des Baugeschäfts geklagt. In den Städten und Industriebezirken war die Lage durchschnittlich ungünstiger als auf dem platten Lande. Aber auch hier war im laufenden Jahre die Bautätigkeit weniger lebhaft als 1906 und 1907. Die Hoffnung, daß die Herbstmonate eine lebhafte Nachsaison bringen würden, scheint sich auch nicht mehr erfüllen zu wollen, vor allem deshalb nicht, weil die Erleichterung am Geldmarkt ihre Wirkungen auf das Baugewerbe noch nicht zu äußern vermochte. Für Bauzwecke ist Geld noch immer knapp. Die finanziellen Vorbereitungen für die Inangriffnahme von Bauten während der Herbstmonate müssen jetzt schon erledigt sein, um mit einer lebhaften Nachsaison rechnen zu können. Aber das ist nicht der Fall, und darum wird man im allgemeinen annehmen können, daß die Arbeitsgelegenheit im Baugewerbe während der nächsten Monate unbefriedigend bleiben wird. Die Bautätigkeit während des Sommers sowie die Aussichten für die Herbstmonate ergeben für die verschiedenen Gegenden Deutschlands zwar eine Reihe charakteristischer Unterschiede, aber ändern an dem allgemeinen unerfreulichen Urteil nichts. In den östlichen vorwiegend landwirtschaftlichen Provinzen war die Ermattung der Bautätigkeit im Hochsommer vielleicht nicht so intensiv wie in den übrigen Teilen Deutschlands, aber auch hier wird doch in den meisten Orten über knappere Arbeitsgelegenheit geklagt. In Tilsit ist man mit dem gegenwärtigen Stande der Bautätigkeit unzufrieden, hofft aber noch auf eine Besserung im Herbst. Königsberg, Graudenz und Bromberg bieten keine günstigen Aussichten, während wiederum in Thorn, Schneidemühl und Posen etwas mehr Zuversicht besteht. Recht unbefriedigend sieht es in der Provinz Schlesien aus. In Breslau, Görlitz, Liegnitz, Freiwaldau wurde im Hochsommer sehr wenig gebaut und die Herbstaussichten werden als unfreundlich bezeichnet. Etwas reger war in Beuthen nur die öffentliche Bautätigkeit, während die private Unternehmungslust träge blieb. Der einzige größere Ort in Schlesien, in dem das Gepräge der Bautätigkeit lebhaftere Züge aufweist, ist Glogau; hier wird nicht nur rege gebaut, auch die Herbstsaison verspricht lebhaft zu werden. Im übrigen Nord- und in Mitteldeutschland stockt in den Städten vielfach die Bautätigkeit; nicht eine größere Stadt gab es, in der nicht über ein Daniederliegen der Bautätigkeit geklagt würde.

Die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft

plant eine Ausdehnung ihres Betriebes und will zu diesem Zweck für 18 Millionen Mark neue Aktien sowie für 8 Millionen Mark $4^1/_2$prozentige Obligationen ausgeben. Für 4 Millionen Mark Aktien sollen davon den Aktionären des Steinkohlenbergwerks Louise Tiefbau zum Umtausch gegen ihre Aktien angeboten werden, während der Rest des Betrages größtenteils zur Abstoßung von Bankschulden dienen soll.

Eine Mitteilung des Aufsichtsrats besagt darüber:

Von den auf heute nach Berlin einberufenen Aufsichtsräten der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft und des Dortmunder Steinkohlenbergwerks Louise Tiefbau ist beschlossen worden, den auf den 3. Oktober einzuberufenden Generalversammlungen die Vereinigung beider Unternehmen, ferner die Ausgabe von 18 Millionen neuer, ab 1. Januar 1909 dividendenberechtigter Aktien der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft und von 8 Millionen zu $4^1/_2$ Proz. verzinslichen zu 103 Proz. rückzahlbaren hypothekarisch eingetragenen Obligationen vorzuschlagen. Hiervon sind 4 Millionen Mark neue Aktien für den Erwerb des Louise Tiefbau-Unternehmens bestimmt, dessen Aktionären der Umtausch ihrer Aktien derart angeboten werden soll, daß auf je 3000,— M. Louise Tiefbau-Aktien neue Aktien der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-A.-G. im Nennwerte von 2000,— M. gewährt werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß sich im Besitz der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-A.-G. bereits Aktien von Louise Tiefbau im Betrage von etwa einer Million Mark befinden. Die übrigen neu zu schaffenden Deutsch-Luxemburger Aktien sollen zur Abstoßung der Bankschulden von Deutsch-Luxemburg und Louise Tiefbau dienen; diese Aktien (14 Millionen Mark) werden den alten Aktionären von Deutsch-Luxemburg zum Bezuge im Verhältnis von 1 : 2 gegen einen Preis von 107 Proz. angeboten, wobei das Bezugsrecht auch den durch die Transaktion mit Louise Tiefbau neu hinzutretenden Aktionären gewährt wird.

Die Kohlenpreise im Kleinverkauf.

In vielen Städten stehen die Kohlenpreise im Detailverkehr noch immer über dem Stande des Vorjahres. Nach den Juli-Notierungen kostete in Berlin 1 Zentner Steinkohle, der im Juli 1907 1,40 M. notiert hatte, im Juli 1908 1,64 M.; bei Braunkohlen, Koks und Briketts ist eine ähnliche Spannung wie in Berlin vorhanden. Koks ist sogar noch um 24 Pf. oder 16 Proz. teurer als 1907. In Stettin ist der Preis ebenfalls überwiegend höher als im Vorjahr: Steinkohlen kosten 1,30 M. gegen 1,26 M., Koks 1,35 M. gegen 1,31 M. Auch in Breslau, weiter in einigen westdeutschen Städten, wie in Barmen ist die Tendenz steigend. In Magdeburg hat sich Braunkohle verteuert, während Steinkohle und Koks stabil geblieben sind. Koks hat sich bemerkenswerterweise so ziemlich an allen Plätzen verteuert. Von Berlin abgesehen weisen z. B. auch Königsberg, Stettin, Posen, Breslau und Hannover höhere Kokspreise auf als im Juli 1907. Von den Städten, in denen die Kohlenpreise nur zum Teil höher, zum Teil aber niedriger waren als im Vorjahr, ist vor allem Königsberg zu nennen. Steinkohlen, schlesische und schottische, sind im Preise gesunken, dagegen sind Koks und Steinkohlenbriketts teuerer geworden. In Hannover ist der Steinkohlenpreis heruntergegangen, Braunkohlen, Koks und Briketts sind dagegen im Preise gestiegen. In Elberfeld ist der Preis für Anthrazit etwas gesunken, für die anderen Kohlen- respektive Koksarten sind die gleichen Preise bezahlt worden wie im Vorjahr. In einigen Städten sind allerdings die Preise niedriger als im Vorjahr. Zu diesen gehören in erster Linie Danzig und Altona, wo die Konkurrenz der britischen Kohle auf das Preisniveau drückt.

Soziales.

Die Wichtigkeit von Arbeitsbescheinigungen aus den Jahren 1888—1890.

Für diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, die in den Jahren 1888, 1889 und 1890 berufsmäßig, wenn auch nicht ununterbrochen, Lohnarbeit geleistet haben und die beim Inkrafttreten des Alters- und Invalidenversicherungsgesetzes das 40. Lebensjahr zurückgelegt hatten, verringert sich die Wartezeit zum Bezuge der Altersrente

um so viel Beitragswochen, als beim Inkrafttreten des Gesetzes das 40. Lebensjahr überschritten war. Für jedes über das 40. Lebensjahr hinausgehende Jahr werden 40 Wochen in Anrechnung gebracht.

Hat ein Versicherter in den Jahren 1888—1890 Berufsarbeit nicht verrichtet oder kann er den Nachweis dafür nicht erbringen, so hat er erst einen Anspruch auf Altersrente, wenn er die Wartezeit, die 1200 Beitragswochen beträgt, erfüllt hat.

Der Nachweis, daß jemand in den drei dem Inkrafttreten des Gesetzes vorhergehenden Jahren Berufsarbeit verrichtet hat, wird nur dann erlassen, wenn innerhalb der ersten 5 Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes eine die Versicherungspflicht begründende Beschäftigung für die Dauer von mindestens 200 Wochen bestanden hat.

Der am 26. Mai 1836 geborene Tischler K. erhob bei der Landesversicherungsanstalt Berlin den Anspruch auf Gewährung der Altersrente, wurde jedoch mit seinem Anspruch abgewiesen, da er in der Zeit vom 1. Januar 1891 bis 31. Dezember 1895 nur 169 Beitragsmarken geklebt und den Nachweis, daß er in den Jahren 1888, 1889 und 1890 berufsmäßig Lohnarbeit verrichtet, nicht erbracht hatte.

Hiergegen wurde vom Arbeitersekretariat Berlin beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Berlin Berufung eingelegt und eine Bescheinigung der Ortskrankenkasse der Tischler beigebracht, desgleichen Bescheinigungen von Arbeitgebern, aus denen hervorging, daß K. in den Jahren 1888—1890 berufsmäßig Lohnarbeit verrichtet hat. Das Schiedsgericht erkannte den Anspruch des K. als gerechtfertigt an und verurteilte die Landesversicherungsanstalt zur Zahlung der Altersrente. In der Begründung wurde ausgeführt, daß K. in den ersten 5 Jahren seit Inkrafttreten des Gesetzes nur 169 Marken geklebt hat, er den Nachweis zu erbringen habe, daß er von 1888—1890 berufsmäßig Lohnarbeit verrichtet hat. Dieser Nachweis sei von ihm geführt worden.

Große Mühe hat es K. gekostet, die Bescheinigungen herbeizuschaffen, da ein Teil der Firmen in den 18—20 Jahren, die vergangen waren, sich aufgelöst hatten, der damalige Inhaber verstorben war usw. usw.

Die Versicherten, die da in den Genuß der verkürzten Wartezeit kommen wollen, tun gut, sorgfältig ihre Papiere aufzubewahren, insbesondere Arbeitsbescheinigungen aus den Jahren 1888, 1889, 1890. Sie schützen sich dann später vor vielen Unannehmlichkeiten.

Ein doppelter Beinbruch — grober Unfug.

Diese originelle Entdeckung ist Eigentum der Polizeibehörde in Aachen. Ein seit 15 Jahren fast erblindeter Invalide war bei dem Versuch, auf einen fahrenden Wagen zu steigen, fehlgetreten. Dabei war ihm ein Rad des Wagens über den rechten Fuß gegangen. Der Fußknochen war dabei zweimal gebrochen. Auch das linke Bein war schwer verletzt. Da der Unfall an sehr belebter Stelle passierte, sammelte sich schnell eine Anzahl Passanten und — der Ordnung halber auch ein Schutzmann an. Der Mann des Gesetzes forderte den Verunglückten auf, seiner Wege zu gehen und keinen Straßenauflauf zu verursachen; er ließ sich auch nicht belehren, daß mit einem doppelt gebrochenen Fuße sich nicht marschieren ließe. Die Rettungswache zu benachrichtigen, lehnte er ab mit dem Bemerken: er sei nicht der Diener des Verunglückten. Die traurige Szene wurde indessen durch Anwohner beendigt, indem diese für die Ueberführung des Verletzten ins Krankenhaus sorgten. Dort traf auch einige Tage nachher ein Strafmandat über sechs Mark oder zwei Tage Haft wegen groben Unfug ein. Die Polizei hatte richtig herausgekriegt, daß der Verunglückte durch seine Hilferufe gelärmt und einen Straßenauflauf verursacht habe und deshalb gemäß § 361 Abs. 4 zu bestrafen sei. Auf erhobenen Widerspruch bequemte sich die Polizei nachträglich, „wegen der besonderen Umstände des Falles" das Strafmandat zurückzuziehen.

Ein Putzerstreit.

Die Putzer M., K. und W. verlangten durch Klage beim Gewerbegericht vom Meister Frenzel insgesamt 58 Mark. Im Vergleichstermin der Kammer III machte der Kläger M. zur Begründung folgendes geltend. Nachdem man in der Kolonne mehrere Wochen an dem fraglichen Bau gearbeitet habe, hätte sich herausgestellt, daß der Akkordpreis nicht ganz ausreiche. Der Kolonnenführer habe dem Meister die Sache klargestellt, und dieser habe zugestanden, daß die Putzer nicht für den „fahlen Lohn" (die übliche Abschlagszahlung von 5 Mark) arbeiten sollten, sondern daß ihnen pro Mann und Tag je eine Mark nachgezahlt werden solle. Es sei also gleichsam (auf Anregung des Vorsitzenden präzisierte M. den Anspruch dahin) an Stelle des Akkordverhältnisses ein fester Tagelohn von 9 statt 8 Mark getreten. Die eine Mark Zuschlag beanspruchten nun die Kläger. Sie behaupteten, sie sei ihnen nicht gezahlt worden, wohl aber vier anderen Putzern aus der Kolonne. Der Vertreter des Beklagten bestreitet die behauptete Abmachung überhaupt. Die Kläger wollen aber dafür durch Vernehmung des Kolonnenführers und eines anderen Kollegen Beweis antreten. Der Vorsitzende lehnte die Vernehmung ab, weil die vorgeschlagenen Zeugen **als Mitglieder der Kolonne Partei seien**, und blieb auch dabei, als Kläger M. darauf verwies, daß der Kolonnenführer und der andere Putzer ja die Mark Zuschuß erhalten hätten, sie also nicht als Kläger in derselben Streitfrage in Betracht kommen könnten. Es blieb somit nur der Eid als Beweismittel. Die Kläger schoben den Eid dem Beklagten zu. Dessen Vertreter nahm ihn für den Beklagten an. Es mußte ein neuer Termin angesetzt werden.

Entschädigungsanspruch wegen versäumter Zusendung des Krankenkassenbuches.

Die Heimarbeiterin Frau W. beanspruchte durch Klage beim Berliner Gewerbegericht von der Firma Kopelansky und Posner eine Entschädigung für etwa drei Wochen, weil ihr das Krankenkassenbuch innerhalb dieser Frist nicht zugestellt wurde, obwohl sie es, nachdem ihr Arbeitsverhältnis zur Firma bereits gelöst war, gefordert hätte. In der Verhandlung vor der Kammer I des Gewerbegerichts bestätigte eine Zeugin ihre Behauptung, daß ihr von der Buchhalterin die Einsendung des Buches versprochen worden sei. Die Buchhalterin selber gab zu, nicht beschwören zu können, daß sie es nicht versprochen habe. Gefordert habe die Klägerin die Zuschickung, als sie ihr es wegen Abwesenheit der maßgebenden Personen nicht aushändigen konnte. Möglicherweise hätte sie auf das Verlangen der Klägerin gesagt, das würde sich schon finden. — In der Verhandlung wurde noch die Frage erörtert, weshalb denn Klägerin während der drei Wochen nicht einmal zur Firma gegangen sei und an ihr Buch erinnert habe, zumal sie öfter in der Nähe gewesen sei. Die Klägerin betonte demgegenüber, sie habe die einmalige Forderung für genügend gehalten. — Der Gerichtshof unter dem Vorsitz des Gewerberichters le Miseur ging davon aus, daß der Klägerin die Zusendung versprochen sei. Er verurteilte die Beklagten zur Zahlung von 14 Mark als Entschädigung für eine Woche. Die Klägerin sei, so wurde ausgeführt, berechtigt gewesen, eine angemessene Zeit auf die Einsendung des Buches zu warten. Für eine solche Zeit könne sie, nachdem sie es nicht erhielt, den entstandenen Schaden ersetzt verlangen. Zweifellos stehe fest, daß in der Konkurrenz der stellungsuchenden Heimarbeiterinnen diejenigen, die nicht volle Papiere hätten, benachteiligt wären. Darum sei in Uebereinstimmung mit den Behauptungen der Klägerin eine Schädigung infolge Nichtbesitzes des Krankenkassenbuches anzunehmen. Als entschädigungspflichtige angemessene Wartefrist rechne das Gericht eine Woche und es habe die Beklagte deshalb in dieser Höhe verurteilt. Den Rest des Schadens müsse Klägerin als selbstverschuldet tragen, denn sie hätte demnächst die Firma nochmals an das Buch erinnern können und habe es nicht getan, obwohl sie mehrmals in der Nähe des Geschäfts gewesen sei.

Aus der Frauenbewegung.

Die zukünftige Aufgabe der Frauenbildungsvereine

legt die „Gleichheit" in einem Artikel dar, dem wir Raummangels wegen stark gekürzt folgendes entnehmen:

„Von dem Augenblick an, wo die Genossinnen es als selbstverständliche Pflicht erachten, ihrem Rechte zur politischen Organisation gemäß sich den sozialdemokratischen Vereinen anzuschließen, nimmt der Zwittercharakter, die Zwitterstellung der Frauenbildungsvereine ein Ende. Das Gebiet ihres Wirkens wird scharf abgegrenzt, denn die gesamte politische Tätigkeit der Genossinnen vollzieht sich einzig und allein innerhalb des Rahmens der sozialdemokratischen Partei. Die Frauenbildungsvereine werden in der Tat zu „unpolitischen" Organisationen. Auch die Sorge für eine tiefere theoretische und allgemeine Bildung der Proletarierinnen geht von besonderen Frauenorganisationen an die allgemeinen Parteiinstitutionen über. Damit ist ausgeschlossen, daß sie — wie manchmal in der Vergangenheit — von einzelnen Persönlichkeiten als Zentren theoretischer oder praktischer Quertreibereien mißbraucht werden. Dagegen ist die Möglichkeit vorhanden, daß die Frauenbildungsvereine sich mit ganzer Kraft zwei sehr wichtigen Tätigkeitsgebieten zuwenden. Das erste ist die Erziehung der Hausmütter, das andere die Fürsorge für Kinder.

Das Bedürfnis nach einer besseren Ausbildung der proletarischen Hausfrauen und Mütter wird nicht nur von diesen selbst empfunden, sondern von großen Schichten ihrer Klasse. Gewiß: die Entwickelung des kapitalistischen Wirtschaftslebens schränkt das frühere hausmütterliche Schalten und Walten des Weibes weiter und weiter ein und überträgt immer neue Zweige desselben Berufsarbeiten und Berufsarbeiterinnen außerhalb des Heims. Aber mit dem kulturellen Aufstieg des Proletariats wachsen gleichzeitig die Anforderungen, welche an die Wirtschaftsführung der Hausfrauen gestellt werden. Der Klassenkampf hebt und verfeinert die Persönlichkeit des Arbeiters und macht ihn dadurch „begehrlicher". Der klassenbewußte Proletarier weiß für sich und die Seinen eine gute und gesunde Ernährung zu würdigen, wie auch die vielseitigen Vorteile einer geordneten sauberen Häuslichkeit, auf der trotz aller Dürftigkeit ein Schimmer von Behaglichkeit und Schönheit ruht. Er schätzt vor allem im Hinblick auf das Befreiungsringen seiner Klasse, daß unter einsichtsvoller mütterlicher Pflege und Erziehung die Kinder gesund an Leib und Geist heranwachsen, von früher Jugend an mit dem Geist des Sozialismus erfüllt, ein Geschlecht starker, zukunftsfroher Kämpfer. Die Armeleutschule tut so gut wie nichts, um die jungen Proletarierinnen für ihre späteren Pflichten als Hausmütter, als Kinderpflegerinnen und Erzieherinnen auszurüsten. Was bürgerliche „Wohlfahrtseinrichtungen" in dieser Beziehung nachzuholen suchen, steht nicht im Verhältnis zu dem vorliegenden Bedürfnis. Davon abgesehen, ist es in der Regel seiner Natur nach unzulänglich, trägt nicht selten den bitteren Geschmack der „Wohltat" und wird oft genug durch die Tendenz vergiftet, der Erweckung und Klärung des proletarischen Klassenbewußtseins entgegenzuwirken. Proletarischen Frauenbildungsvereinen steht ein weites und fruchtbares Tätigkeitsgebiet offen, wenn sie sich angelegen sein lassen wollen, die Proletarierinnen für ihre Sonderaufgaben als Frauen in der Familie befähigter zu machen, wenn sie all die Fragen und Wissensgebiete pflegen, die dafür von Bedeutung sind.

Hand in Hand mit der Bildung der Hausmütter kann die praktische Betätigung zur Fürsorge für Kinder gehen. Wir denken sie uns in der Art, wie sie gegenwärtig schon zum Beispiel von der Kinderschutzkommission der Dresdener Genossinnen ausgeübt wird. Diese überwacht die Durchführung des Kinderschutzgesetzes und sucht darüber hinaus der kapitalistischen Ausbeutung der Kleinen, wie ihrer leiblichen und seelischen Mißhandlung durch Pfleger, Rabeneltern usw. zu wehren. Uns ist ferner die schöne Betätigung der Genossinnen in Schöneberg und anderen Berliner Vororten gegenwärtig, welche an den schulfreien Nachmittagen wie in den Ferien proletarische Kinder sammeln und zur Erholung und Spiel ins Freie führen. Bedenkt man, wie viel an körperlicher und geistiger Fürsorge viele Zehntausend proletarischer Familien ihren Kindern unter dem Drucke der Not schuldig bleiben müssen, so zeigt sich, wie groß und segensreich das Wirkungsgebiet ist, das in der aufgezeigten Beziehung vor proletarischen Frauenbildungsvereinen liegt. Sicherlich: die Genossinnen müssen mit den Genossen zusammen energisch dafür kämpfen, daß die Gesellschaft die Pflichten erfüllt, welche ihr für Pflege und Erziehung des proletarischen Nachwuchses zufallen. Jedoch solange diese das gar nicht oder nicht in rechter Weise tut, ist es ihre Pflicht, auf dem Wege der Selbsthilfe dazu beizutragen, daß dem kämpfenden Proletariat ein körperlich und geistig-sittlich starkes Geschlecht heranwächst. Sie können tun, was das proletarische Heim nicht mehr zu leisten vermag, und was die Gesellschaft noch nicht leisten will.

Zweifellos ist es möglich, die allgemeinen Bildungsinstitute des klassenbewußten Proletariats derart auszubauen, daß sie das Bedürfnis nach zweckentsprechender Ausbildung der Hausmütter befriedigen. Die nötige genossenschaftliche Fürsorge für die proletarischen Kleinen kann — je nach ihrem besonderen Objekt — von der gewerkschaftlichen und politischen Organisation, vom Arbeitersekretariat, von besonderen Kommissionen usw. übernommen werden. Allein ob dies überall und jederzeit zweckmäßig wäre, ist eine Frage, die wir nicht allgemein unbedingt bejahen möchten. Eine andere Erwägung noch drängt sich auf. Die beiden hervorgehobenen Arbeitsgebiete scheinen besonders geeignet, die selbständige Betätigung solcher weiblichen Kräfte auszulösen, die — so treu sie zu dem kämpfenden Proletariat stehen — aus verschiedenen Gründen in der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung sich nicht auswirken können. Diese Kräfte aber sind es, die in der Hauptsache den Stamm der Frauenbildungsvereine bilden werden.

Angesichts der grundsätzlichen Reife, welche die proletarische Frauenbewegung erreicht hat, befürchten wir daher auch nicht, daß die Existenz der betreffenden Organisationen im weiblichen Proletariat zu einer verderblichen Zersplitterung der Kräfte und Mittel führen wird. Die Genossinnen sind genügend geschult, um nie zu vergessen, daß die Proletarierinnen sich vor allem auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiet als Klassenkämpferinnen betätigen müssen, und daß den meisten von ihnen eine darüber hinausgehende Wirksamkeit im öffentlichen Leben durch ihre Klassenlage verwehrt ist. Unsere Bewegung ist aber auch genugsam erstarkt, um ertragen zu können, daß verhältnismäßig kleine Gruppen von Frauen sich Aufgaben zuwenden, die zwar nicht unmittelbar auf dem Schlachtfeld, aber doch im Interesse des kämpfenden Proletariats liegen, vorausgesetzt immer, daß dadurch höhere Pflichten der proletarischen Solidarität nicht vernachlässigt werden. Dafür, daß die Bäume der Frauenbildungsvereine nicht in den Himmel wachsen, sorgen schon zwei Umstände. Die feste Abgrenzung ihres Wirkungsgebietes von der politischen Aktion und die Knappheit der Groschen und Minuten, welche die Mehrzahl der Proletarierinnen für ihre öffentliche Betätigung verwenden können. Solange es den Männern nicht unter Hinweis auf die Vergeudung von Kraft, Zeit und Mitteln durch Beschlüsse der Parteiinstanzen verwehrt ist, sich in Kegel-, Rauch-, Skatklubs usw. zusammenzutun, liegt auch kein Grund vor, den Frauen allgemein Vereine verbieten zu wollen, die unter Umständen eine recht nützliche Tätigkeit entfalten können.

Wir begrüßen aufs freudigste die Zusammenfassung der proletarischen Frauen und Männer als gleichverpflichtete und gleichberechtigte Kämpfer in der nämlichen Organisation. Sie entspricht der grundsätzlichen Auffassung der Sozialdemokratie von der Gleichberechtigung der Geschlechter, wie den praktischen Interessen des kämpfenden Proletariats. Die konsequente Durchführung des Prinzips der Gleichberechtigung darf jedoch nicht zu Prinzipienreiterei entarten, welche eine mechanische äußere Gleichmacherei an die Stelle der gewissenhaften, gerechten Prüfung aller tatsächlichen Verhältnisse setzt, welche für die Betätigung der Geschlechter in Betracht kommen. Uns sollte schrecken, was die bürgerliche Frauenbewegung in dieser Beziehung gesündigt hat."

Versammlungen — Veranstaltungen.

Achtung, 2. Kreis! Heute, Donnerstag, den 8. dieses Monats, abends 8½ Uhr, Leseabend bei Hemp, Urbanstraße 170, wozu die Genossinnen freundlichst einladet

Die Vertrauensperson.

6. Wahlkreis. 5. Abteilung: Donnerstag, den 8. September, abends 8½ Uhr, Leseabend bei Hübner, Wattstraße 7. — 4. Abteilung: Freitag, den 4. September, abends 8½ Uhr, Leseabend bei Leppien, Brunnenstraße 30.

Die Vertrauensperson.

Gerichts-Zeitung.

Polizeikampf gegen Lokalboykott.

Wie in den meisten Vororten Berlins, so haben auch in Mahlsdorf an der Ostbahn unsere Parteigenossen einen harten Kampf um die Erlangung ausreichender Versammlungssäle zu führen. Die Gastwirte, welche den sozialdemokratischen Arbeitern ihre Lokale zur Abhaltung von Versammlungen verweigern, halten es trotzdem für ihr selbstverständliches Recht, von denselben Arbeitern bei Sonntagsausflügen und dergleichen möglichst viel Geld einzuheimsen. Wenn unsere Parteigenossen gleiches mit gleichem vergelten und dahin wirken, daß den ungastlichen Gastwirten, die keine Arbeiterversammlungen in ihren Räumen dulden, auch bei anderen Gelegenheiten die Kundschaft der Arbeiter entzogen wird, dann rufen diese Wirte die Hilfe der Polizei an und die Polizei hilft ihnen gegen die Arbeiter. Zwar ist der Boykott ein durchaus erlaubtes Kampfmittel, aber wenn es von sozialdemokratischen Arbeitern gegen solche Leute angewandt wird, die ihnen die Ausübung des Versammlungsrechts unmöglich machen, dann findet die Polizei Bestimmungen und Verordnungen heraus, deren Anwendung die Ausübung des Boykottsrechts praktisch unmöglich machen soll.

Eine Erfahrung dieser Art machten vier Parteigenossen in Mahlsdorf, die am ersten Pfingstfeiertage an die Ausflügler Zettel verteilt hatten, welche zur Meidung derjenigen Lokale aufforderten, die unseren Genossen zu Versammlungen verweigert werden. — Einer der betreffenden Wirte nahm Anstoß an dieser Zettelverteilung. Er ersuchte den Gendarm, dagegen einzuschreiten. Der Gendarm kam der Aufforderung des Wirtes nach. Er zeigte die vier Parteigenossen an. Diese erhielten daraufhin eine polizeiliche Strafverfügung, welche jedem der Zettelverteiler eine Strafe von 10 Mark auferlegte. Die vier Genossen sollen durch die Verteilung der Zettel den § 366 Absatz 10 des Strafgesetzbuches übertreten haben, sowie eine die äußere Heilighaltung der Feiertage betreffende Provinzial-Polizeiverordnung vom 4. Juli 1898 und eine für den Amtsbezirk Kaulsdorf erlassene Polizeiverordnung vom 11. Mai 1906, welche unter anderem das Verteilen von Druckschriften ohne polizeiliche Genehmigung verbietet.

Vor dem von den vier Genossen angerufenen Schöffengericht Lichtenberg, welches am Mittwoch über diese „Straftat" verhandelte, machte der Verteidiger Dr. Kurt Rosenfeld geltend, daß weder der angeführte Paragraph des Strafgesetzbuchs, noch die Polizeiverordnungen durch das Verteilen der Zettel verletzt worden sind. Die öffentliche Ordnung sei nicht gefährdet, die Sonntagsruhe sei nicht gestört worden und die Polizeiverordnung, welche die Verteilung von Druckschriften von einer polizeilichen Genehmigung abhängig macht, könne hier auch nicht angewandt werden, da sie sich, in Uebereinstimmung mit dem Preßgesetz, nur auf Drucksachen für den gewerblichen Verkehr beziehen kann, nicht aber auf solche der hier vorliegenden Art. Die Angeklagten müßten deshalb freigesprochen werden.

Das Gericht verurteilte die Angeklagten zu je 15 M. Geldstrafe. Es hielt eine Uebertretung des § 366 Absatz 10 des Strafgesetzbuchs sowie der Kaulsdorfer Polizeiverordnung, nicht aber der Provinzial-Polizeiverordnung für vorliegend. In der Urteilsbegründung sagte der vorsitzende Richter, die Strafe sei deshalb erhöht worden, weil die verteilten Zettel gehässigen Inhalts seien, denn es werde darin zum Boykott derjenigen Gastwirte aufgefordert, die nicht Sozialdemokraten sind.

Es ist erstaunlich, wie der Richter zu dieser irrigen Annahme gekommen ist. Aus dem Wortlaut des von dem Richter selbst in der Verhandlung verlesenen Zettels geht klar und deutlich hervor, daß die betreffenden Wirte nicht deshalb boykottiert werden, weil sie keine Sozialdemokraten sind, sondern ihre Lokale sollen deshalb nicht besucht werden, weil sie den Arbeitern zu Versammlungen verweigert werden. Das ist doch etwas wesentlich anderes. Hier hat also das Gericht eine gar nicht bestehende Tatsache als Grund für eine Strafverschärfung angenommen.

Unterschlagung von Krankenkassenbeiträgen.

Die Vergehen gegen das Krankenkassengesetz nehmen in erschreckender Weise überhand, daß kein Tag vergeht, ohne daß die Strafkammern über einen oder mehrere Fälle dieser Art zu verhandeln hätten. Der typische Fall ist der, daß Arbeitgeber die den Arbeitern abgezogenen Krankenkassenbeiträge nicht abliefern, weil sie in finanzielle Bedrängnis geraten und zum vorgeschriebenen Termin die erforderlichen Gelder nicht auftreiben können. Bei solcher Sachlage kommen die pflichtvergessenen Arbeitgeber zumeist mit einer gelinden Geldstrafe davon. Eine viel empfindlichere Strafe verhängte gestern die Ferienstrafkammer des Landgerichts I über die Inhaberin einer Schneiderwerkstatt, Frau Luise Herfurt. Die Angeklagte beschäftigt mehrere Arbeiterinnen und hat geflissentlich drei derselben überhaupt nicht in ihrer Lohnliste geführt. Sie hat eine geraume Zeit hindurch diesen drei Arbeiterinnen regelmäßig die Krankenkassenbeiträge vom Lohn abgezogen, diese Beträge aber der zuständigen Krankenkasse, die von der Existenz dieser Arbeiterinnen überhaupt keine Ahnung hatte, in rechtswidriger Absicht vorenthalten. Als die Sache durch Zufall herauskam, hat die Angeklagte den Betrag der hinterzogenen Beiträge der Krankenkasse zugestellt, sie konnte sich aber hierdurch von einer Anklage auf Grund des § 82b des Krankenversicherungsgesetzes nicht befreien. — Der Staatsanwalt hält diesen Fall nicht für geeignet, nur mit einer Geldstrafe gesühnt zu werden. Durch derartige Machenschaften werde der sozialpolitische Gedanke, der dem Gesetze zugrunde liege, vollständig unterbunden und der Arbeiter um die Wohltaten, auf die er nach dem Gesetze einen Anspruch habe, gebracht. Der Staatsanwalt brachte daher aus diesen Erwägungen heraus eine Strafe von sechs Wochen Gefängnis in Antrag. Der Gerichtshof entsprach diesem Antrage.

Ein Elendsbild.

In die Not des Lebens gewährte eine Verhandlung Einblick, die sich gestern vor der 1. Ferienstrafkammer des Landgerichts I abspielte. Aus der Untersuchungshaft wurde der Schlosser Paul G. vorgeführt, um sich wegen Unterschlagung, Urkundenfälschung und Betruges sowie versuchten Betruges zu verantworten. Er ist schon mehrfach vorbestraft, es handelte sich also bei ihm um Verbrechen im strafschärfenden Rückfall, worauf in erster Linie Zuchthaus steht. Der Angeklagte besitzt eine sehr ordentliche und achtbare Frau, die, wie ihre an den Ehemann nach dem Untersuchungsgefängnis gerichteten Briefe beweisen, in inniger Liebe an ihm hängt. Der Angeklagte hat sich auch eine ganze Reihe von Jahren straflos geführt, ist aber durch eine besonders schwere

Lebenslage schließlich wieder auf Abwege gedrängt worden. Die Beweisaufnahme ergab folgendes Bild: Der Angeklagte leidet so stark an Gelenkrheumatismus, daß seine rechte Hand deformiert und seine Arbeitsfähigkeit stark herabgemindert ist. Er befand sich dann lange Zeit ohne Arbeitsverdienst, da seine Frau über Jahr und Tag an einem schweren Unterleibsleiden erkrankt war und er zu ihrer Pflege zu Hause bleiben mußte. Die Krankheit der Frau fraß bald die wenigen Notgroschen auf, was zu versetzen war, wurde versetzt und mit Hilfe des Sohnes, der in einer Fabrik arbeitete, aber auch kränkelte, gelang es, sich einige Zeit über Wasser zu halten. Als dann aber der Sohn auch arbeitsunfähig wurde und in eine Lungenheilstätte gebracht werden mußte, wurde die Bedrängnis immer größer. Der Angeklagte fand keine Arbeit, und da er, wie er behauptet, sich vergeblich um Armenunterstützung beworben hatte, wußte er bald nicht mehr ein noch aus. Da wollte es der Zufall, daß er, wie er versichert, auf der Straße ein Paket mit Formularen zu Rezepten vorfand, wie sie von Aerzten in der Krankenkassen-Praxis angewendet werden, um in Apotheken bezw. Drogerien die unentgeltliche Hergabe von Medizin, Verbandsstoffen usw. an die betr. Patienten zu veranlassen; die Bezahlung dieser Rezepte erfolgt dann durch die Krankenkassen. Diese Formulare benutzte der Angeklagte dazu, um sich Geld zu verschaffen. Er füllte die Formulare in der Weise aus, daß irgend ein Arzt, dessen Namen er unleserlich hinkritzelte, einem Arbeiter Meyer, Neumann oder Lehmann Lysoform, Verbandswatte, Verbandsbinden und dergleichen verschrieb. In einzelnen Fällen bewog er die Drogisten, ihm anstatt der verschriebenen Verbandsstoffe bares Geld zu geben, indem er ihnen sagte, er besitze noch von früheren Verordnungen genügend. Manchmal ließ er sich auch anstelle der verschriebenen Waren Seife geben, die er dann auf dem Wege des Handels in Schanklokalen zu Gelde machte. — Der Angeklagte war ganz geständig. Das auf diese Weise erworbene Geld will er, wie er unter Tränen versicherte, dazu benutzt haben, um sich und seine Frau vor dem Verhungern zu schützen. Sein Verteidiger, Rechtsanwalt Dr Lisser II empfahl den Angeklagten, der in jedem Punkte die Wahrheit gesagt habe, einer möglichst milden Beurteilung, da er sich in unsagbar bedrängter Lage befunden habe. Der Gerichtshof billigte dem Angeklagten auch mildernde Umstände zu und verurteilte ihn zu sechs Monaten eine Woche Gefängnis, wovon 2 Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet wurden. Auch wurde die Haftentlassung bewilligt.

Bestrafung zu starker Rauchentwickelung des Autobus.

Der Berliner Autobusführer Jurisch sollte die Verordnung vom 29. September 1906 verletzt haben, und zwar in folgender Bestimmung: Der Kraftwagenführer ist bei Leitung des Wagens zu besonderer Vorsicht verpflichtet, namentlich hat er dafür zu sorgen, daß Belästigungen durch Rauch und Dampf möglichst ausgeschlossen werden. Das Landgericht hielt für festgestellt, daß der Kraftomnibus J.s bei einer Abfahrt vom Halleschen Tor derart starken Rauch und Geruch habe ausströmen lassen, daß Vorübergehende belästigt wurden. Jurisch wurde mit folgender Begründung zu einer Geldstrafe verurteilt: Ganz zu vermeiden sei die Rauch- und Geruchentwickelung zwar nicht, immerhin aber könne nach dem Gutachten des Sachverständigen der Führer die Rauchentwickelung in gewissen Grenzen halten. Da hier nun die Rauchentwickelung eine übermäßige gewesen sei, so folge daraus, daß Angeklagter die nötige Vorsicht nicht habe obwalten lassen.

Das Kammergericht verwarf die hiergegen vom Angeklagten eingelegte Revision, weil die Vorentscheidung einen Rechtsirrtum nicht habe erkennen lassen. Insbesondere sei genügend festgestellt, worin das Verschulden des Angeklagten zu erblicken sei.

Polizeibeamte schlagen nicht.

Ein Beleidigungsprozeß, den der Kriminalkommissar Wieland in Frankfurt a. M. gegen die Redakteure der anarchistischen Wochenblätter „Der Revolutionär" und „Der freie Arbeiter" angestrengt hatte, beschäftigte gestern die erste Ferienstrafkammer des Landgerichts I. Aus der Strafhaft wurden vorgeführt der Tischler Richard Fischer und der Gürtler Paul Schmiel. Im Februar d. J. fand in Frankfurt a. M. eine Arbeitslosenversammlung statt, in welcher zwei Anarchisten namens Busch und Müller als Redner auftraten. Die Versammlung wurde von dem Kriminalkommissar Wieland in dem Augenblicke aufgelöst, als Busch in seiner Rede sich einer Aufforderung zur Begehung von Gewalttätigkeiten im Sinne des § 110 des St.-G.-B. und einer Aufreizung zum Klassenhaß nach § 130 schuldig machte. Busch selbst wurde durch den Kommissar verhaftet. Ueber diesen Vorfall erschienen am 8. Februar d. J. in den erwähnten anarchistischen Zeitschriften Artikel, in denen das Verhalten des Kriminalkommissars Wieland kritisiert wurde. Es wurde unter anderem die Behauptung aufgestellt, daß Busch nach seiner Festnahme auf der Polizeiwache mit einem Gummischlauch mißhandelt worden sei. In seiner kommissarischen Vernehmung war von Busch diese Behauptung bestätigt worden, während seitens der beteiligten Polizeibeamten diese Angabe als völlig aus der Luft gegriffen bezeichnet wurde. — Die Strafkammer hielt beide Angeklagten des Vergehens gegen die §§ 185, 186 für überführt und erkannte gegen Fischer auf sechs Wochen und gegen Schmiel auf drei Wochen Gefängnis zusätzlich sowie auf Einziehung der Platten und Formen. Außerdem wurde dem Beleidigten die Publikationsbefugnis zugesprochen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, ☞ Fahrstuhl ☜ wochentäglich abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

P. R., Rixdorf. In der Nr. 68 des „Vorwärts" vom 20. März, 3. Beilage, finden Sie die Frage: was ist abzugsfähig vom Einkommen bei Steuerveranlagung? vollständig beantwortet. Sie können die Nummer hier in der Expedition, vielleicht auch in Ihrer Spedition, Neckarstr. 2, einsehen. — **S. 43.** Wir haben uns wiederholt mit der von Ihnen genannten Krankenkasse beschäftigt und vor derselben gewarnt. 2. 1906. — **R. L. 402.** Wir würden Ihnen raten, bei der Steuerdeputation um Stundung einzukommen. Dann würde es gewiß zu einer solchen Maßregel nicht kommen. — **Charlotte 54.** Wir halten es ja für Schwindel. — **Laubenkolonie.** „Laubenkolonist", Pankow, Floraſtr. 14. — **100. Berg.** 1. Wir haben schon wiederholt gewarnt. 2. Offenbacher Krankenkasse, Hinz, Prinzenstr. 66. — **G. 333.** Sollten Sie nicht lieber mit Ihren Eltern sprechen. Sie sind ja noch nicht vertragsfähig. — **A. H. 87.** Die Dienstherrschaft muß während sechs Wochen für die Erkrankte eintreten. — **Z.** Nein. — **M. H. 100.** Ein geschlossener Vertrag muß erfüllt werden, es sei denn, daß die Voraussetzungen, unter denen der Vertrag geschlossen ist, nicht zutreffen. Dann müßte auf Aufhebung des Vertrages geklagt werden. — **F. S. 100.** Die Sachen der Frau haften nicht. Gegen eine Pfändung müßte die Frau Einspruch erheben. — **Stein.** Der Mietsvertrag entscheidet. — **P. F.** Wie immer. Erlaubnis wird vor Ablauf eines Jahres nicht erteilt. — **L. L. 100.** Sie können nicht klagen. — **65. P. P.** 1. Nein. 2. Ja. — **L. E. 37.** Auf die Zeit Ihres Aufenthaltes kommt es nicht an. Naturalisation ist notwendig, die Sie kaum erreichen werden. — **R. L. 10.** Volljährigkeitserklärung ist ohne Einwilligung des Vaters oder (nach dessen Tode) der Mutter nicht möglich. — **A. B. 31.** Der überlebende Ehegatte erbt die Hälfte und erhält außerdem die Haushaltungsgegenstände und die Hochzeitsgeschenke. — **Maximilian B. 1908.** 1. und 3. Ja. 2. Nein. — **K. E. 86.** Ein Erfordernis ist, daß eine periodische Druckschrift überhaupt Anzeigen gegen Entgelt aufnimmt. Sind diese Voraussetzungen gegeben, dann besteht nach § 10 des Preßgesetzes die Verpflichtung. Als öffentliche Behörden sind nicht bloß Staats-, sondern auch Gemeinde-, überhaupt alle mit öffentlichem Charakter versehenen Behörden anzusehen. — **O. R. 36.** Im Berliner Rathaus. — **Fürth 86.** Nach dem Sprachgebrauch ist richtig der siebzigste Geburtstag. In Wirklichkeit vollendet er das siebzigste Lebensjahr und erlebt zum 71. Male den Tag seiner Geburt. — **F. L. 10.** Ist vom Bundesrat erlassen und wird durch die Landespolizeibehörde geregelt. — **A. 90.** Das Anfangsgehalt einer Fachlehrerin ist 1000 Mark, Alterszulage von 100 Mark vom 3. Jahre bis 720 Mark im 21. Jahre, Mietszuschuß 400 Mark. — **B. M. 100.** Sie haben recht. — **O. L. 19.** Wenden Sie sich an den Deutschen Metallarbeiterverband, Charitéstr. 3. — **B. S. 28.** Die Bestimmung Ihres Mietsvertrages ist maßgebend. — **A. J. Nr. 300.** Unverständlich. — **K. W. 1.** Es bestehen so viele Systeme, daß wir Unrecht tun würden, würden wir ein einzelnes empfehlen. Vielleicht nehmen Sie sich das Berliner Adreßbuch vor. — **B. H. 375.** Ein Koch- oder Konservengeschäft dürfte Ihnen sachmännische Auskunft geben. — **Freiburg.** 1. und 2. Antrag an die zuständige Landesversicherung auf Gewährung der Invalidenrente. Die Höhe der Rente richtet sich nach der Zahl der geklebten Marken. 3. Der Rat des Arztes ist müßig. Er meint die Armenunterstützung. 4. Unseres Erachtens nein. — **Hebamme 19.** Direktion der königlichen Charité in Berlin. — **O. K. 1889.** 1. Gehen Sie zum Bezirkskommando. 2. Die Lokalliste ist maßgebend. — **Frau R., Wilhelmöruh. K.-Str.** Sie können noch klagen. — **K. Sch. 88.** Offenbacher Krankenkasse für Frauen und Mädchen, Prinzenstr. 66 bei Hinz. — **Maschinenmeister, Schöneberg.** Geschäfte empfehlen wir nicht. — **A. B.** Das sagt Ihnen jeder Goldarbeiter. — **O. K. 100.** Geburtsurkunde und Taufschein. — **M. K. 158.** Formulare hierzu finden Sie im „Arbeiterrecht". Das Buch liegt in jeder öffentlichen Lesehalle aus. — **Chr. M., Tempelhof.** Reder Patentanwalt. — **O. P. 27.** Aeußerlich bemerkbare Arbeit soll nicht geleistet werden. — **A. J. 29.** Das Fahrgeld ja, nicht aber die ärztliche Behandlung. — **Parteigenosse, Groß-Lichterfelde.** 1. Ja. 2. Müssen wir ablehnen. — **Max Höne, Gastwirt.** 8. Juli 1868. — **N. F. 324.** Schmargendorf bei Berlin, Warnemünder Straße 9. — **A. G. 12.** Unsere Gesindeordnung läßt leider eine „leichte" Züchtigung des Gesindes durch die Herrschaft zu, wenn letztere durch das Gesinde gereizt wird. — **K. R. 20.** Wenn das Mädchen das Bedürfnis hat, die Kirche in Anspruch zu nehmen, so muß sie sich auch gefallen lassen, daß ihr darüber Vorschriften in verneinendem Sinne gemacht werden. — **Rixdorf.** Was an Haushaltungsgegenständen unpfändbar ist, kann auch an Steuern nicht gepfändet werden. — **R. S. 89.** Ist der junge Mann in einem Gewerbebetriebe beschäftigt, besteht für ihn eine vierzehntägige Kündigungsfrist und zwar vom 15. zum 1. des Monats, im anderen Falle eine sechswöchige Kündigungsfrist mit Ende des Quartals. — **Mai 1908.** Sie können mit Erfolg gegen Ihre Veranlagung Einspruch erheben, da Ihre Veranlagung eine ungesetzliche ist. Erst bei einem Einkommen von 1500 bis 1650 M. wäre Ihre Veranlagung möglich. — **Stiefvater, Niederlehme.** Ein Züchtigungs„recht" besteht wohl nicht. — **M. S. 25.** Offenbacher Frauenkasse, Prinzenstr. 66, Hinz. — **B. B., Strbg.** Sie sind verpflichtet. — **A. G. 100.** Landgericht ist zuständig. Sie müssen einen Anwalt bestellen. Kosten unbestimmbar. — **F. S. 80.** Nach Auskunft des Gemeindevorstehers 133 Proz. — **E. 56 Essen.** Wir lehnen prinzipiell ab, Geschäfte usw. zu empfehlen. Ihren Zweck dürften Sie erreichen, wenn Sie sich von einer dortigen größeren Annoncen-Expedition einen Zeitungskatalog vorlegen lassen. — **M. J. 83.** Ihre Fragen wird Ihnen die Redaktion der „Zeitschrift für Luftschiffahrt, Berlin, beantworten können. — **100 29.** Das ist unerheblich. Maßgebend ist, daß die Pfändung überhaupt erfolgt ist. Sachen können abgeholt werden. — **O. S.** Nach uns gewordener Auskunft: von Männern. 3 Armeekorps. — **Z.** Ja.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Nachruf.

Am 29. August verstarb unser Mitglied, der Schankwirt

Robert Rostin

(Usedomstraße 12)

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung hat am Dienstag, den 1. September bereits stattgefunden.

229/6 **Der Vorstand.**

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Zahlstelle Charlottenburg.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser altes Mitglied, der Maler

Paul Hamann

(genannt „Der Ehrliche")

am Dienstag verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Freitag, den 4. September, nachmittags 5½ Uhr, von der Leichenhalle des Luisen-Kirchhofes, Fürstenbrunner Weg, aus statt. 130/1

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

(Bezirk Groß-Berlin.)

Hierdurch diene den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Kollegen

Willi Mielentz

(Hausdiener)

sowie

Gustav Schulz

(Einkassierer)

verstorben sind.

Ehre ihrem Andenken!

70/18 **Die Verwaltung I.**

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands (Zahlstelle Berlin).

Bureau: Linienstraße 215. Geöffnet von 9—1 und von 4—8 Uhr. Telephon Amt III, Nr. 938.

Sonntag, den 6. September 1908, vormittags 9½ Uhr, im Lokale „Englischer Garten", Alexanderstraße 27c:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom Verbandstage. 2. Antrag auf Erhöhung des Lokalbeitrages. 3. Wahl der besoldeten Hauskassierer. 64/3*

Die Versammlung beginnt pünktlich, da bekanntlich an dem Tage auch die Fortsetzung der vertagten Generalversammlung der Wahlvereine stattfindet und ein größerer Teil der Mitglieder dafür als Delegierte in Frage kommen. **Mitgliedsbuch legitimiert.** **Die Ortsverwaltung.**

Das tägliche Ziel vieler 1000 Schaulustiger bildet die

Hagenbeck-Schau

Berlin, König-, Ecke Neue Friedrichstraße. 213/8*

Täglich abends 8 Uhr: Große Vorstellung.

Jeden Sonntag, Mittwoch u. Sonnabend 2 große Vorstellungen, nachm. 4 u. abends 8 Uhr.
Jeden Sonntag von 11 Uhr verm. bis 12½ Uhr Besichtigung u. Fütterung der Raubtiere.
Jeden Wochentag ab 10 Uhr verm. bis 12½ Uhr mittags hochinteressante Raubtierdressur-Proben.
Besichtig. u. Fütterung d. Raubtiere geg. ein Entree v. **50** Pf. f. Erwachs. u. **25** Pf. f. Kinder.

Von der Reise zurück.
Dr. Max Blumenthal
Landsberger Allee 157/58.

Von der Reise zurück
Dr. med. J. Hirschfeld
Petersburger Straße 83.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

H. Pfau, Bandagist
jetzt: **Direksenstraße 20**
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Polizeipräsidium. — Amt VII, 13799.
Für Damen weibliche Bedienung. *
Lieferant für alle Krankenkassen.

Zum Küssen

schön ist ein zartes reines Gesicht mit rosigem jugendfrischen Aussehen, weißer sammetweicher Haut und blendend schönem Teint sowie ohne Sommersprossen und Hautunreinigkeiten, daher gebrauche man

Steckenpferd-Lilienmilch-Seife

von Bergmann & Co., Radebeul. à Stück 50 Pfg. überall zu haben.

Eigene Werkstätten!

Für bestes u. trockenes Material garantiert!
Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.

Möbelfabrik

Julius Apelt, Tischler-Meister 61492*

jetzt: **Adalbertstraße No. 6** Hochbahnhof Kottbuser Tor

Komplette Wohnungs-Einrichtungen

Moderne Musterzimmer :: von den einfachsten :: bis zu den elegantesten stehen zur Ansicht

zu soliden Preisen in meinen modern eingerichteten zirka 1000 □-Meter umfassenden Geschäftsräumen.

Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.

Sonntag, den 6. September, abends 7½ Uhr:

Kunst-Abend.

Leitung: Margarete Walkotte.

Mitwirkende: **Margherita Simonetti,** Koloratur-Sängerin. — Frl. **Rossi,** Violin-Virtuosin aus Rom. — **Margarete Walkotte.** — Herr **Bruno Tuerschmann,** Vortragsmeister am Hebbel-Theater. Am Flügel: Herr **Bernhardt Nitzsche.** — Herr **Otto Wiemer,** Rezitator ostpreußischer Dialektdichtungen.

Nachdem: **Tanz.**

Entree 50 Pf. **Abendkasse 60 Pf.**

Vorverkauf bei Herrn **Horsch,** Zigarrenhandlung, Engelufer 15.

Kenner rauchen nur 153/20*

Zeppelin-Zigarre

Marke: **Luftig-Duftig**

in Originalpackung, ges. geschützt. **Feinste 6, 8 u. 10 Pf.-Zigarre.** Milde und aromatisch. Nachahmung wird gerichtlich verfolgt. Anfragen befördert **u. F. D. E. 778** an **Rudolf Mosse, Berlin SW.**

Neuerscheinungen:

Marx als Denker.
Von Dr. **Max Adler-Wien.**
Mit einem Anhang: **Marx und die Dialektik.** Preis **1,20** M.

Gustav Adolf.
Ein Fürstenspiegel zu Lehr und Nutz der deutschen Arbeiter v. **Franz Mehring.** Zweite verbesserte Auflage mit einem neuen Vorwort. Preis **10** Pf. Gute Ausgabe **1** M.

Die preußische Polenpolitik
in ihren Ursachen und Wirkungen. Von **Hermann Wendel.** Preis **60** Pf. - Gute Ausgabe **1,20** M.

Sozialistische Neudrucke II.

Garantien der Harmonie und Freiheit
Von **Wilhelm Weitling.**
Jubiläums-Ausgabe. Mit einer biographischen Einleitung und Anmerkung. Herausgegeben von **Franz Mehring.**
Preis in guter Ausstattung brosch. **2,50** M. Geb. **3** M.

Hochkonjunktur und Wirtschaftskrisis
Von **Max Schippel.**
Preis **50** Pf. Gute Ausgabe **1** M.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek, Heft 17:

Bau- und Lebenstätigkeit des menschlichen Körpers.
Von Dr. **Christeller.** Mit zahlreichen Illustrationen.
247/7* Preis **20** Pf. Gute Ausgabe **50** Pf.

Expedition des „Vorwärts", Berlin SW. 68, Lindenstr. 69 — Laden.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Wilmersdorf-Halensee. Am Freitag, den 11. September, abends 8 Uhr, findet von sämtlichen Bezirkslokalen aus eine Handzettelverbreitung statt. Die Teilnahme aller Genossen ist erforderlich. Der Vorstand.

Tegel. Sonntag, den 6. September, findet eine Handzettelverteilung von den bekannten Bezirkslokalen aus statt.

Montag, den 7. September, abends 8½ Uhr: Volksversammlung in W. Trapps Festsälen, Bahnhofstr. 1. Tagesordnung: Staat, Kirche und Schule. Referent: Landtagsabgeordneter Genosse Adolf Hoffmann. Agitiert für Massenbesuch. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Im Kinderhause.

In der Flucht der langen Häuserreihe würde man dieses vortreffliche und gemeinnützige Institut kaum herausfinden, würden nicht an der Vorderseite zwei niedliche Säuglinge den Zweck des Hauses plastisch zum Ausdruck bringen. Weist das Vorderhaus ganz den Charakter der älteren Mietskasernen auf, so verrät das stattliche Quergebäude mit seinen glasierten Kachelsteinen und den hohen breiten Fenstern durchaus seine neuzeitliche Entstehung.

Es ist kurz vor 12 Uhr. Die Oberin ist noch nicht anwesend und wir drücken uns in eine Ecke und lassen die Mütter mit ihren kleinen Patienten durch. Jede erhält von der Schwester ein grünes Kuvert, auf dem mit rotem Stift etwas geschrieben steht; dann verteilen sie sich in die einzelnen Räume. Gleich darauf weckt uns eine Stimme aus unserem Sinnen auf. Eine jugendliche, hübsche Erscheinung, in ähnlicher Tracht wie die Schwester, stellt sich uns als Oberin dieser Abteilung vor. Wir hatten erwartet, eine alte, ehrwürdige Matrone zu treffen und waren nun, ehrlich gestanden, angenehm enttäuscht. Nach einer kurzen Unterhandlung, bei der eine gewisse Scheu, wie sie der Presse gegenüber oft zum Ausdruck kommt, nicht zu verkennen war, die aber nach und nach verschwand, nahmen wir den Rundgang durch die Anstalt auf. Zuerst ging's in die tiefer gelegenen Spül- und Kühlräume, wo die Milchflaschen gereinigt werden und wo Eisschränke und Kühlanlagen die Milch und sonstige Materialien vor schädlichen Einflüssen schützen. Von hier ging's in die Küche, wo es angenehm brodelte und verführerische Düfte die Nase umfächelten. Ueberall dieselbe Akkuratesse, überall peinliche Reinlichkeit. Noch einen Blick ins Nebenzimmer, wo einige Schwestern an der appetitlich gedeckten Tafel ihre Mittagsmahlzeit einnehmen, während in dem Zimmer der Oberin die Assistenzärzte essen; dann nehmen wir den Weg nach dem oberen Stockwerk, der den interessantesten Teil des Instituts, nämlich die Klinik, enthält. Zwei helle, vorzüglich gelüftete Räume nehmen uns auf. Die wohltuende, freundliche Stimmung gibt ihnen ein eigenartiges Gepräge. Der unangenehme Eindruck, den man gewöhnlich in anderen Krankenhäusern empfängt, kommt hier gar nicht auf. Und es ist durchaus anzuerkennen, daß die Leitung des Hauses das möglichste getan hat, um den Räumen den trüben Charakter einer Klinik zu nehmen und ihnen einen wohligen, fast heiteren Anstrich zu verleihen. Es werden hier Kinder bis zu 14 Jahren aufgenommen. In eisernen Bettstellen, auf blendend weißem Linnen, ruhen die kranken Proletarierkinder und fühlen sich in den weichen, schönen Bettchen ordentlich mollig. Auf einem gedeckten Tisch in der Mitte des Zimmers steht ein Schreibzeug und mehrere Rosen- und Blumenbuketts strömen ihren köstlichen Duft aus und gewähren einen herzerquickenden Anblick. Am Fenster steht eine kleine Bank nebst Stühlchen und ein Spieltisch, den zwei Töpfe mit rankendem Immergrün schmücken. Hübsche Puppen bilden das Ideal der kleinen weiblichen Patienten und die Wände zieren Bilder, die dem Verständnis der Kleinen angepaßt sind. Eine große Spieldose sorgt mit heiteren Weisen für das Gemüt, bringt Abwechselung in die langen Stunden der Leidenszeit. Im Nebenraum liegen die kranken Säuglinge, für deren Wohlergehen in der erdenklichsten Weise gesorgt ist. Sie ruhen in kleinen, hübschen Wiegen und ein Schleier wehrt den lästigen Besuch der aufdringlichen Fliegen ab. Jedes Kind hat seine eigene Bade- und Wascheinrichtung. Töchter aus der oberen Gesellschaft warten und pflegen die Kleinen und bilden sich in einem einjährigen Kursus zu Krankenpflegerinnen für Kinder aus. Soeben kommt der Oberarzt, Dr. Oberwarth, der schon von Anfang an an diesem Institut wirkt, mit seinen Assistenten, um die kleinen Patienten zu konsultieren. Auch hier stoßen wir zunächst auf eine reservierte Haltung, die aber bald in gewinnende Liebenswürdigkeit umschlägt. Wir begeben uns solange, bis die Aerzte ihren Rundgang beendet haben, in das Laboratorium, das uns anmutet, wie Faust's Hexenküche. „Mit Gläsern, Büchsen rings umstellt, mit Instrumenten vollgepfropft“, so bietet sich uns dieser mysteriöse Raum dar, wo uns aber Herr Dr. Oberwarth sehr bald wieder herausholt und uns nach dem Vordergebäude führt, das die Wöchnerinnenunterkunft enthält. Wir erfahren noch, daß für die Kinder, die täglich nach der Klinik gebracht werden, zirka 20 Spezialärzte tätig sind. Ein schönes Zeugnis für dieses Werk, das der Initiative und zum größten Teil auch der Privatkasse des Professors Neumann entsprungen ist, der zurzeit infolge Ueberanstrengung erkrankt ist.

Im Vorderhause finden wir 30 Säuglinge in ihren kleinen Bettchen; für kranke ist ein gesonderter Raum vorhanden. Hier liegt, in den Kissen versteckt, ein Kind, das bei der Einlieferung ganze — 3 Pfund wog. Nun hat es sich aber schon prächtig herausgemacht — „wir bringen's durch,“ erklärt die Oberin, mit mildem Antlitz und dem schlichten Häubchen auf dem grauen Haar, befriedigt. Mit mütterlichem Stolze führt sie uns von Wiege zu Wiege, immer erklärend und mitteilsam. In einem Bettchen liegen zwei allerliebste, bildhübsche Zwillinge mit großen, blauen Augen und rundem, vollem Gesicht. Sie bilden die Freude aller Anwesenden.

In dieser Anstalt werden hilfsbedürftige Wöchnerinnen mit ihren Säuglingen ohne Entgelt aufgenommen und sorgfältig gepflegt, bis sie als gesund entlassen werden können. Mutter und Kind stehen fortdauernd unter ärztlicher Bewachung. Das Gewicht der Milch, die das Kind von der Brust trinkt, wird jedesmal durch die Wage festgestellt. Die tauglichen Wöchnerinnen erhalten, sofern sie Lust haben, Stellen als Ammen zugewiesen. Uns wurde aber gesagt, daß unter zehn kaum eine oder zwei imstande sind, ein Kind zu nähren, da sie meist durch Kummer und Entbehrungen zu weit heruntergekommen sind. Die Oberin erzählte uns ergreifende Episoden aus ihren reichen Erfahrungen, Jammerbilder aus der Tiefe des Volkes, erschütternde Tragödien, die deshalb nicht geringer sind, weil sie alltäglich vorkommen. Ein kleiner, dunkellockiger Knabe mit klugen Augen, mit einem reizenden Schelmengesicht, gehört zum „eisernen Bestand“, wie der Arzt scherzend erklärt. Er ist der Liebling des ganzen Hauses. Seine Mutter hat ihn als Säugling gebracht und sie arbeitet noch im Heim. Mit dem „fremden Onkel“ schließt er sofort Freundschaft und zeigt uns noch die hellen, luftigen Schlafräume der Wöchnerinnen. Unterrichtskurse in der Säuglingspflege werden, sowohl für Unbemittelte als auch für Bemittelte, im Hause abgehalten. In einem Bureau wird Rat und Auskunft erteilt.

Es würde zu weit führen, alles Gute und Nützliche in diesem mustergültigen Institut zu schildern, das in den heutigen Verhältnissen leider nur einen Tropfen Wasser auf einen heißen Stein bildet. Hier bietet sich der sozialen Erkenntnis und Betätigung ein weites Feld. Die Kommune hätte hier noch große Aufgaben zu erfüllen, Aufgaben, deren Lösung sie nicht allein der Privatwohltätigkeit überlassen sollte.

Aus dem Tiefbauwesen.

In der gestrigen Sitzung der städtischen Tiefbaudeputation wurde unter anderem die beantragte Durchlegung der bekannten Privatsache zwischen der Alten Jakob- und Alexandrinenstraße: Simeonstraße von der Wassertor- bis zur Jakobstraße beraten. Von den Anliegern und Besitzern dieser Straße sind der Stadtgemeinde vor etwa neun Jahren 68 000 M. für die Uebernahme geboten worden. Obgleich inzwischen das Pflaster dieser Straße sich weiter verschlechtert hat und große Aufwendungen erforderlich sind, wollen die Anlieger nur 64 000 M. für die Uebernahme an die Stadt zahlen. Die Deputation lehnte mit Rücksicht auf die Kosten der Durchlegung und Neupflasterung die Uebernahme usw. der Privatstraße ab. — Der ortsstatutarische Steinpflasterpreis für Berlin wurde auf 13,70 M. pro 1903 festgesetzt. Von der Erhebung von Beiträgen zu den Kosten des Baues der Achenbach-Brücke wurde Abstand genommen. Genehmigt wurde die Einrichtung einer Gartenanlage in der Wallstraße an der Grünstraße auf dem früheren Grundstück von Ravené. Dann beschäftigte sich die Deputation mit dem Antrage der Gemeinde Reinickendorf wegen Abänderung und Festsetzung von Fluchtlinien für die Abteilung X¹ des Bebauungsplanes und die Anlage einer Straße durch den Schillerhain und Bewilligung einer Entschädigung. Die Deputation beschloß, den Plan den Wünschen der Nachbargemeinde Reinickendorf entsprechend ändern zu lassen, wozu ein Gemeindebeschluß herbeigeführt werden muß. Zur Geradelegung des Spreeweges zwischen dem Großen Stern und der Bellevueallee soll ein Flächenaustausch mit dem Fiskus stattfinden und der Reitweg etwas eingeschränkt werden. Dieser Plan fand die Zustimmung der Deputation.

Aus den Gemeindeschulen: Erfreuliches und Unerfreuliches.

Zum Beginn des Winterhalbjahres sollen neue Gemeindeschulhäuser fertig werden. Es werden daher mehrere Schulen verlegt: die 87. Schule (für Mädchen) und die 98. Schule (für Knaben) beide aus dem Mietshaus Memeler Straße nach dem neuen Schulhaus Bromberger Straße; die 257. Schule (bisher für Knaben und Mädchen, fortan nur für Knaben) aus dem Mietshaus Greifswalder Straße nach dem neuen Schulhaus Bötzowstraße; die 269. Schule (für Knaben) aus dem Mietshaus Schönhauser Allee 108 und die 274. Schule (für Mädchen) aus dem Mietshaus Stargarder Straße beide nach dem neuen Schulhaus Sonnenburger Straße; die 42. Schule (für Knaben) und die 275. Schule (für Mädchen) beide aus dem Mietshaus Schönhauser Allee 108 nach dem neuen Schulhaus Driesener Straße; die 277. Schule (für Knaben und Mädchen) aus dem Mietshaus Gethsemanestraße nach dem neuen Schulhaus Greifenhagener Straße nördlich der Ringbahn; die 231. Schule (für Knaben und Mädchen) aus dem Mietshaus Wiclefstraße und die 263. Schule (für Knaben und Mädchen) aus dem Mietshaus Berlichingenstraße beide nach dem neuen Schulhaus Bochumer Straße; die 239. Schule (für Knaben und Mädchen) aus dem Mietshaus Weißenburger Straße nach dem neuen Schulhaus Christburger Straße 7. Zu gleicher Zeit werden verlegt die 256. Schule (für Knaben und Mädchen) aus dem Mietshaus Posener Straße und die 287. Schule (für Knaben und Mädchen) aus dem Mietshaus Frankfurter Allee 27 beide nach dem Mietshaus Memeler Straße, das von der 87. und der 98. Schule verlassen wird. Schon diese Aufzählung kann eine ungefähre Vorstellung davon geben, bis zu welchem Umfang der Notbehelf der Mietsschulhäuser in den letzten Jahren sich entwickelt hat. In dem laufenden Sommerhalbjahr sind nahezu 700 Klassen in Mietsräumen untergebracht. Zum Oktober wird ja hierin eine merkliche Aenderung eintreten, doch werden im Winterhalbjahr immer noch fünfhundert Klassen auf Mietsräume angewiesen sein.

Das Winterhalbjahr bringt auch wieder eine Vermehrung der Schulen, die dem Osten, Nordosten, Norden, Nordwesten zugute kommt. Aber gleichzeitig führt die Schulverwaltung leider fort, in anderen Stadtteilen Schulen aufzulösen, die sie für „überflüssig“ hält. Die 275. Schule (für Mädchen), die aus der Schönhauser Allee nach der Driesenerstraße übersiedelt, wird durch ein „Filial“ verstärkt, das das alte Heim, das Mietshaus Schönhauser Allee 108, weiterbenutzen muß. Neu eröffnet werden: eine 293. Schule (für Mädchen) im Mietshaus Frankfurter Allee 4, eine 294. Schule (für Mädchen) im neuen Schulhaus Bötzowstraße, in das auch die 257. Schule einzieht, eine 295. Schule (für Knaben) im Mietshaus Lüttticher Straße 7, wo bisher schon einige Klassen bestanden und als „Filial“ der benachbarten 53. Schule geführt wurden. Neu kommt ferner hinzu eine 17. Schule (für Knaben und Mädchen) im Mietshaus Stargarder Straße, das von der 274. Schule verlassen wird. Eine 17. Schule (für Mädchen) gab es bisher in der Ackerstraße, sie hört aber zum Oktober auf, als selbständiger Schulorganismus zu bestehen. Ihre Auflösung war längst beschlossen, die untersten Klassen sind schon im Frühjahr eingezogen worden, im Winterhalbjahr folgen die mittleren, von da ab werden die oberen als „Filial“ der benachbarten 207. Schule geführt, bis auch sie eingezogen werden können. Zur Auflösung bestimmt sind auch die 57. Schule (für Knaben) und die 72. Schule (für Mädchen), beide in der Brandenburgstraße. Das Schulhaus wird gebraucht für die Pflichtfortbildungsschule, die es bereits mitbenutzt; da „trifft es sich“ prächtig, daß ausgerechnet jetzt die beiden Gemeindeschulen als „überflüssig“ erkannt werden. Schon zum Oktober nehmen sie keine neuen Schulrekruten mehr auf, so daß jetzt die untersten Klassen wegfallen und später die ganzen Schulen von selber eingehen müssen. Für Gemeindeschulen gilt es der Schulverwaltung als selbstverständlich, daß Klassen und Schulen schon dann als schwach besetzt und zur Auflösung reif anzusehen seien, wenn ihre Frequenz erst auf ein erträgliches Maß herabzusinken beginnt. Am 1. Mai dieses Jahres saßen in der 57. Schule noch 637 Knaben, in der 72. Schule noch 635 Mädchen. Als Nachbarschulen kommen in Betracht in der Wassertorstraße die 129. Schule mit 655 Knaben, die 112. Schule mit 645 Mädchen, in der Alten Jakobstraße die 4. Schule mit 615 Knaben, die 5. Schule mit 689 Mädchen. Man kann sich denken, wie in den Nachbarschulen die Frequenz steigen muß, wenn die Schulen in der Brandenburgstraße eingezogen werden. Doch das kümmert nicht unsere Schulverwaltung. Der Rathausgeisinn macht weitestgehende Sparsamkeit ihr zur Pflicht, und danach hat sie sich zu richten. Es handelt sich ja „nur“ um die Schulen für Kinder des werktätigen Volkes, das bekanntermaßen „nichts zu verlangen“ hat.

Die städtische Schuldeputation beschäftigte sich am Mittwoch mit der Mitteilung des Provinzialschulkollegiums über die Zulassung von Lehrerinnen zur Mittelschul- oder Rektorenprüfung. Das Provinzialschulkollegium hat diese Zulassung abgelehnt, aber anheimgestellt, einer geeigneten Lehrerin unter bestimmten Voraussetzungen die Leitung einer Mädchenschule zu übertragen. Die Schuldeputation hat beschlossen, in Zukunft, wenn eine ganz hervorragend tüchtige Dame sich findet, die geeignet ist, eine Schule zu leiten, einen Versuch zu machen. Gleichzeitig wurde aber beschlossen, beim königl. Provinzialschulkollegium zu beantragen, den Lehrerinnen die Möglichkeit zu schaffen, die Rektorenprüfung und das Examen für Mittelschulen zu leisten.

Gegen die Richtigkeit der Gemeindewählerliste sind 16 Einsprüche erfolgt, die von der Stadtverordneten-Versammlung geprüft werden. Als Grund der Nichtaufnahme gibt der Magistrat in zwei Fällen an, irrtümlich nicht aufgenommen, in fünf Fällen, weil in Preußen nicht ortsangehörig gemeldet, in drei Fällen, weil als Schlafbursche gemeldet. In vier Fällen werden die Vorbenannten als Steuerrestanten bezeichnet, während zwei noch nicht lange genug in Berlin wohnen.

Nach Unterschlagung von einer halben Million Mark ist der Geschäftsführer der Verkehrsreklame G. m. b. H. Erich Kurths aus der Albrechtstr. 14 flüchtig geworden. Die Betrügereien führte K. aus mit dem Leutnant a. D. Richard Schramm, der ebenfalls den Staub von den Pantoffeln geschüttelt hat und bereits steckbrieflich verfolgt wird.

Nach Unterschlagungen, deren Umfang noch nicht feststeht, hat sich gestern der 40jährige Bankier Gustav Herzberg aus der Uhlandstraße 14 erschossen. Herzberg wohnte als Junggeselle mit seiner Schwester, einer Offizierswitwe zusammen und betrieb in der Friedrichstraße 126 ein kleines Bankgeschäft und eine preußische Lotterieannahmestelle. Das ganze Personal bestand nur noch aus einem Boten und einem Lehrling, der Börsengänge besorgte. Nachdem Herzberg gestern morgen um 8 Uhr von Hause fortgegangen war, begab er sich in sein Geschäft und schrieb einen Brief, in dem er mitteilte, daß er sich an Depots vergriffen habe und sich das Leben nehmen werde. Dann ging er nach dem Admiralsgartenbad in der Nähe des Bahnhofs Friedrichstraße und erschoß sich. Die Kriminalpolizei beschlagnahmte den Brief, nachdem die Revierpolizei die Leiche nach dem Schauhause hatte bringen lassen, und den Barbestand der Kasse, im ganzen 5700 M. Wie hoch sich die Unterschlagungen belaufen, läßt sich nicht sagen, ehe die Bücher geprüft worden sind.

Das Opfer der Klatschsucht wurde die 30jährige Krankenpflegerin Frieda Zimmer aus der Speyerer Straße 2. Das Mädchen bewohnte dort eine kleine Stube und war als Privatkrankenpflegerin tätig. In der letzten Zeit wurden über sie Gerüchte verbreitet, die ihre Sittenreinheit in Zweifel zogen. Da es dem Mädchen nicht gelang, die Urheber dieser Klatschereien zu ermitteln, faßte sie, völlig gebrochen, den Entschluß, freiwillig aus dem Leben zu scheiden. Als die Wirtin ihr heute früh den Kaffee bringen wollte, fand sie keinen Einlaß und ließ die Tür gewaltsam öffnen. Die Schwester wurde leblos auf dem Bette liegend aufgefunden. Vor dem Gesicht trug sie eine Aethermaske. Durch Einatmung des Aethers war der Tod herbeigeführt worden. In einem hinterlassenen Briefe teilte die Lebensmüde mit, daß sie das Opfer niederer Klatschsucht geworden sei.

Zwischen Himmel und Erde. Ungewöhnliches Aufsehen rief gestern nachmittag ein Vorfall in der Blumenstraße hervor. Der 19 Jahre alte Schornsteinfegergeselle Karl Cramer, Landsberger Allee 49 wohnhaft, hatte auf dem Dache des Hauses Blumenstr. 22 die Schornsteine fegen wollen. Als er nun über ein Laufbrett, das zwischen einem der Schornsteine und der Dachspitze gelegt war, hinweg schritt, brach dieses plötzlich mitten durch und C. stürzte ab. Er hatte jedoch die Geistesgegenwart, sich an dem am Dachfirst befindlichen Schornstein, gegen den er fiel, anzuklammern. So hing er denn zwischen Himmel und Erde. Aus dem Schornstein, der bei dem Anprall stark beschädigt worden war, löste sich nun ein Teil nach dem anderen heraus und die Situation wurde dadurch für den jungen Menschen immer gefährlicher. Endlich kamen zwei Kollegen des C., die in der Nachbarschaft tätig gewesen waren, zu Hilfe. Sie befreiten ihren Kameraden und brachten ihn nach der Unfallstation am Grünen Weg. Der Verunglückte hatte bei dem Vorgang schwere innere Verletzungen erlitten. Er fand im Krankenhaus am Friedrichshain Aufnahme.

Unterm Autobus. Bei einem Zusammenstoß mit einem Automobilomnibus der Linie Rixdorf—Moabit ist der Radfahrer Max Jaisie aus der Usedomstr. 21 schwer zu Schaden gekommen. Der junge Mensch war, auf dem Geschäftsrade fahrend, an den Omnibus herangeraten und von der Maschine herabgeschleudert worden. Er stürzte unter den Autobus, dessen Räder über seine Beine hinweg gingen. Schwerverletzt brachte ein Schutzmann den Ueberfahrenen nach der Unfallstation in der Kronenstraße, wo er die ersten Notverbände erhielt. J. fand später im Krankenhause Moabit Aufnahme.

Arbeitslosigkeit und Selbstmord. Immer mehr häufen sich in letzter Zeit die Selbstmorde, die infolge von Arbeitslosigkeit verübt werden. Auch heute liegt wieder ein solcher Fall vor. In der vergangenen Nacht machte der 27jährige Arbeiter Robert Eisenstein aus der Wriezenerstr. 27 seinem Leben gewaltsam ein Ende, er erhängte sich in der Wohnung am Türpfosten, Not und Entbehrung, durch Arbeitslosigkeit hervorgerufen, hatten den Lebensmüden zu seinem Schritt veranlaßt.

Die im Rudolf Virchow-Krankenhause erkrankten Schwestern sind, wie aus dem Rathause berichtet wird, sämtlich wieder hergestellt und tun bereits wieder Dienst. Die Untersuchung über das Vorkommnis ist noch nicht abgeschlossen.

Demnach wären die alarmierenden Nachrichten des „Berliner Tageblatt“ über die Angelegenheit stark übertrieben gewesen.

Aus dem Fenster des vierten Stockwerks auf die Straße gestürzt hat sich gestern früh 7½ Uhr eine Frau aus dem Hause Metzer Str. 15. Die Aermste war sofort tot, die Leiche wurde nach dem Schauhause geschafft. Ueber die Ursache der Tat konnte genaues nicht festgestellt werden.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Am Sonntag, den 6. September, Familienausflug nach Schmargendorf. Abfahrt der Südringzüge nach Halensee: Schlesischer Bahnhof 1.26, Jannowitzbrücke 1.29, Alexanderplatz 1.31 usw., Potsdamer Bahnhof 1.45. Treffpunkt für Nachzügler von 2½ Uhr nachmittags ab: Restaurant „Schützenhaus“, Inh. H. Meißner, Hundekehlestr. 20 in Schmargendorf, auch mit der Straßenbahn zu erreichen.

Ferner weisen wir nochmals darauf hin, daß die Bibliothek während der Ferien jeden Donnerstagabend von 8–9 Uhr geöffnet ist, wo auch Beiträge entgegengenommen werden.

Zeugen, welche gesehen haben, wie der Schlosser Paul Gennrich am 18. Juli, abends gegen 7 Uhr am Ringbahnhof in Tempelhof durch Ueberfahren durch die Elektrische verunglückte, werden gebeten, ihre Adresse an Klara Gennrich, Kastanien-Allee 86, zu senden.

Feuerwehrnachrichten. In der letzten Nacht wurde die Feuerwehr wegen einer Gasvergiftung nach der Mittenwalder Straße 19 gerufen. Leider zu spät. Eine Frau war schon tot und Wiederbelebungsversuche erfolglos. Gleichzeitig erfolgte ein Alarm nach dem Exerzierplatz an der Schwedter Straße. Der Zaun mit der Hecke war dort in Brand gesteckt worden. Möbel, Gardinen usw. wurden in der Brunnenstraße 7 und anderen Stellen ein Raub der Flammen. Teerdächer brannten Hohenstaufenstraße 64, Elisabethufer 7, Claudiusstraße 17 und anderen Orten. In der Katzbachstraße 3 mußte ein Bodenbrand gelöscht werden. Hausrat brannte dort. Ein Kellerbrand wurde aus der Linienstraße 23 gemeldet. Stroh und anderes war dort in Brand geraten. Der 1. Zug rückte nach der Landsberger Allee 146 aus, wo schon eine Stunde vor Ankunft unter entsetzlichem Geruch Fleisch in einem Topf brannte. In der Paulstraße 16 wurde die Leinewandbekleidung eines Balkons ein Raub der Flammen.

Vorort-Nachrichten.

Wohnungswesen in Wilmersdorf.

Während anderswo die Bautätigkeit im vorigen Jahre beträchtlich abgenommen hat, ist in Wilmersdorf nach dem soeben herausgegebenen amtlichen „Bericht über Bautätigkeit und Wohnungsproduktion" von einem Rückgange kaum etwas zu merken gewesen. Im Jahre 1906 entstanden hier 144 Neubauten mit 2910 Wohnungen und 62 Gewerberäumen ohne Wohnung; im Jahre 1907 wurden hergestellt 189 Neubauten mit 2952 Wohnungen und 65 Gewerberäumen. Es verdient Beachtung, daß die Produktion kleiner Wohnungen um ein geringes zugenommen hat, wohingegen die der mittleren Wohnungen zurückgegangen ist. Wohnungen von einem Zimmer wurden hergestellt in Prozenten aller am Ort entstandenen neuen Wohnungen 1906: 8,41, 1907: 8,55. Bei Wohnungen von zwei Zimmern sind die entsprechenden Zahlen 31,55 und 32,79. Die Wohnungen von drei Zimmern sind hingegen von 22,90 auf 17,28 Proz. zurückgegangen. Das seit Jahren forzierte Streben, durch Niederreißen der alten Häuser die Arbeiterschaft aus dem Ort herauszudrängen, machte sich so stark geltend, daß ein erheblicher Mangel an kleinen Wohnungen eintrat. Dem Bedürfnis ist allerdings noch nicht entfernt genügt worden, so daß der kürzlich von uns an die Gemeinde gerichtete Appell, mit dem Bau von Arbeiterwohnungen vorzugehen, nach wie vor seine volle Berechtigung hat. Bedauerlicherweise scheint die Güte der kleinen Wohnungen sich verringert zu haben, denn während von den 1906 errichteten Gelassen von 1 und 2 Zimmern 51,45 Proz. Badeeinrichtung hatten, wiesen unter den 1907 errichteten kleinen Wohnungen nur 30,26 Proz. diesen Vorteil auf. Auch die Anschlüsse solcher Wohnungen an Zentralheizungen sind von 23,11 auf 19,96 Proz. zurückgegangen. Warmwasserversorgung hatten von den 1907 erbauten Wohnungen 36,71 Proz., elektrisches Licht 30,80 Proz., einen Fahrstuhl 8,58 Proz., einen Staubsauger 1,88 Proz. Bei größeren Wohnungen bürgern sich diese Bequemlichkeiten immer mehr als Regel ein; so wiesen von den im vorigen Jahre erbauten Wohnungen von 5 und mehr Zimmern 92,64 Proz. elektrisches Licht auf, 82,46 Proz. hatten Anschluß an Zentralheizung, 90,95 Proz. hatten Warmwasserversorgung, 75,53 Proz. Fahrstuhlverbindung und 43 Proz. einen Staubsauger. Allen diesen Komfort in sich vereinigt hatten 41,02 Proz. aller größeren Wohnungen. Auch an diesen Zahlen tritt die alte Erfahrungstatsache hervor, daß gesunde und bequeme Wohnungen heute noch wesentlich ein Privileg der Besitzenden sind.

Charlottenburg.

In der am Dienstag abgehaltenen Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins erstattete Gehrke Bericht über die Generalversammlung des Kreises Teltow-Beeskow.

Hierauf hielt Genosse Katzenstein einen Vortrag über das Genossenschaftswesen. Seine Ausführungen dienten in der Hauptsache dem Nachweis, daß das Genossenschaftswesen, abgesehen von den materiellen Vorteilen, die es den Beteiligten bringt, eine erzieherische Bedeutung habe, insofern die Mitglieder der Genossenschaften geschult würden zur Selbstverwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten und zur Solidarität. Am Schluß seines Vortrages führte der Redner aus: In Groß-Berlin stehe die Genossenschaftsbewegung erst am Anfang ihrer Entwickelung. Sie könne sehr bedeutend vergrößert und erweitert werden, wenn sich die Arbeiterschaft mehr als bisher an dieser Bewegung beteilige. An die Stelle des Widerstandes, den früher die führenden Parteigenossen in Berlin der Genossenschaftsbewegung entgegensetzten, sei erst eine kühle, in letzter Zeit eine freundliche Neutralität getreten, die sich aber noch mehr in wirkliche Freundschaft umsetzen müsse. Wenn erst, was ja bald geschehen werde, die beiden in Berlin bestehenden Genossenschaftsorganisationen zusammengefaßt seien, und dann eine planmäßige Propaganda entfaltet werde, dann sei damit zu rechnen, daß sich die Konsumgenossenschaft ausdehnt über ganz Groß-Berlin und daß aus den jetzt noch kleinen Ansätzen des Genossenschaftwesens eine ungeheuere Macht werde. Solidarisch mit der Arbeiterbewegung müsse sich die Genossenschaftsbewegung entfalten. Im organisierten Proletariat liege die Stärke der Genossenschaften. Gegen die in manchen Orten herrschende Tendenz, die Genossenschaftsbewegung zu verbürgerlichen, müsse eine starke Macht geschaffen werden, welche eingesetzt wird für Arbeitergenossenschaften. Diese Macht müsse von Berlin ausgehen. Daß die sächsischen Genossenschaften die Führung des Arbeitergenossenschaftswesens übernehmen könnten, daran sei gar nicht zu denken. Wir müßten dafür sorgen, daß die Genossenschaftsbewegung gefördert wird im Interesse einer Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeiter, und weil sie ein Bild des Sozialismus in kleinem Umfange darstellt. Auch müsse die Gefahr vermieden werden, daß eine neue wirtschaftliche Bewegung von der Arbeiterschaft getrennt werde. (Beifall.) — Von einer Diskussion sah die Versammlung ab.

Der Vorsitzende Zietsch nahm hierauf das Wort zur Frage der Budgetbewilligung. Es sagte, der Wahlverein habe bisher noch nicht Gelegenheit gehabt, zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen, es sei aber notwendig, dies noch vor dem Parteitage zu tun. Wenn auch die süddeutschen Regierungen liberaler seien und uns mehr Entgegenkommen zeigen mögen, wie die norddeutschen Regierungen, so sei doch von uns auch in Süddeutschland der Klassenstaat und die Klassenregierung zu bekämpfen. Diese Bekämpfung drücke sich, soweit der parlamentarische Kampf in Frage komme, am vollkommensten aus in der Ablehnung des Budgets, wodurch wir sagen, daß wir in scharfem, grundsätzlichem Gegensatz zur Regierung stehen und ihr deshalb die Mittel zu ihrer Existenz verweigern. Aus diesem Grunde müsse die Frage der Budgetbewilligung in Süddeutschland ebenso behandelt werden, wie in Norddeutschland. Der Redner empfahl folgende Resolution:

Die Versammlung des Wahlvereins Charlottenburg sieht in der Budgetbewilligung der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten in Baden und Bayern einen taktischen Mißgriff, der umso schwerer ins Gewicht fällt, als die Budgetbewilligung durch sozialdemokratische Mitglieder einer gesetzgebenden Körperschaft in der Gegenwart mit den eigentlichen Aufgaben der Sozialdemokratie in schärfstem Widerspruch steht.

Katzenstein sprach für die Annahme dieser Resolution und bemerkte ferner, auf Grund der Lübecker Resolution werde den Landtagsfraktionen die Möglichkeit gegeben, in gewissen Ausnahmefällen für das Budget zu stimmen. Ob ein solcher Ausnahmefall vorliege, das zu entscheiden solle man den betreffenden Fraktionen im Einverständnis mit dem Parteivorstand überlassen. Die von Grunwald und Genossen auf der Generalversammlung von Groß-Berlin beantragte bloße Streichung des letzten Absatzes der Lübecker Resolution sei ein Unding.

Bruno Borchardt sagte, der Ablehnung des Budgets komme die symbolische Bedeutung, die man ihr beilegt, nicht zu. Da die Lübecker Resolution Ausnahmen zulasse und wir nicht wissen können, ob in Baden und Bayern solche Ausnahmefälle vorlagen, so gebe uns die dortige Budgetbewilligung durch unsere Genossen nicht Gelegenheit zum Protest. Weit wichtiger sei es dagegen, das Verhalten des badischen Landesvorstandes gegenüber dem deutschen Parteivorstande auf das schärfste zu rügen.

Habicht befürwortete die Resolution Zietsch und meinte, dieselbe sei noch nicht scharf genug, denn die Budgetbewilligung sei kein taktischer Mißgriff, sondern ein prinzipieller Verstoß.

Katzenstein sagte zu Borchardts Ausführungen: Die Frage der Budgetbewilligung sei von sehr großer Bedeutung. Die Gründe, welche für die Bewilligung in Baden angeführt wurden, seien recht fadenscheinig, und die Bewilligung in Bayern sei ein Verstoß gegen die Lübecker Resolution. Das von Borchardt gerügte Verhalten des badischen Landesvorstandes sei weniger schuldhaft, denn er habe nicht aus eigenem Antriebe gehandelt, sondern die Fraktion habe ihn zum Schweigen verpflichtet.

Hierauf wurde die Diskussion geschlossen und die Resolution Zietsch mit folgendem von Katzenstein beantragten Zusatz gegen einzelne Stimmen angenommen:

Die Versammlung erachtet es für notwendig, die Frage, ob unter besonderen Umständen ausnahmsweise durch eine sozialdemokratische Fraktion einem Budget zuzustimmen ist, nicht durch die beteiligte Fraktion allein, sondern auch durch den Vorstand der Gesamtpartei entschieden wird. Zu diesem Zweck, sowie zur Vermeidung sonstiger Mißhelligkeiten erscheint es geboten, zu allen wichtigen politischen Veranstaltungen, als Fraktionszusammenkünfte und dergleichen, den Parteivorstand einzuladen.

Wilmersdorf.

Die Blisse-Stiftung. Außer dem Mosseschen Erziehungsheim wird in Wilmersdorf nächstens noch eine große Waisenanstalt erstehen, nämlich die Blisse-Stiftung, deren Vermögen aus dem Nachlaß eines der Wilmersdorfer Millionenbauern stammt. Die am 20. August 1907 verstorbene Witwe Blisse hat letztwillig verfügt, daß von dem Vermögen ihres Mannes 500 000 M. zur Erbauung eines Waisenhauses auf dem Grundstück Wilhelmsaue 116 in Wilmersdorf verwendet werden, wohingegen aus dem Zinsertrage von 2 1/2 Millionen Mark die Anstalt eingerichtet und fortgeführt werden soll. Während die Mosse-Stiftung aber von religiöser Beschränktheit nichts weiß, steht die Blisse-Stiftung auf dem Standpunkt orthodoxer Voreingenommenheit. Im § 8 der jetzt veröffentlichten Satzungen der Anstalt ist bestimmt, daß nur solche Waisen aufgenommen werden dürfen, die Kinder christlicher Eltern sind und auf rein evangelischer Grundlage erzogen werden sollen; ausdrücklich ist ferner vermerkt, daß die Kinder getauft und geimpft sein sollen. Die für gottgefällig gehaltene Anschauung vieler Frommen, daß Wohltaten sich nicht auf Andersgläubige und Ungläubige erstrecken dürfen, kommt in dem Statut mithin besonders kraß zum Ausdruck. Die Zahl der in die Anstalt aufzunehmenden Knaben und Mädchen soll zwischen 20 und 50 betragen.

Weißensee.

Das „vergessene" Knäblein. Einen eigenartigen Gast erhielt gestern ein Restaurant in der Langhansstraße in Weißensee. Eine junge Frau, die dort ein Glas Bier getrunken hatte, ließ bei ihrem Weggange ein Paket auf dem Tisch zurück. Als dann der Wirt das Paket etwas näher in Augenschein nahm, machte sich ihm darin ein recht verdächtiges Geräusch bemerkbar. Er öffnete es und fand nun zu seinem Erstaunen ein lebendes Kind darin. Schleunigst schaffte er das ausgesetzte Kind nach der Polizei, die nun nach der Mutter fahndet.

Der bürgermeisterliche Schuldner. Die Gemeinde muß einen recht hartnäckigen Schuldner vor Gericht laden, und zwar handelt es sich um den früheren juristischen Hilfsarbeiter, jetzigen Bürgermeister von Liebenwalde, Herrn Dr. Albert, in Arbeiterkreisen bekannt als kommissarischer Verwalter der Ortskrankenkasse während der Konfliktszeit. Dieser Herr hatte im vergangenen Jahre von dem der Gemeinde gehörigen Rieselgute Birkholz mit noch anderen Beamten drei Zentner Kartoffeln im Werte von 9 M. bezogen, hatte jedoch das Bezahlen vergessen und wurde nunmehr des öfteren gemahnt, aber der Herr Bürgermeister von Liebenwalde hat bis heute noch keine Lust, seine Schuld zu zahlen, was er in einem großen Schreibebriefe auch dem Gemeindevorstande mitteilt, weil nach seiner Meinung die Kartoffeln nichts taugten und höchstens einen Wert von 7,50 M. hatten; einer Klage sieht er mit Ruhe entgegen. Anstatt die angeblich schlechten Kartoffeln zurzeit zur Verfügung zu stellen, wie es im geschäftlichen Leben üblich ist, müssen dieselben dennoch den hohlen Juristenmagen gefüllt haben und nach Ansicht der Finanzkommission auch gut bekommen sein, denn diese hat beschlossen, auf Zahlung des vollen Preises der Kartoffeln zu klagen.

Steglitz.

Das „gebildete" Steglitz. Nächst dem behördlichen Boykott ist es meistens die Befürchtung, daß das „bessere" Publikum sich zurückzieht, was die Besitzer größerer Lokale in den Vororten veranlaßt, ihre Säle den Sozialdemokraten zu verweigern. Das honette Bürgertum will nicht mit dem „ungebildeten Plebs" unter einem Dache hausen und deshalb müssen viele Lokalbesitzer, die aus rein geschäftlichem Interesse ganz gern auch die Groschen der Arbeiter nehmen würden, dem Rechnung tragen und ihre Säle sozialistenrein halten. Wie in Wirklichkeit die Bildung der ehrbaren Bürger und ihrer werten Familienangehörigen beschaffen ist, das erzählt uns in drastischer Weise ein Herr Jablonski im gutbürgerlichen „Steglitzer Anzeiger". Der Herr hat seine Studien in dem von der Steglitzer Arbeiterschaft gesperrten und deshalb doch wohl zweifellos arbeiter- und sozialistenreinen „Albrechtshof" gemacht. Er schreibt u. a.:

„Menschen ist der Eintritt gestattet", ein solches Plakat würde zum mindesten Exemplare der Gattung homo sapiens daran erinnern, daß sie sich in öffentlichen Lokalen anständig zu benehmen haben. Man kann schließlich über die Darbietungen der Hamburger Sänger oder des Theaterensembles im „Albrechtshof" denken wie man will, eins aber kann man verlangen, daß sich die Besucher, so schwer es ihnen auch fallen mag, zur Gesittung zwingen. Man sehe sich nur einmal im Saale um: da läßt Frau Meyer die Frau Schulze in ihren weit geöffneten Mund schauen, damit sie sich von der Größe und Kostspieligkeit der Goldplomben überzeuge, und nebenan streitet man sich, ob Dillsauce besser zum Hecht passe als Buttersauce; einige junge Leute wiederum können nicht umhin, durch lautes unflätiges Reden und Zuwerfen von Kußhänden die Aufmerksamkeit gewisser Damen auf ihr ultimokavaliermäßiges, pomadisiertes Aeußere zu lenken, um so fortgesetzt ein Verstehen der Darbietungen in dem ohnedies schon akustisch unzulänglichen Saale unmöglich zu machen.

Ist es ferner unbedingt notwendig, daß Kinder, die kaum 10 Jahre alt sind, zu solchen Veranstaltungen mitgenommen werden? Leuchtet es denn den Menschen, denen die Erziehung von Kindern überantwortet ist, nicht ein, daß eine Zote, mag sie auch noch so sehr in Zucker eingewickelt sein, verrohend wirken kann? Man braucht durchaus kein Synodale zu sein, um solchem — Unfug das Wort zu reden. Hinzu kommt noch, daß diese Kinder auch dem sich anschließenden Tanz zusehen dürfen, damit ihnen ja frühzeitig das Gefühl für den Rhythmus abhanden kommt; oder ist jemand so dreist zu behaupten, die Art und Weise, in der bei solchen Gelegenheiten dort getanzt wird, habe Anspruch auf Aesthetik? Ganz zu schweigen ist von den lauten, schamlosen Bemerkungen, mit denen das eine oder das andere tanzende Paar bedacht wird."

Wenn der Herr seine bürgerlichen Klassengenossen richtig gezeichnet hat — und wir haben keinen Grund, daran zu zweifeln —, dann gönnen wir dem „Albrechtshof" sein gutes und besseres Publikum ohne Neid. Es wäre schade, wenn er's verlieren würde.

Köpenick.

Hilflos ertrunken. Beim Spiel hat das dreijährige Töchterchen des Töpfers Kuppler aus der Luisenstraße 11 in Köpenick den Tod gefunden. Die Kleine war mit anderen Kindern an das Ufer der Spree gegangen, um zu spielen. Beim Herumklettern auf einem schmalen Steg verlor sie das Gleichgewicht und stürzte in die Spree. Anstatt nun Hilfe herbeizurufen, rannten die anderen Kinder davon und überließen die kleine K. ihrem Schicksal. Hilflos mußte das bedauernswerte Geschöpf ertrinken.

Versammlungen.

Die Versicherungsangestellten und die Organisation.

Trotzdem die Lage der in den Versicherungsgesellschaften beschäftigten Angestellten eine so überaus traurige ist, ist es bisher nicht möglich gewesen, eine erhebliche Anzahl dieser Angestellten zu organisieren. Selbstverständlich haben hiervon die Versicherungsgesellschaften den größten Vorteil. Um nun dieses patriarchalische Verhältnis auf recht lange Zeit zu erhalten, soll ein „Verband deutscher Versicherungsbeamten" unter Protektion der Direktionen Anfang September d. J. in München gegründet werden. Die Leitung liegt vorläufig in den Händen eines lokalen Versicherungsangestellten-Vereins in München.

Zwecks Gründung einer Ortsgruppe in Berlin hatten sich deshalb einige Herren von dort aus hier eingefunden und eine Versammlung nach dem Architektenhaus einberufen. Eine Bureauwahl gab es natürlich nicht. Einer der Herren versuchte die Notwendigkeit zur Gründung eines derartigen Verbandes durch Vorlesung eines Zeitungsartikels und des Statutenentwurfs nachzuweisen. Die ganze Gründung steht auf dem Boden der Harmonielehre. Durch Handinhandarbeiten mit den Direktionen (die als „stiftende" Mitglieder beitreten können) soll das auf „nationaler" Grundlage aufzubauende Vereinchen „die Hebung des Standes" der deutschen Versicherungsangestellten, die Pflege der Kollegialität und des „Standesbewußtseins", sowie die Unterstützung der Mitglieder und deren Hinterbliebenen bezwecken.

Natürlich sind die Unterstützungen sowie die Höhe derselben ganz in das Belieben des Vorstandes gestellt. In der anschließenden Diskussion zerstörte der Vorsitzende des Verbandes der Bureauangestellten, Giebel, die Illusionen dieser Herren derartig, daß sie an ein Wiederkommen in Berlin wohl vorläufig nicht mehr denken werden. Er führte in großen Zügen den Versammelten vor Augen, daß die Hebung des Standes von selbst komme, wenn man in ersten Linie versuche, die wirtschaftliche Lage der Angestellten zu bessern. Dies kann natürlich nicht durch einen derartigen Verein und durch das Zusammenarbeiten mit den Unternehmern geschehen, sondern nur durch eine gewerkschaftliche Kampforganisation.

Als Redner nun etwa eine Stunde in diesem Sinne gesprochen hatte, rückten die Herren am Vorstandstische hin und her; so etwas war ihnen anscheinend noch nicht vorgekommen. Zu einer Widerlegung der Ausführungen waren die Herren nicht imstande; der Vorsitzende konnte nur mit Mühe und Not hervorstammeln, daß Kampforganisationen noch nichts erreicht hätten. Julius Cohn wies darauf hin, daß der Verband der Bureauangestellten, obgleich er eine Kampforganisation sei, den Abschluß eines Tarifvertrages zwischen den Krankenkassen Deutschlands und deren Angestellten erreicht habe und erläuterte dann noch den Begriff „national", mit dem sehr viel Unfug getrieben werde.

Endlich erschien einer der Anhänger der Einberufer auf dem Plan und meinte, daß die Idee der Verbandsgründung doch nicht so schlecht sei; wenn die Veranstalter in dieser Versammlung schlecht abschnitten, so läge es eben daran, daß unter ihnen keine Redner wären. Nachdem er dann unzählige Male betont hatte, daß er nicht reden könne, rief er unter dem brausenden Gelächter der Versammelten aus: „Na, wenn Sie alle Ihre Verbände haben, weshalb sollen wir nicht auch einen Verband gründen können?"

Giebel brachte dann eine Resolution ein, wonach die Versammelten erklären, daß sie die Gründung eines Verbandes der Versicherungsangestellten Deutschlands für überflüssig halten und die Entsendung eines Delegierten nach München ablehnen. Der Vorsitzende war jedoch trotz einer halbstündigen Geschäftsordnungsdebatte nicht zu bewegen, irgendeine Abstimmung vorzunehmen. Die Anwesenden verließen darauf auf die Aufforderung von Giebel demonstrativ den Saal, so daß nur noch die Einberufer mit acht ihrer Getreuen den Saal zierten.

Die Versicherungsangestellten mögen hieraus die Lehre ziehen, daß es für sie die höchste Zeit ist, sich dem Verbande der Bureauangestellten (Bureau: Linienstr. 8 II) anzuschließen, um so für menschenwürdige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu kämpfen.

Deutscher Arbeiter-Abstinenten-Bund. Ortsgruppe Berlin. Freitag abend 8 1/2 Uhr, im Englischen Hof, Neue Roßstr. 3: Vortrag.
Verband der Friseurgehilfen Deutschlands. (Zweigverein Berlin und Vororte.) Donnerstag, 3. September 1908, abends 9 1/2 Uhr Rosenthaler Straße 11/12: Generalversammlung.
Lese- und Diskutierklub „Wilhelm Liebknecht". Sitzung heute abend 8 1/2 Uhr bei Buhl, Danziger Str. 83.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. **Marktlage: Fleisch:** Zufuhr schwach, Geschäft still, Preise unverändert. **Wild:** Zufuhr mäßig, Geschäft gut, Preise wenig verändert. **Geflügel:** Zufuhr etwas über Bedarf, Geschäft still, Preise wenig verändert. **Fische:** Zufuhr mäßig, Geschäft etwas lebhafter, Preise für Hechte etwas anziehend, sonst wenig verändert. **Butter und Käse:** Geschäft lebhaft, Preise unverändert. **Gemüse, Obst und Südfrüchte:** Zufuhr meist reichlich, besonders in Pflaumen, Geschäft schleppend, Preise gedrückt.

Witterungsübersicht vom 2. September 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5° C. = 4° R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5° C. = 4° R.
Swinemde.	744	SSW	7	Regen	11	Haparanda	750	S	2	halb bd.	10
Hamburg	746	WSW	4	wolkig	12	Petersburg	754	SO	1	Nebel	10
Berlin	748	SW	6	bedeckt	13	Scilly	762	WNW	4	wolkig	14
Frankf. a. M.	756	SW	6	bedeckt	13	Aberdeen	754	W	3	wolkenl.	8
München	759	SW	7	bedeckt	13	Paris	761	SW	2	halb bd.	13
Wien	757	W	3	Regen	16						

Wetterprognose für Donnerstag, den 3. September 1908.

Ziemlich kühl, zeitweise heiter, jedoch sehr unbeständig mit Regenschauern und starken, später abnehmenden westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 1. 9. cm	seit 31. 8. cm¹)	Wasserstand	am 1. 9. cm	seit 31. 8. cm¹)
Memel, Tilsit	197	+7	Saale, Grochlitz	118	−8
Pregel, Insterburg	−6	0	Havel, Spandau²)	47	0
Weichsel, Thorn	142	+6	„ Rathenow²)	26	0
Oder, Ratibor	243	+108	Spree, Spremberg²)	—	—
„ Krossen	103	−1	„ Beeskow	79	0
„ Frankfurt	111	+5	Weser, Münden	−30	−2
Warthe, Schrimm	42	−4	„ Minden	18	+14
„ Landsberg	18	0	Rhein, Maximiliansau	—	—
Netze, Vordamm	−7	+2	„ Kaub	201	0
Elbe, Leitmeritz	−56	0	„ Köln	213	0
„ Dresden	−170	−4	Neckar, Heilbronn	60	−5
„ Barby	76	+5	Main, Wertheim	—	—
„ Magdeburg	93	+6	Mosel, Trier	74	+5

¹) + bedeutet Wuchs, — Fall, — ²) Unterpegel.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 3. September.

Anfang 7½ Uhr.

Königl. Opernhaus. Die Meistersinger von Nürnberg. (Anfang 7 Uhr.)
Königl. Schauspielhaus. Prinz Friedrich von Homburg.
Deutsches. Des Meeres und der Liebe Wellen.
Kammerspiele. Gespenster. (Anfang 8 Uhr.)

Anfang 8 Uhr.

Lessing. Rosenmontag.
Neues. Außerhalb der Gesellschaft.
Neues Schauspielhaus. Judith.
Kleines. 2×2=5.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Residenz. Der Floh im Ohr.
Hebbel. Frau Warrens Gewerbe.
Lustspielhaus. Die blaue Maus.
Trianon. Fräulein Josette — meine Frau.
Westen. Ein Walzertraum.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Der Richter von Zalamea.
Schiller Charlottenburg. Das Stiftungsfest.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Egmont.
Luisen. Flachsmann als Erzieher.
Thalia. Das Mitternachtsmädchen.
Bernhard Rose. Das bemooste Haupt.
Metropol. Geschlossen.
Apollo. Vera Violetta. Spezialitäten.
Gebrüder Herrnfeld. Das kommt davon. Vorher: Es lebe das Nachtleben.
Passage. Spezialitäten.
Folies-Caprice. Die lästige Witwe. Die Brautschau.
Berliner Prater. Die Welt ein Paradies. (Anf. 7 Uhr.)
Carl Haverland. Spezialitäten.
Gustav Behrens. Die Guldenprinzessin. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig.
Sternwarte, Invalidenstr. 67/69.

Hebbel-Theater.
Königgrätzer Str. 57/58. Anf. 8 Uhr.
Frau Warrens Gewerbe.
Freitag z. erstenmal: Der Liebhaber.
Sonnabend u. Sonntag: Der Liebhaber.

Neues Theater.
Außerhalb der Gesellschaft.
Anfang 8 Uhr.
Morgen u. folgende Tage: Außerhalb der Gesellschaft.

Theater des Westens.
Allabendlich 8 Uhr:
Ein Walzertraum.
Operette von Oskar Strauß.
Sonntag, 6. September, nachm. 3½ Uhr, zu halben Preisen: Die lustige Witwe.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Flachsmann als Erzieher.
Freitag: Helga.
Sonnabend: Staatsanw. Alexander.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die blaue Maus.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Donnerst., 3. September, Anf. 8 Uhr:
Egmont.
Freitag zum erstenmal: Als ich wieder kam.
Sonnabend: Egmont.

Parodie-Theater
Dresdener Straße 97.
Heute:
Cavalleria-Rusticana und die urkomische Burleske **„Berlin steht Kopp".**
Anfang Sonnt. 8, Wochent. 8½ Uhr.

Gebrüder Herrnfeld-Theater.
Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57
Das kommt davon!
mit dem Vorspiel:
Es lebe das Nachtleben.
Komödie in 3 Akten von **Anton und Donat Herrnfeld.**

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Ueber den Brenner nach Venedig.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich nachm. 4 Uhr:
Gr. Militär-Doppel-Konzert
Eintritt 1 M.,
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.,
Kinder unter 10 Jahren
— — die Hälfte. — —

Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Neu einstudiert! Anfang 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten v. A. J. Willner.

Schiller-Theater.

O. (Wallner-Theater.)
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Der Richter von Zalamea.** Schauspiel in 3 Aufzügen von Calderon de la Barca.
Freitag, abends 8 Uhr: **Stein unter Steinen.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Der Herr Ministerialdirektor.**

Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Das Stiftungsfest.** Schwank in 3 Akten von Gustav von Moser.
Freitag, abends 8 Uhr: **Der Herr Ministerialdirektor.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Hans Huckebein.**

Brauerei Friedrichshain Oekonom: **Ernst Liebing, früher Lipps, Am Königstor.**
Vom 3. September 1908 ab auf kurze Zeit täglich:
Großes bayerisches Keller-Fest
nach Sitten und Gebräuchen des
Münchener Oktoberfestes.
Orig. bayr. Königskapelle, die Untersberger, die bayr. Schrammeln in Heimatstracht. — Gr. Fest-Aufführungen. Belustigungen jegl. Art. — Gr. Prämiierungen sowie Gratisverlosungen. Bedienung durch ca. 30 oberbayr. Madln in Heimatstracht. Anf. 5 Uhr. Entree Wochentags 20 Pf. — Bei ungünstiger Witterung im großen Saal. Von 4—6 Uhr Kaffeekonzert bei freiem Entree.

Freie Volksbühne

im
Neuen Schauspielhaus • Lessing-Theater
Thalia-Theater • Herrnfeld-Theater.
Aufführungen:
Die Kinder der Exzellenz.
Die versunkene Glocke.
Te Deum. □ Julius Cäsar.
□□□ Faust. □ Judith. □□□
In Vorbereitung: **Rabagas** von Viktor Sardou.

Der Anfang der Faust-Vorstellungen mußte auf **7** Uhr ausnahmsweise festgesetzt werden wegen der fünfstündigen Dauer der Aufführung. Alle anderen Abendvorstellungen beginnen um **8** Uhr.

Einige neue Mitglieder können sich noch in den Zahlstellen melden.

Der Vorstand.
241/14 In Vertr.: G. Winkler.

Residenz-Theater.
— Direktion: **Richard Alexander.** —
Zum Besten der Abgebrannten in Donaueschingen. Zum 100. Male:
Der Floh im Ohr.
Schwank in 3 Akten von G. Feydeau. Deutsch von Wolff-Jacoby.
Morgen und folgende Tage: **Der Floh im Ohr.**

WINTER GARTEN
Eröffnungs-Programm.
The Zancigs — Joseph Josephi, Sänger — **Ephraim Thompson,** dressierte Elephanten — **Okabe,** Japaner-Truppe — **Die 5 Mowatts,** Keulen-Jongleure — **Die 12 Tiller-Girls,** engl. Gesangs- u. Tanztruppe — **Cornalia und Eddie,** amerikanische Exzentriks — **Der Zukunftspreis,** Wettrennen m. lebenden Pferden. **Karl Hertz,** Zauberkünstler. **Boyer de Lafory,** französ. Sängerin. **Der Biograph.**

BERNHARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurter Str. 132.
Das bemooste Haupt.
Anf. 8 Uhr. Wochentagspr.
Auf der Gartenbühne:
Ben-Ali-Bey. — Gartenkonzert. Drosers künstl. Menschen. Anf. 5 Uhr.

Sanssouci, Kottbuser Straße 6.
Direktion **Wilhelm Reimer.**
Heute Donnerstag:
Erstklassige Nummern.
Gr. Elite-Soiree Tanz-Kränzch.
von
Hoffmanns Nordl. Sänger
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.
Der große Theatersaal ist noch für einige Mittwoche zu vergeben.

Lortzing-Theater
Belle-Alliancestraße 7/8.
Heute 8 Uhr:
Gastspiel **Hedwig Lange.**
Zaza. 152/15*

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree.
Der Riese aller Riesen
Pisjakoff
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Na endlich!
Pariser Extravagans mit
Paulette van Roy
und das kolossale
Eröffnungsprogramm
14 erstklassige Spezialitäten.

Metropol-Theater
Wegen Vorbereitung zur neuen
Jahresrevue v. Julius Freund
Musik von Paul Lincke
— bleibt das Theater bis inkl. —
Freitag, den 4. September, geschlossen.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr: **Die neuen Sensations-Attraktionen.** U. a.:
Trilby und Svengali?
Kunst und Mysterium.
Paul Spadoni
der König der Kraftathletik. 9½:
Vera Violetta.

Reichshallen-Theater
Täglich:

Stettiner Sänger.
Anf. Wochentl. 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Reichshallen-Garten und Restaurant: Militär-Konzert.

Brunnen-Theater
Badstraße 58. Direkt.: Willi Voigt.
Täglich:
Der Fluch des Goldes.
Erstklassige Spezialitäten.
The Heros Kurt Ellys
Paul Coradini, Mr. King and Miß Cocko
Büglers 8 wilde Königslöwen.
Vorverkauf von 10 Uhr ab.
Sonnabend, 5. September: Große Benefizvorstellung für das Schauspielpersonal: „Mit vollen Segeln."

Walhalla-Konzert-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Anfang 8 Uhr.
Das vollständig neue September-Programm. — Erstklassige Spezialitäten.

Bund zur Aufklärung
von Deutschlands Frauen und Mädchen.

Der Zudrang zu Frl. **Kube's** Vorträgen war bisher stets ein gewaltiger, so daß schon häufig um ½8 Uhr der Saal polizeilich geschlossen werden mußte, und Hunderte von Frauen fanden keinen Einlaß. Da die neuen Vorträge eine wertvolle Ergänzung zu den bisher gehaltenen bilden und auch neue Lichtbilder vorgeführt werden, so sollte keine Frau, kein Mädchen versäumen, diese Vorträge anzuhören. Dieselben sind häufig von einschneidender Bedeutung für die Zukunft, wie dies viele Zuschriften beweisen.

Großer wissenschaftlicher
Lichtbilder-Vortrag
nur für Damen

Montag, den 7. September: „Ballschmieder", Berlin N., Badstr. 16.
Dienstag, den 8. September: „Sanssouci", Berlin SO., Kottbuser Str. 6.
Mittwoch, den 9. September: „Deutsches Wirtshaus", Rixdorf, Bergstr. 136/137.
Donnerstag, den 10. September: „Brauerei Königstadt", Berlin N., Schönhauser Allee 10/11.
Freitag, den 11. September: „Unionsbrauerei", Berlin S., Hasenheide 22/31.
Montag, den 14. September: „Prachtsäle des Westens", Berlin W., Spichern-Str. 3.
Dienstag, den 15. September: „Germania-Prachtsäle", Berlin N., Chausseestr. 110.
Mittwoch, den 16. September: „Elysium", Berlin O., Landsberger Allee 40/41.
Donnerstag, den 17. September: „Prachtsäle Nord-West", Berlin NW., Wiclefstr. 24.
Freitag, den 18. September: „Kellers Festsäle", Berlin O., Koppenstr. 29.
Montag, den 21. September: „Prachtsäle des Ostens", Berlin O., Frankfurter Allee 151/152.
Dienstag, den 22. September: „Markgrafensäle", Berlin O., Markgrafendamm 34.

Minna Kube
Privatgelehrte,
spricht über:
Vom Urtier zum Menschen.

Menschenzüchtung. Die physische Veredelung der Rasse. Welche Kinder lassen sich von einer Mutter erwarten, die um einen elenden Lohn in einer Fabrik Tag für Tag einer geisteстötenden maschinellen Beschäftigung sich hingibt?

Vorbereitung zur Mutterschaft.
Mutterschaftskurse.
Die Gefahren der Mutterschaft.
Das Weib als Mutter.
Das Weib als Amme.
Was sagen die Aerzte zur Beschränkung der Kinderzahl?
Wann ist sie gesetzlich erlaubt?
Ein dunkler Punkt im Leben der modernen Frau.
Staatskinder oder Mutterrecht.
„Das Recht auf die Mutterschaft", eine Forderung zur Bekämpfung der Prostitution, der Frauen- und Geschlechtskrankheiten. 200 Tausend uneheliche Kinder in Deutschland.
Das neue Mutterrecht und die veränderte Lösung des sozialistischen Gedankens.
Die Hygiene der Liebe. Die Früchte der Liebe.
Das Weib in der Liebe.
Von den Schönheiten des Weibes.
Von den Krankheiten der Frauen und Mädchen.

Eintritt 50 Pfg.
Jede Frau erhält wertvolle Aufklärung für ihr ganzes fernere Leben! Nur für Frauen und Mädchen über 18 Jahre!
Geschäftsstelle des Bundes: **Charlottenburg, Mommsenstraße 20.**

Folies-Caprice
Durchschlagender Erfolg!
Die lästige Witwe.
Die Brautschau. — Bunter Teil.
Vorverkauf von 11—2 Uhr an der Theaterkasse.

Berliner Prater-Theater
Kastanien-Allee 7—9.
Berlin wie es weint und lacht.
Volksstück mit Ges. in 3 Akten und erstklassige Spezialitäten.
Anf. Sonnt. 4 Uhr, Wochent. 4½ Uhr.
Im Saale: **Täglich gr. Ball.**

Palast-Theater
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bhf. Börse.
Größtes
Spezialitäten-Theater Berlins
1 3000 Personen fassend 3000 1
Sonnabend, den 5. September 1908, 8 Uhr:
Beginn der 14. Wintersaison!
Das erstklassige
Eröffnungsprogramm
12 Attraktionen 12
Der Seekadett.
Singspiel in 2 Akten.
Galerie 30 Pf.

Gustav Behrens-Theater, Goltzstr. 9.
Neu! Neu! Neu!
Am Strande von Helgoland.
Ausstattungs-Operette.
Wiederaufreten von **Gustav Behrens** und 10 erstklassige Spezialitäten.
Dudkes Kinematograph.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Famille
August Knoche.
Berliner Gesangsposse in 3 Akten.
August Knoche: Dir. Hans Berg.
Vorher d. glänzende Eröffnungsprogr.
Sonntag 4 Uhr: Der Brandstifter. Hochzeitsreise.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Heute: **Geschlossen.**
Sonnabend, den 5. September 1908:
Eröffnung der Winter-Spielzeit!
Zum erstenmal:
Fremdes Blut.
Schauspiel.

Fröhels Allerlei-Theater.
Schönhauser Allee 148.
Täglich:
Mit vollen Segeln
Lebensbild in 3 Akten.
Dazu
erstklassige Spezialitäten.

Volksgarten-Theater
— am Bahnhof Gesundbrunnen. —
Heute:
Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Neues Riesen-Programm.
„Alt-Heidelberg die feine."
Ab. 9½ Uhr: Gadbin II, Todessturz.

Stadt-Theater Moabit.
Festsäle d. Berliner Kronenbrauerei.
Alt-Moabit 47-49.
Donnerstag, den 3. September:
Der Bureaukrat.
Lustspiel in 4 Akten v. G. v. Moser.
Anf. der Vorst. 8, Konzert 7½ Uhr.
Kassenöffnung 7 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Tanz.**

Laskwitz- Berliner
Lotterie.

Ziehung 6. Oktbr. 1908.
50000 Lose — 485 Gewinne i. W. v. zus. Mark

10 000

1 Hauptgewinn i. W. v. Mark

5 000

und 484 Gew. i. W. v. zus.

5 000

Kleinster Gewinn i. W. v. 5 Mk.

Lose à 50 Pf., 11 Lose nur 5 Mk. (Porto u. Gewinnliste 20 Pf. extra) sind in allen Lotteriegeschäften u. den durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen zu haben sowie beim General-Debit

Paul Steinberg & Co.
G. m. b. H., Bankgeschäft
Berlin C. 54, Rosenthalerstr. 11-12.

Fritz Wilkes Festsäle 500 Personen fassend, großartige Bühne, vollständig neu renoviert, 19. Sept., 3. u. 24. Okt. sowie mehrere Sonnabende und Sonntage in diesem und nächstem Jahre unter kulantesten Bedingungen noch zu vergeben. **Brunnenstr. 188.** am Rosent. Tor. III. 4885. 4142B*

Zur Einsegnung

Schwarze, weisse u. farbige Kleider
aus wollenen Stoffen mit Spachtel-u. Bortengarnierg. 15, 20, 25 M.

Jackette u. Paletots
8, 10, 12 M.

Elegant verarbeitet. **Kostüm-Röcke** Neueste Schnitte.
aus prima Satintuch 9, 12, 15, 18 M. | aus englischen Stoffen 3, 6, 10, 15 M.
Ein groß. Posten gefütterte wollene Blusen 3.50 M.
Tüll-, Spitzen- und seidene Blusen.
Jackett- und Paletotkleider 10, 15, 20 M.

Sielmann & Rosenberg
Kommandanten-, Ecke Lindenstr.
2 Häuser vom Dönhoffplatz. 12 Schaufenster

Singer Nähmaschinen.
Einfache Handhabung! 34982*
Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!

Weltausstellung Paris 1900: **Grand Prix** Weltausstellung St. Louis 1904.

Unentgeltlicher Unterricht, auch in moderner Kunststickerei.
Elektromotore für Nähmaschinenbetrieb.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Berlin W., Leipzigerstr. 92. Filialen in allen Stadtteilen

Gardinen-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin, Oranienstr. 158

Riesen-Auswahl!
Abgepaßte Fenster = 2 Flügel
a Fenster 2,50, 3,35, 4,85 — 150 M.
Ganze Stücke = 22 Meter Länge
a Stück 9,50 — 11, 16 — 48 M.
Gardinen, Portieren, Stores, Vitragen, Tüllbettdecken usw.
Einzelne Fenster spottbillig!
Pracht-Katalog mit ca. 600 Abbildungen
gratis und franko. *

Möbel Schulz
Reichenberger Str. 5.
Gediegene Arbeit.
Aeußerst billige Preise.
Auch 39042*
Ratenzahlung.

„Herbstoli"

Zigaretten sind nicht ihr Gewicht in Gold wert, aber sie erwerben sich durch hervorragend würzigen und doch milden Geschmack und herrliches Aroma stets neue Anhänger. 1243b*

Heute früh
8 Uhr

kannte noch niemand unsere außergewöhnlich billigen Preise. Wir empfehlen getragene

Monatsgarderobe

in feinsten Werkstätten gearbeitet, von Herrschaften, Doktoren, Kavalieren nur Wochen gebrauchte

Monats-Anzüge 7, 10, 14, 18 Mk.
Monats-Paletots 5, 8, 12, 16 Mk.

J. Wand, Hauptgeschäft: Große Frankfurter Str. 116.
2. Geschäft: Chausseestr. 89
3. Geschäft: Chausseestr. 86
Bekanntestes Spezialgeschäft für Monatsgarderoben Berlins.

Für Wäscher.
Gebrauchte Schleuder für Handbetrieb zu kaufen gesucht.
Offert m. Preis Max Müller, postlagernd Gr. Lichterfelde/Berlin.

Hygienische Bedarfsartikel. Neuest. Katalog m. Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. fr.
H. Unger, Gummiwarenfabrik
Berlin NW., Friedrichstrasse 91/92

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Verbrechen und Prostitution als soziale Krankheitserscheinungen von Paul Hirsch. Preis 2,— Mark, geb. 2,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 264/11*

Installateure und Händler kaufen Bronzegaskronen, Zugampeln, Gasbeleuchtungs-Gegenstände, Hängegasbrenner allerbilligst Großhandlung Alte Jakobstraße 125. Geschäftsleuten Engrosrabatt. 1004K*

Steppdecken spottbillig. Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 2993K*

Nähmaschinen. Vergüte bis 20,00 wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Postkarte. Brauser, Frankfurter Allee 101, Nähmaschinen-Laden. †42*

Pfandleihhaus, Prinzenstraße 86. Staunendbilligste Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Spottbilligster Bettenverkauf! Brautbetten! Großartige Aussteuerwäsche! Wunderbare Gardinen! Steppdecken! Plüschtischdecken! Teppichauswahl! Goldene Damenuhren! Herrenuhren! Freischwinger! Schmucksachen. Bis neun geöffnet. *

Bettenverkauf Pfandleihe Prinzenstraße 86, ganzer Stand 12,00, Bauernbetten ganzer Stand 27,00. 152/19*

Bücher des deutschen Hauses. Eine Sammlung guter Erzählungen, Geschichten, Novellen usw. Gut ausgestattet, zirka 300 Seiten umfassend, zum Teil illustriert und gebunden. 75 Pfennige pro Band. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Teppiche mit Farbfehlern für die Hälfte. Vorwärtslesern 5 Prozent Extrarabatt. Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. 10688K*

Bekanntmachung! Ueberbürdete Warenansammlung im Pfandleihhaus, Hermannplatz 6, erfordert wiederum den ausnahmsweisen extrabilligen Warenverkauf! Jedermanns Einkaufsvorteil! Bequemste Fahrverbindung Großberlins! Staunendbilligste hochfeine Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Herrenhosen! Sommerpaletots! Winterpaletots! Riesenauswahl Pfänderverkauf! Brautgeschenke! Goldene Taschenuhren! Wanduhren! Kettenauswahl! Ringeauswahl! Nähmaschinen! Enormbilliger Bettenverkauf! Brautbetten! Gardinenverkauf! Teppichverkauf! Wäscheverkauf! Steppdecken! Plüschtischdecken! Allererste Billigkeit! Nur Hermannplatz 6. Sonntags geöffnet. †102*

Uhren, Goldwaren billigst Werner, Pappelallee 3. 859K*

Pfandleihhaus, Weidenweg 19. Spottbilligster verfallener Bettenverkauf, Gardinenverkauf, Steppdecken, Portieren, Taschenuhren, Schmucksachen, Aussteuerwäsche, Teppichverkauf, Bettinlette, Garderoben, Verschiedenes spottbillig. 1135K*

Sozialreform oder Revolution von Rosa Luxemburg. Zweite durchgesehene und ergänzte Auflage. Preis 50 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

Teppiche, wenig fehlerhafte, Ausverkauf für die Hälfte des Wertes. Wolfs Teppichhaus, Dresdenerstr. 8 (Kottbusertor). 1078K*

Steppdecken, Wollatlas und Simillseide 3.25, 3.85, 4.35, 5.00, 5.75. *

Portieren, Violettatuch, 2 Shawls, 1 Lambrequin in allen Farben 3.25, 3.85, 4.75, 5.50, 6.75. Große Frankfurterstraße 125. 1112K*

Plüsch- und Tuchtischdecken mit kleinen Stickfehlern. Riesenauswahl. 1.65, 1.95, 2.50, 3.50, 4.85, 6.50, 7.25.

Tüllbettdecken in weiß und crème 1.95, 2.25, 2.75, 3.25, 4.50. 1114K*

Englische Tüllgardinen, Meter 35, 40, 45, 50, 60, 75 Pfennige. 1115K*

Abgepaßte Gardinen und Stores 1.65, 2.25, 2.85, 3.65, 4.35, 5.25. E. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1116K*

Teppiche. Riesenauswahl, mit kleinen Webefehlern 3.15, 3.85, 4.65, 5.85, 6.00, 7.50. 1117K*

Extraangebot! Salon- und Wohnzimmer-Teppiche, Fabrikmuster, jetzt mit 20 Prozent Rabatt. 1118K*

Läuferreste in allen Breiten und Preislagen jetzt bedeutend unter Preis.

Möbelstoffe, Reste in Wolle und Plüsch in allen Farben. E. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1120K*

Kinderwagen, Sportwagen, Kinderbettstelle. Größere Raten Kassapreis, zurückgesetzte, gebrauchte spottbillig Andreasstraße 53. 326K*

Milchgeschäftseinrichtungen, Milchkübel, -Kannen, -Maße, Milchsiebe, Wiegeschalen, Buttermaschinen usw. billigst Jordan, Michaelkirchstraße 21. 1085K*

Anzüge, Paletots nach Maß. Aus Ia Stoffresten, Monats- und nicht abgeholte Sachen staunend billig. Maßschneiderei Boß, Brunnenstraße 3, eine Treppe, am Rosenthalertor. *

Humboldtleihhaus nur Brunnenstraße 58, Eckhaus Stralsunderstraße. Riesengroßer, spottbilligster Bettenverkauf! Pfänderverkauf! Aussteuerwäsche! Wundervolle Gardinenauswahl! Teppichauswahl! Plüschtischdecken extrabillig! Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Paletots! Goldene Damenuhren! Herrenuhren! Wanduhren! Schmucksachen! Riesenauswahl. 1123K*

Reisemuster, Kostüme, Mäntel, Paletots, Jacketts, Kostümröcke, teils auf Seide, durchweg 9 Mark Julius Neumann, Belleallliancestraße 105. *

Der Kleingarten, seine Anlage, Einteilung und Bewirtschaftung, von Max Hesdörffer. Preis 60 Pf. Expedition Lindenstraße 69, Laden.

Brautwäsche, Teppiche, Gardinen, Tischdecken, Portieren, Diwandecken, Steppdecken, Läuferstoffe spottbillig wegen Auflösung. Fischer, Potsdamerstraße 100. 1133K*

Teppiche mit Farbenfehlern, Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre, Mauerhoff. Vorwärtslesern 6 Prozent Rabatt. 1383b*

Steppdecken billigst Fabrik, Große Frankfurterstraße 9, parterre, Mauerhoff. 1383b*

Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 9, parterre, Mauerhoff. *

Vorjährige Herrenanzüge, neu, nach Maß bestellt, nicht abgeholt, verkaufe Hälfte Kostenpreis. Prenzlauerstraße 23, II, Alexanderplatz. Maßschneider. 154/3

Milchverkauf, neuester hygienischer; Kannen, Kübel, Flaschen, geeichte Maßgefäße. Otto Lindner, Gartenstraße 96. 1092K*

5.00 prachtvolle Betten, 9.00 Bauernbetten, nur Pfandleihe Andreasstraße 38. 1089K*

Laudbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen, zweischläfrig 18,00, große Laken 1,00. Aussteuer, Damastbezüge. Pfandleihe Andreasstr. 38. *

Bauerndeckbett, Unterbett, zwei Kissen 27,00, große Freischwinger, Regulatoren 9,00. Pfandleihe Andreasstraße 38. Fahrgeld wird vergütet. 1091K*

Gaskocherhaus!!! Geschlossene Zweilochgaskocher! 5,00. Gasbügelapparat! Gasplätteisen! 3,00. Gaszuglampen! 9,00. Schaufensterlicht spottbillig! Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32. 1127K*

Taberkartoffeln, 20 Pfund 0,55. Rixdorf, Steinmetzstraße 10. †102*

Geschäftsverkäufe.

Milch, Kolonialwaren, täglich 120 Liter, Preis 1900, sechs Jahre bestehend, billige Miete, veränderungshalber sofort zu verkaufen, Berlin N. Zu erfragen Balz, O., Kopernikusstraße 12, Seitenflügel II. †72

Milchgeschäft, 13 Jahre bestehend, billig verkäuflich Lübeckerstraße 44.

Gutgehendes Zigarrengeschäft verkäuflich, nach Abzug aller Unkosten 1500,00 Ueberschuß. Erfragen 5—8 bei Hübner, Gubenerstraße 28. †42

Grünkramgeschäft mit Holz und Kohlen wegen Krankheit sofort verkäuflich Caprivistraße 19. 1398b

Friseurgeschäft, gutgehend, da Witwe sofort billig zu verkaufen Rixdorf, Warthestraße 69. †102

Seifengeschäft mit Rolle billig zu verkaufen Schöneberg, Königsweg 40.

Möbel.

Möbelfabrik, Oranienstraße 58, direkt Moritzplatz. In meinen fünf Etagen stehen komplette Wohnungseinrichtungen von 165—3000 Mark. In jeder Holzart. Schlafzimmer 285, Salon, Herrenzimmer, Speisezimmer mit Umbauten 390 Mark, farbige Küchen 45,—. Besondere Gelegenheit biete ich auch in zurückgesetzten, verliehen gewesenen Möbeln, die bedeutend herabgesetzt sind. Auffallend billig: Chaiselongues 22, Schlafsofa 34, Plüschsofa 49, Paneelsofa 59, Garnitur von 75 Mark an, Säulentrumeau 33, Bettstelle mit Matratze 16, engl. Bettstelle mit Sprungfedermatratze 44, Muschelspind, Vertiko 30. Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten. Gekaufte Möbel können beliebige Zeit kostenfrei lagern. Eventuell Zahlungserleichterungen. Kein Laden, direkt Fabrik. Sonntags bis 2 Uhr geöffnet. Musterbuch gratis. Transport frei. 1064K*

Möbel, S. Gran, Gneisenaustraße 10, billigste und beste Bezugsquelle. Kassa und Teilzahlung. *

Möbel sowie ganze Wohnungs-Einrichtungen auf Teilzahlung bei geringer Anzahlung erhalten solide Leute in der Möbelfabrik August Krause, Schützenstraße 73/74. 924K*

Möbelhalle „Norden", Thiele, Ackerstraße 120 (Gartenplatz). Filiale: Invalidenstraße 118 (Stettinerbahn), Speicher. — Riesenauswahl bürgerlicher Wohnungs-Einrichtungen von 200 bis 3000 Mark. — Gelegenheitskäufe gebrauchter wie neuer Möbel, spottbillig. Aufbewahrung und Lieferung frei. 214K

Auf Teilzahlung. Möbeleinrichtung, Stube und Küche, Anzahlung 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke 3 Mark an. Verliehen gewesene Möbel spottbillig. „Berolina", Kastanienallee 43. 1104K*

Lasse Sonntag ununterbrochen von 8—2 geöffnet! Wollen Sie eine billige, aber trotzdem gute, reelle Wohnungseinrichtung kaufen, so muß man nach Lothringerstraße 26 hingehen! Komplette Wohnungseinrichtung mit moderner Küche, pitsein, 250,—, bessere 325—400—525—1500 Mark! Speisezimmer, Eiche, komplett mit 6 Lederstühlen 650,—, größere 750—860—1500. Herrenzimmer, Salons, Schlafzimmer, Ankleideschränke, Umbaue, Säulentrumeaux, Ledersofas, Schreibtische, Büfetts, Bettstellen, tiefe Kleiderschränke, Vertikos, moderne Küchen, komplett 68—190 Mark, Transport auch weite Vororte frei, Aufbewahrung kostenlos! Hasemanns Gelegenheitskäufe in besseren Möbeln! Lothringerstraße 26, Hof, Speicher. 1267b*

Möbeltischlerei liefert reelle Wohnungseinrichtungen, Schlafzimmer, bunte Küchen. Ratenzahlung. Kein Laden, nur Fabrikgebäude. Auch Sonntags. Hornack, Tischlermeister, Stallschreiberstraße 57, am Moritzplatz. Genossen 3 Prozent.

Billige Möbel aus Versteigerungen Auflösungen, Schränke, Vertikos, Taschensofas 45,—, Büfette, Schreibtische 35,—, Bücherschränke 58,—, Vierzugtische 68,—, Lederstühle 12,—, Trumeaus 30,—, Bettstellen, Tische, Garnituren, bunte Küchen 55,—, enorm große Auswahl kompletter Wirtschaften jeder Stilart, billiger als überall. Alles Gelegenheitskäufe. Lennerts Möbelspeicher, Lothringerstraße 55. 1121K*

Teilzahlung. Großes Möbelgeschäft gibt wegen Raummangel reellen Leuten Möbel sowie Polstersachen auf Teilzahlung bei geringer Anzahlung. Stargardt, Neue Königstraße 29, nahe Alexanderplatz. *

Teppiche — Möbel. 600 Prachtteppiche (Farbenfehler), jede Größe, zu Spottpreisen. Viele Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Salons, Küchen, Kronen, Oelgemälde, Uhren, tausende Gegenstände unter der Hand. Auktionsannahme. Rasch, Grünerweg 3. 1132K*

Fahrräder.

Fahrräder, Grammophone, Teilzahlungen, ohne Aufschlag, Lothringerstraße 40. 674K*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36b. 977K*

Geschäftsdreirad, äußerst stabil, 50,00. Holz, Blumenstraße 36b. *

Fahrräder, gebrauchte, neue, billig. Verleihinstitut Weberstr. 52, Britzke. 1031K

Transportrad, wie neu, 60,00. Stanke, Hussitenstraße 2. 1397b

Verschiedenes.

Dienstag früh verlor eine arme Scheuerfrau ihre ganzen Ersparnisse, 69 Mark. Der ehrliche Finder wird gebeten, gegen Belohnung dieselben abzugeben an Zähbow, Mirbachstraße 48. †85

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a. 2565K*

Wer bildet mich im Automobilfahren gegen Vergütung aus? K. S., Postamt 59. †59

Teilnehmer an einem englischen Zirkel (monatlich 4 Mark) werden gesucht. Privatstunden für Anfänger und Fortgeschrittene werden erteilt. G. Swienty, Schöneberg, Sedanstraße 57, III. 1003K*

Lernt die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts" zu richten.

Kunstgeigenbauer E. Toussaint, Berlin C., Joachimstraße 11a, Reparaturen, Tonverbesserungen preiswert. 871b*

Kunststopferei von Frau Kokosky, Schlachtensee, Kurstraße 8, III.

Gnörich, Volkshumorist, auch Gesellschaft, Fennstraße 1a. †8

Klavierkursus, Monatspreis 3,00. Klavierüben frei! 20 Klaviere. (Moritzplatz, Aschingerhaus.) Oranienstraße 147, Albrechts Musikakademie.

Allen meinen Kunden, Freunden und Genossen die ergebene Mitteilung, daß sich meine Möbeltischlerei und Möbellager vom 1. September Stallschreiberstraße 57, am Moritzplatz, Hof Fabrikgebäude befindet. Hornack, Tischlermeister. 1122K*

Geschäftseröffnung. Eröffne am 3. September in Oberschöneweide, Wilhelminenhofstraße 24, ein Fischräucherwarengeschäft, verbunden mit Braunschweiger Wurstwaren, und bitte um geneigten Zuspruch. M. Hartung.

Waschanstalt Karl Behrigk, Köpenick, Glienickerstraße 29, liefert blendend weiße Wäsche ohne Anwendung scharfer Mittel. Bettwäsche, Leibwäsche, 3 Handtücher 0,10. Abholung Sonnabend. 1131K

Empfehle den Genossinnen und Genossen mein Seifengeschäft. Fritz Kruse, Mariannenstraße 11. †8

Schneiderin empfiehlt sich im und außerm Hause. Dorow, Neanderstraße 24. †83

Vermietungen.

Wohnungen.

Prächtige Balkonwohnungen billig sofort Soldinerstraße 32/34. 1102K*

Rixdorf, Weserstraße 54, 1 und 2 Stuben mit Küche billig zu vermieten. †102*

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle an Herren, sofort, allein. Witwe Fiebig, Liegnitzerstraße 35, vorn II. †8

Mietsgesuche.

Möbliertes Zimmer in der Nähe des Gewerkschaftshauses für die Zeit vom 6. September bis 17. Oktober gesucht. Angebote mit Preisangabe an Joh. Sassenbach, Engelufer 13.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Tapezierer-Invalide sucht leichte Heimarbeit irgend welcher Art. Mosig, Culmstraße 20a. †142

Kontor- oder Hausreinigung gesucht. Näheres Salzwedelerstraße, „Vorwärts"-Spedition. †80

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Gläser, Mulackstraße 27. 1465b

Stellenangebote.

2 tüchtige Rahmentischler 1 perfekt auf Kreissäge verlangen Wagner u. Kemmler, Linienstraße 214. 1394b

Farbigmacher sucht Barthels, Michaelkirchstraße 17. 1396b

Söhne ordentlicher Eltern, welche das Steinsetzergewerbe erlernen wollen, sofort gesucht. Zu melden Groß-Lichterfelde, Gerichtstraße 6, im Bureau. 1392b

Tüchtigen Kunstschmied verlangen B. Heinrichs, Tempelhof, Ringbahnstraße 42. 1395b

Lehrmädchen für die Verkaufsabteilungen unserer sämtlichen Geschäfte zum sofortigen oder späteren Antritt gesucht. Meldungen in Begleitung der Eltern oder des Vormundes mittags 1—2 oder abends 8—9. A. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2, Spittelmarkt 16/17, Gr. Frankfurterstraße 113, Brunnenstraße 19/21, Kottbuserdamm 1/2. *

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Herr ges. z. Verk. u. ren. Cigarr. a. Wirte, Priv. ꝛc. Vergüt. ev. 250 M. mon. H. Jürgensen & Co., Hamburg 22. 213/12*

Wegen Streiks und Differenzen sind gesperrt:
für **Bodenleger** Firma **Körner,** Zwischenmeister Hübner, Bau Jakobsohn, Nikelsburger Platz 6;
für **Korbmacher** Firma **Kanigs** in Lichtenberg; **Reichert** in Marzahn; **Schmidt,** Dresdenerstr. 82;
für **Vergolder Gruhl** in Magdeburg.
Deutscher Holzarbeiterverband Ortsverwaltung Berlin.

Feuer- und Einbruchs-Versicherungs-Gesellschaft ersten Ranges
sucht unter besonders günstigen Bedingungen — außerordentlich hohe Provision eventuell auch festes Einkommen — 213/17
tüchtige Agenten und Aquisiteure.
Angebote unter G. N. 55 an Haasenstein & Vogler A.-G. Berlin W. 8.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.